

LAGEBERICHT
UND ANHANG
GESCHÄFTSBERICHT 2007

BERICHT DES AUF SICHTSRATS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007



DER AUFSICHTSRAT UND SEINE AUS-
SCHÜSSE tagten im Geschäftsjahr 2007
insgesamt in 12 Sitzungen und haben
die Geschäftsführung des Vorstands
während des Geschäftsjahres auf der
Grundlage mündlicher und schriftlicher
Berichterstattung des Vorstands laufend
überwacht. Sie haben sich während des
Geschäftsjahres über die Lage und die
Geschäftsentwicklung der Gesellschaft
und des Konzerns (GASAG) gewissenhaft
unterrichtet. Alle bedeutsamen Entschei-
dungen, insbesondere solche, die nach
Gesetz und Satzung der Zustimmung
des Aufsichtsrats bedürfen, wurden dem
Aufsichtsrat vorgelegt und in den Auf-
sichtsratssitzungen erörtert.

GEGENSTAND DER ERÖRTERUNGEN
im Aufsichtsrat waren u. a. die wirt-
schaftliche Lage und die Perspektiven
des GASAG-Konzerns und der GASAG
AG, der Jahresabschluss 2006 und die
Wirtschafts-, Investitions-, Finanz- und
Personalplanung für den Zeitraum 2008
bis 2012. Im Geschäftsjahr 2007 hat der
Aufsichtsrat den Wachstumsstrategien
des GASAG-Konzerns und den daraus
abgeleiteten Maßnahmen besonders
intensive Aufmerksamkeit geschenkt.
Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat
mit den Folgen der Überprüfung der
Netznutzungsentgelte durch die Bundes-
netzagentur sowie mit der Optimierung
der Vertriebsstrukturen, dem Speicher-
ausbau, der Gestaltung der Gaspreise
sowie der Gasbeschaffung beschäftigt.

Weiter hat sich der Aufsichtsrat umfas-
send mit der Finanzierungsstrategie und
der Kapitalsituation der Unternehmen des
GASAG-Konzerns sowie mit den Grund-
stücksgeschäften der GASAG AG befasst.
Der Aufsichtsrat hat der Beteiligung der
GASAG an der NGT Neue Gebäudetechnik
GmbH sowie an der SBB Abfaller-
zeuger GbR und der Liquidation GASAG
Versicherungsvermittlung der Versor-
gungsunternehmen GmbH zugestimmt.

DER JAHRESABSCHLUSS DER GASAG AG
und der Konzernabschluss zum 31. Dezem-
ber 2007 sowie der zusammengefasste
Lagebericht des Vorstands sind von der
als Abschlussprüfer gewählten Ernst &
Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesell-
schaft Steuerberatungsgesellschaft,
Berlin, geprüft und mit dem uneinge-
schränkten Bestätigungsvermerk ver-
sehen worden. Mit der Prüfung des Jah-
resabschlusses der GASAG AG und des
Konzernabschlusses haben die Abschluss-
prüfer zugleich das im Unternehmen
bestehende Risikofrüherkennungssystem
und dessen Funktionsfähigkeit geprüft.
Die Prüfung hat ergeben, dass der Vor-
stand die nach § 91 Abs. 2 AktG gefor-
derten Maßnahmen insbesondere zur
Einrichtung eines Überwachungssystems
in geeigneter Weise getroffen hat, und
dass das Überwachungssystem geeignet
ist, Entwicklungen, die den Fortbestand
der Gesellschaft gefährden, frühzeitig
zu erkennen.

AN DEN SITZUNGEN DES AUFSICHTS-
RATS sowie seines Bilanzausschusses,
in denen über den vom Vorstand
vorgelegten Jahresabschluss 2007
der GASAG AG und den Konzernab-
schluss 2007, den zusammengefassten
Lagebericht und den Vorschlag über
die Verwendung des Bilanzgewinns der
GASAG AG beraten wurde, haben die
Abschlussprüfer teilgenommen und
über die wesentlichen Ergebnisse ihrer
Prüfung berichtet.

DER AUFSICHTSRAT hat sich umfassend
mit den Jahresabschlussarbeiten beschäf-
tigt und von den Prüfungsergebnissen
Kenntnis genommen. Nach dem abschlie-
ßenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat
selbst vorgenommenen Prüfung des
Jahresabschlusses der GASAG AG und
des Konzernabschlusses des GASAG-
Konzerns, des zusammengefassten
Lageberichtes und des Vorschlags über
die Verwendung des Bilanzgewinns der
GASAG AG sind Einwendungen nicht zu
erheben. Der Aufsichtsrat billigt die vom
Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse
der GASAG AG und des Konzerns, die
damit festgestellt sind.

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007 hat der
Vorstand der GASAG Berliner Gaswerke
Aktiengesellschaft nach den Vorschriften
des § 312 Aktiengesetz einen Bericht über
die Beziehungen zu verbundenen Unter-
nehmen erstellt. Der Abschlussprüfer hat
diesen Bericht geprüft und mit folgendem
Bestätigungsvermerk versehen:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung
und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des
Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten
Rechtsgeschäften die Leistung der
Gesellschaft nicht unangemessen
hoch war.“

DIE GESELLSCHAFT hat keine anderen
Maßnahmen im Sinne des § 312 Abs. 1
AktG im Abhängigkeitsbericht aufgeführt.
Deshalb wurde auf eine Erläuterung von
entsprechenden Sachverhalten in der
Schlussbemerkung und im Bestätigungs-
vermerk verzichtet.

NACH DEM ABSCHLIESSENDEN ERGEBNIS
seiner Prüfung erklärt der Aufsichtsrat,
dass Einwendungen gegen den Bericht
des Vorstands über Beziehungen zu ver-
bundenen Unternehmen einschließlich der
Erklärung am Schluss des Berichts sowie
gegen das Ergebnis der Prüfung durch den
Abschlussprüfer nicht zu erheben sind.

DER GESELLSCHAFTERKREIS DER GASAG
Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft hat
sich im Geschäftsjahr 2007 nicht verändert.

In der Besetzung des Aufsichtsrats hat
es im Geschäftsjahr 2007 Änderungen
gegeben.

Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Herr Dr. Karl Kauer mann (Vorsitzender),
Herr Andreas Otte
(stellvertretender Vorsitzender),
Herr Bernard Alran,
Herr Eckhard Beye (bis zum 31.12.2007),
Herr Michael Bölter,
Herr Uwe Borck (ab 04.01.2007),
Herr Thorsten Ciebilski,
Herr Pierre Clavel,
Herr Hans-Jürgen Cramer,
Herr Olaf Ditt,
Herr Mats Fagerlund (ab 18.09.2007),
Herr Philippe Jeunet,
Herr Thomas Kokegei (ab 10.01.2008),
Herr Axel Kraf scheck (bis 31.12.2007),
Herr Lutz Marowsky,
Herr Dr. Hans-Jürgen Meyer,
Frau Monika Nagel,
Herr Prof. Dr. Klaus Rauscher
(bis 27.08.2007),
Herr Dr. Bernhard Reutersberg
(ab 18.01.2007),
Herr Dr. Herbert Rüb en

Herr Georges Hoffmann ist mit Wirkung
zum 31.12.2007 aus dem Vorstand der
GASAG ausgeschieden.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand,
dem Betriebsrat und allen Mitarbeitern
der GASAG Berliner Gaswerke Aktien-
gesellschaft für die im Geschäftsjahr
2007 geleistete Arbeit Dank und Aner-
kennung aus.

Der Aufsichtsrat
Dr. Karl Kauer mann, Vorsitzender

Berlin, im April 2008



AUFSICHTSRAT

Dr. Karl Kauermann
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Vorstandsvorsitzender der K.M.T.
Immobilien AG, Berlin

Andreas Otte
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Angestellter (Betriebsratsvorsitzender)
der GASAG Berliner Gaswerke Aktien-
gesellschaft, Berlin

Bernard Alran
Geschäftsführer der Gaz de France
Deutschland GmbH, Berlin

Eckhard Beye
(bis 31.12.2007)
Abteilungsleiter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Michael Bölter
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Uwe Borck
(seit 04.01.2007)
Landesbezirksfachbereichsleiter
Ver- und Entsorgung, ver.di, Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft Landes-
bezirk Berlin-Brandenburg

Thorsten Ciebilski
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Pierre Clavel
Leiter des Konzernbereiches Inter-
nationales der Gaz de France S.A., Paris,
Frankreich

Hans-Jürgen Cramer
Mitglied des Vorstands der Vattenfall
Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Olaf Ditt
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Mats Fagerlund
(seit 18.09.2007)
Mitglied des Vorstands der Vattenfall
Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Philippe Jeunet
Berater des Vorstandsvorsitzenden der
Gaz de France S.A., Paris, Frankreich

Thomas Kokegei
(seit 10.01.2008)
Abteilungsleiter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Axel Krafcscheck
(bis 31.12.2007)
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Lutz Marowsky
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Dr. Hans-Jürgen Meyer
Mitglied des Vorstands der Vattenfall
Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Monika Nagel
Angestellte der NBB Netzgesellschaft
Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG,
Berlin

Prof. Dr. Klaus Rauscher
(bis 27.08.2007)
ehem. Vorsitzender des Vorstands der
Vattenfall Europe Aktiengesellschaft,
Berlin

Dr. Bernhard Reutersberg
(seit 18.01.2007)
Mitglied des Vorstands der E.ON Ruhrgas
Aktiengesellschaft, Essen

Dr. Herbert Rügen
Mitglied des Vorstands der Thüga
Aktiengesellschaft, München

VORSTAND

Georges Hoffmann
(bis 31.12.2007)
(Vorstandssprecher)
Bereich Personal, Recht, Einkauf,
Stab Konzernkommunikation,
Stab Konzernrevision/Datenschutz

Olaf Czernomoriez
Bereich Kaufmännisches und
Stab IT-Strategie

Andreas Prohl
Bereich Vertrieb und Technik

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT DES GASAG-KONZERNS UND DER GASAG BERLINER GASWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, BERLIN FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007

INHALTSÜBERSICHT DES LAGEBERICHTES

- 40 1. **GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN**
- 40 1.1 Vorbemerkungen
- 40 1.2 Gesamtwirtschaftliche Situation
- 40 1.3 Branchensituation
- 41 1.4 Organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen
- 44 1.5 Allgemeine Geschäftsentwicklung

- 48 2. **UNTERNEHMENSITUATION DES GASAG-KONZERNS
(IFRS)**
- 48 2.1 Ertragslage des GASAG-Konzerns
- 50 2.2 Finanzlage des GASAG-Konzerns
- 52 2.3 Vermögenslage des GASAG-Konzerns
- 53 2.4 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

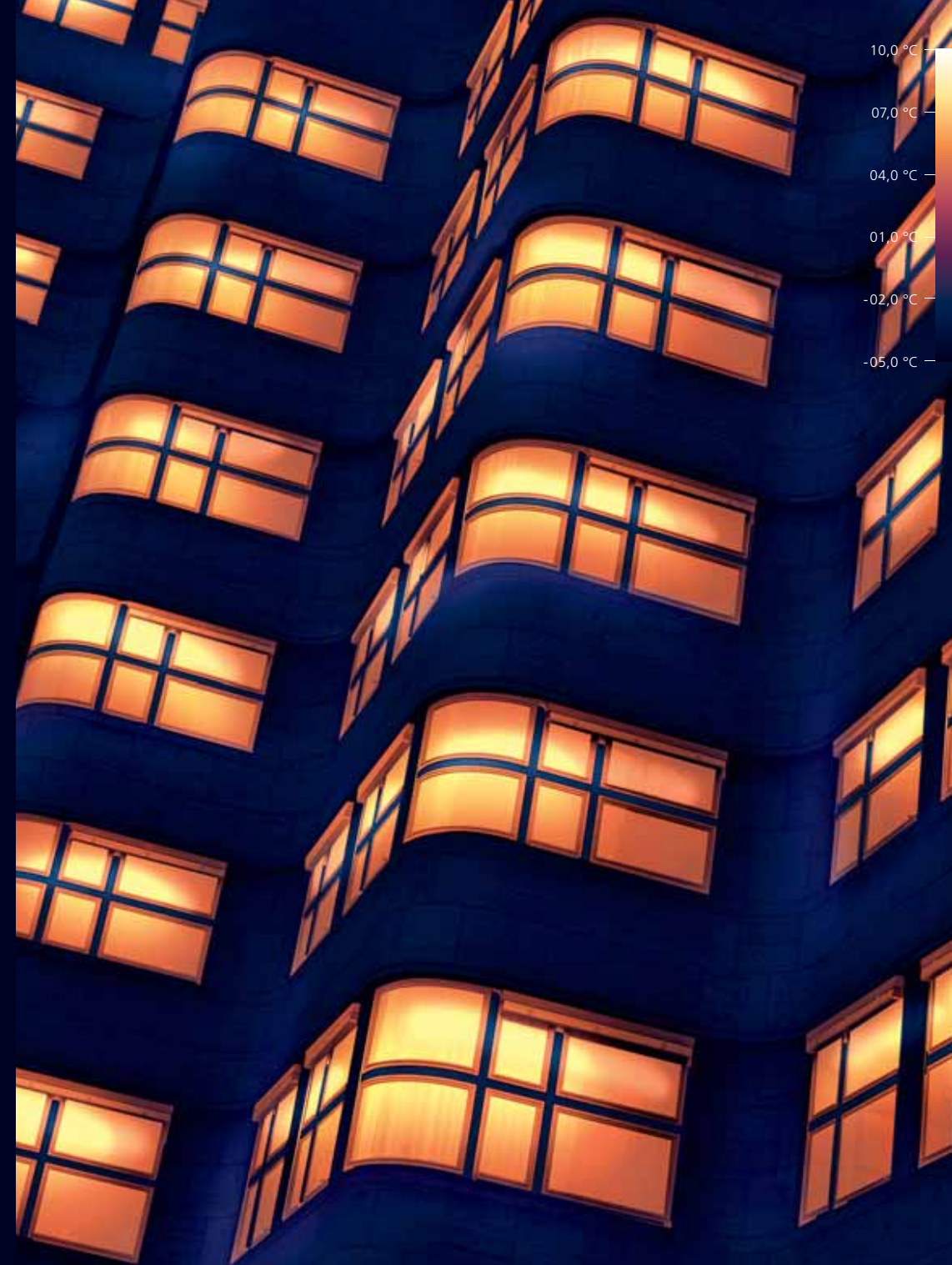
- 54 3. **UNTERNEHMENSITUATION DER GASAG AG (HGB)**
- 54 3.1 Ertragslage der GASAG AG
- 56 3.2 Finanzlage der GASAG AG
- 58 3.3 Vermögenslage der GASAG AG
- 58 3.4 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

- 58 4. **NACHTRAGSBERICHT DES GASAG-KONZERNS
UND DER GASAG AG**

- 59 5. **RISIKOBERICHT DES GASAG-KONZERNS
UND DER GASAG AG**

- 63 6. **PROGNOSEBERICHT DES GASAG-KONZERNS
UND DER GASAG AG**

Erklärung gemäß § 312 Absatz 3 Aktiengesetz



ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

1. GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN



1.1 VORBEMERKUNGEN

Die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, hat den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Als nicht börsennotiertes Unternehmen wurden dabei die ergänzenden Vorschriften des § 315a Abs. 3 HGB beachtet.

Der Jahresabschluss der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, richtet sich nach den Vorschriften des HGB.

Über die Lage des Konzerns der Berliner Gaswerke AG (GASAG-Konzern genannt) nach IFRS und der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft nach HGB (GASAG AG genannt) wird in dem vorliegenden zusammengefassten Lagebericht informiert.

1.2 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE SITUATION

Der bereits für das Jahr 2006 sowohl für Berlin als auch für Brandenburg prognostizierte Trend einer wirtschaftlichen Belebung hat sich in 2007 bestätigt und fortgesetzt. Wichtige Konjunkturindikatoren weisen weiter in eine positive Richtung. So hat sich die Auftragslage der Berliner Industrie im Vergleich zum Vorjahr wiederum verbessert. Die industriellen Auftragsengänge waren im dritten Quartal 2007 um rund 11,5% höher als im gleichen Zeitraum des Vor-

jahres, liegen aber noch immer unter dem Bundesdurchschnitt. Die Industrieumsätze wuchsen vor allem durch hohe Zuwächse bei den Auslandsabsätzen.

Der von den Industrie- und Handelskammern der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg erhobene Konjunkturklimaindex, der auf den Einschätzungen der Unternehmen zu ihrer aktuellen Geschäftslage sowie auf den Erwartungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung basiert, liegt deutlich über den Werten vergangener Jahre. Der Anteil der befragten Unternehmen, die ihre aktuelle Geschäftslage als gut bzw. als befriedigend bezeichnen, stieg von 79 auf 91%.

Dabei schätzen jedoch die Brandenburger Unternehmen ihre wirtschaftlichen Aussichten verhaltener ein als die der Berliner. Das liegt zum einen am geringen Anteil des verarbeitenden Gewerbes und dessen Struktur im Land Brandenburg und zum anderen partizipiert das Land weniger von der vom Export bestimmten Wachstumsdynamik. Diese Strukturunterschiede führen dazu, dass die positiven Wachstumseffekte im Land Brandenburg nicht im gleichen Umfang wie in den anderen Bundesländern zum Tragen kommen. Dennoch rechnet der vom Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg herausgegebene Konjunkturreport für 2007 mit einer positiven Entwicklung für das Verarbeitende Gewerbe, die unternehmensnahen Dienstleistungen, aber auch für die Bauwirtschaft.

Die besonders wichtige Entwicklung des Bauhauptgewerbes verlief in 2007 im Vergleich zu früheren Perioden im Wesentlichen positiv. Im ersten Halbjahr 2007 verzeichnete das Bauhauptgewerbe in Berlin ein mit rund 19% deutlich höheres Wachstum als im bundesdeutschen Durchschnitt. Eine Steigerung der Investitionen ist in der Baubranche, trotz positiver konjunktureller Daten, nicht zu erwarten. Besonders der Wohnungsneubaubereich ist in beiden Bundesländern nach wie vor rückläufig. Hier werden keine Impulse für ein weiteres Absatzwachstum des GASAG-Konzerns zu erwarten sein.

1.3 BRANCHENSITUATION

Nach vorläufigen Angaben des Energie Informationsdienstes (Ausgabe 02/2008) gab es in 2007 einen kräftigen Rückgang beim Erdgasverbrauch. Aufgrund des milden Winters in den ersten vier Monaten wurde ein Absatzminus erreicht, welches bis Jahresende nicht mehr kompensiert werden konnte. Insgesamt verbrauchten die privaten Haushalte rund 10% Erdgas weniger als im Vorjahr. Auch bei den Industriekunden ist ein Rückgang des Erdgaskonsums zu verzeichnen, er liegt etwa 4,5% unter dem Wert von 2006.

In Deutschland werden heute rund 48% aller Wohnungen mit Erdgas beheizt. Trotz anhaltender öffentlicher Preisdiskussion setzte sich der Trend zum Erdgas bei den Haus- und Wohnungseigentümern weiter fort. Das gilt sowohl für

die privaten Haushalte als auch für die Wohnungswirtschaft. Im Zusammenhang mit der anstehenden Modernisierung von bestehenden Heizungsanlagen in Gebieten mit Erdgasversorgung stellen viele Haus- und Wohnungseigentümer ihre Heizung von Heizöl auf Erdgas um. Die Zahl der gasbeheizten Wohnungen hat sich im Wettbewerb mit anderen Energieträgern bis Ende 2006 auf 18,2 Millionen erhöht. Erdgas ist und bleibt damit der meistgenutzte Energieträger in diesem Bereich.

In den letzten Jahren stieg die Nachfrage nach Energie und nach Primärenergieträgern wie Kohle, Erdöl und Erdgas weltweit kontinuierlich an. Diese Entwicklung wird sich auch in den nächsten Jahrzehnten, vor allem durch die aufsteigenden Volkswirtschaften in Asien, weiter fortsetzen.

International zunehmen wird die Bedeutung von verflüssigtem Erdgas (LNG), da auf diese Weise auch infrastrukturfremde Erdgaslagerstätten erschlossen werden können.

Auch BioErdgas aus heimischen Quellen wird in absehbarer Zeit, gerade auch in Deutschland, einen Beitrag zur weiteren Diversifizierung des Erdgasaufkommens leisten. Der GASAG-Konzern verfügt mit seinem umweltschonenden Produkt Erdgas über einen wettbewerbsfähigen Primärenergieträger, dessen Anteil am Energieaufkommen auch in Zukunft weiter wachsen wird.

1.4 ORGANISATORISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

REGULIERUNG DER GASMÄRKTE

GASNETZZUGANG

Der Gasnetzzugang hat sich im Berichtsjahr grundlegend geändert. Seit Verabschiedung der Kooperationsvereinbarung der Netzbetreiber im Geschäftsjahr 2006 verringerten sich die Marktgebiete in Deutschland von 19 auf 14.

Zum 01.10.2007 wurde die Kooperationsvereinbarung überarbeitet und ein ausschließlich relevantes Netzzugangssystem mit dem so genannten „2-Vertragsmodell“ verabschiedet. Die Modifikation in der Kooperationsvereinbarung II hat neben der erforderlichen Umstellung der City-Gate-Lieferverträge auch entscheidende Auswirkungen auf die Entgeltbildung der Netzbetreiber. Der wesentliche Unterschied zu den bisher veröffentlichten Netzentgelten ist die Berücksichtigung der vorgelagerten Netzkosten in Form der Entgeltwälzung. Für alle drei Teilnetze wurden deshalb die vorgelagerten Kosten je Marktgebiet auf Basis einer Netzbetreiber internen Kapazitätsbestellung ermittelt, aggregiert und als Entgeltbestandteil integriert. Die so zum 01.10.2007 veröffentlichten Netzentgelte beinhalten die Netznutzung bis zum virtuellen Handlungspunkt des jeweiligen Marktgebiets.

Ein wesentlicher Teil des neuen Gasnetzzugangsmodells besteht in der Ausprägung von Bilanzkreisen.

Parallel dazu ist zum 01.10.2007 ein Vertragsdispatching eingeführt worden, welches die Bilanzkreisführung über Händlernominierungen im Rahmen von Dienstleistungen durch die NBB Gesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG (NBB genannt) sicherstellt und somit eine eigenständige Bezugssteuerung für die GASAG AG, die EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH (EMB genannt) und die Havelländische Stadtwerke GmbH (HSW genannt) gewährleistet.

NETZENTGELTVERFAHREN

Die im Vorjahr ausgegründete NBB hatte mit Datum vom 15.01.2007 Beschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf gegen einzelne Berechnungsmodalitäten der Netzentgeltbescheide der Bundesnetzagentur (BNetzA genannt) vom 13.12.2006 eingelegt. Die Bescheide wurden für die von der NBB betriebenen Teilnetze in Berlin und Brandenburg mit Abschlagen genehmigt. Der Ausgang des Beschwerdeverfahrens wird im Laufe des Geschäftsjahres 2008 erwartet.

Für das zum 01.01.2007 gepachtete Netz der HSW ist der Bescheid der Landesregulierungsbehörde Brandenburg am 06.08.2007 ergangen. Die Entgelte in dem der HSW zugestellten Bescheid sind gemäß entsprechender Mitteilung der Landesregulierungsbehörde Brandenburg in unveränderter Höhe auf die NBB als Netzbetreiber übergegangen. Gegen diesen Bescheid wurde am 05.09.2007 Beschwerde beim Brandenburgischen Oberlandesgericht eingelegt.



Zum 01.10.2007 hat die NBB fristgerecht neue Entgeltanträge für alle drei Netzgebiete bei der BNetzA eingereicht.

ANREIZREGULIERUNG

Mit der am 21.09.2007 vom Bundesrat verabschiedeten und am 06.11.2007 in Kraft getretenen Anreizregulierungsverordnung wird das derzeitige System der Kostenregulierung ab dem 01.01.2009 durch ein Regulierungsmodell ersetzt, welches Obergrenzen für die Erlöse der Netzbetreiber vorgibt, die auf der Grundlage eines bundesweiten Effizienzvergleichs ermittelt werden. Alle Netzbetreiber müssen sich dann am effizientesten Netzbetreiber messen. Ein Effizienzvergleich, den die BNetzA vor jeder Regulierungsperiode durchführt, ergibt sich aus den Gesamtkosten des Netzbetriebs nach Abzug der nicht beeinflussbaren Kostenanteile. Für die Gaswirtschaft wird ein neunjähriger Zeithorizont bestehen, um die Effizienzziele zu erreichen. Dieser ist in zwei Regulierungsperioden von vier sowie fünf Jahren unterteilt. Weiterhin müssen die Unternehmen in den ersten vier Jahren einen generellen Produktivitätsfortschritt von 1,25 % jährlich, in der zweiten Periode von 1,5 % jährlich erbringen.

UNBUNDLING

Im Geschäftsjahr wurden weitere Maßnahmen zur Entflechtung durchgeführt. So wurde im Konzernverbund für die Netznutzungsbearbeitung zwischen dem Netzbetreiber NBB und den Lieferanten GASAG AG, EMB und HSW die

systemtechnische Abbildung des 2-Vertrags-Modells umgesetzt, um somit den Anforderungen aus dem EnWG für eine einheitliche Abwicklung an ein neues Netzzugangsmodell zu entsprechen.

RECHTLICHE SACHVERHALTE

Im Vordergrund juristischer Auseinandersetzungen unter Beteiligung der GASAG AG stehen zivilrechtliche Verfahren, die wegen der Berechtigung zu Preisanhebungen geführt werden und überwiegend von Kunden, zum Teil aber auch von der GASAG AG selbst veranlasst worden sind. Materielrechtlich geht es um die Fragen, ob die Preisanhebungen der GASAG AG als ausreichend transparent im Sinne des AGB-Rechtes und/oder als billig im Sinne des § 315 BGB einzustufen sind. Das Sammelklageverfahren selbst ist in der Berufungsinstanz bei dem Kammergericht Berlin anhängig. Am 08.01.2008 fand eine mündliche Verhandlung in diesem Berufungsverfahren statt, in der aber keine Entscheidungen getroffen wurden.

Mit Urteil vom 13.11.2007 hat das Landgericht Potsdam in einem von der Verbraucherzentrale Brandenburg angestregten Klageverfahren erstinstanzlich der EMB die Verwendung ihrer Preisanpassungsklausel in ihren seit dem 01.04.2007 geltenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Haushaltskunden-Gaslieferverträge Klassik und Komfort untersagt. Die EMB hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Solange das Verfahren nicht letztinstanzlich zu

Gunsten der Verbraucherzentrale entschieden worden sein sollte, entfaltet das Urteil keine Rechtskraft.

STRUKTUR DES GASAG-KONZERNS

Der GASAG-Konzern hatte im Geschäftsjahr 2007 die nachfolgende Struktur: (ohne Berücksichtigung der nicht voll konsolidierten Gesellschaften und der Beteiligungs-GmbHs):

GAS UND WÄRME

GASAG BERLINER GASWERKE AG Gegenstand der GASAG Berliner Gaswerke AG, Berlin, sind im Wesentlichen die Verteilung und der Vertrieb von Gas, der Betrieb von Speicheranlagen und der Handel mit Energien, insbesondere in Berlin. Darüber hinaus erbringt die GASAG AG kaufmännische und administrative Leistungen für alle Konzernunternehmen.

EMB ERDGAS MARK BRANDENBURG GMBH

Die GASAG AG hält an der EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam, 75,08625 % des gezeichneten Kapitals. Gegenstand der Gesellschaft ist die Erzeugung, die Verteilung und der Vertrieb sowie der Handel mit Energie, insbesondere von und mit Erdgas im westlichen Teil des Landes Brandenburg.

GASAG WÄRMESERVICE GMBH

Die GASAG AG hält an der GASAG WärmeService GmbH (GWS genannt), Berlin, 100 % des Stammkapitals. Gegenstand der Gesellschaft ist vor allem die Planung, die Finanzierung, die Errichtung und der

Betrieb von Erzeugungsanlagen zur Energie- und Wärmeversorgung. Die Gesellschaft ist ab 2008 bundesweit tätig.

NGT NEUE GEBÄUDETECHNIK GMBH

Die GASAG AG hält mit Wirkung zum 01.10.2007 an der NGT Neue Gebäudetechnik GmbH (NGT genannt), Essen, 100 % des Stammkapitals. Gegenstand der Gesellschaft sind die Erbringung von Leistungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Projekten zur Planung, zum Bau und zur Finanzierung von Energieerzeugungsanlagen für Wärme, Dampf, Kälte und Strom. Die Gesellschaft ist bundesweit tätig.

TRANSPORT

NBB NETZGESELLSCHAFT

BERLIN-BRANDENBURG GMBH & CO. KG

Die Kommanditanteile an der Kommanditgesellschaft hielten zum Stichtag die GASAG AG zu 83,5 % und die EMB zu 15,0 % sowie zu 1,5 % die HSW. Die NBB hat als Netzgesellschaft seit dem 01.01.2006 den Betrieb der Netze der GASAG AG und der EMB sowie die Vermarktung der Netzkapazitäten übernommen und bietet ihre Dienstleistungen als Netzbetreiber in Berlin und Brandenburg an. Mit Wirkung zum 01.01.2007 hat die HSW 1,5 % der Kommanditanteile an der NBB zum Nominalwert von der GASAG AG übernommen. Ab diesem Zeitpunkt betreibt die NBB auch das Netz der HSW und vermarktet deren Netzkapazitäten.

TECHNISCHE UND SONSTIGE DIENSTLEISTUNGEN

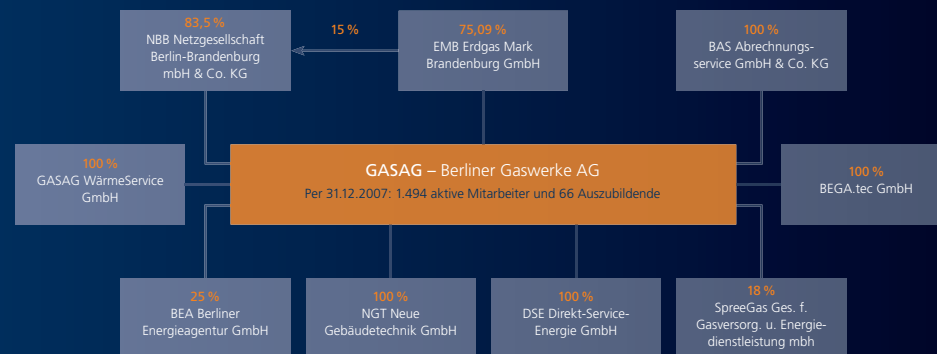
BAS ABRECHNUNGSSERVICE GMBH & CO. KG

Die GASAG AG hält an der BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG (BAS genannt), Berlin, 100 % des Kommanditkapitals. Die Gesellschaft übernimmt im Wesentlichen für den Konzern sämtliche Verbrauchsabrechnungs- und Ablesedienstleistungen sowie Callcenter-Dienstleistungen. Darüber hinaus erbringt sie auch Leistungen für Dritte.

BEGA.TEC GMBH

Die GASAG AG hält an der BEGA.tec GmbH (BEGA.tec genannt), Berlin, 100 % des Stammkapitals. Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung, die Wartung,

DER GASAG-KONZERN





die Unterhaltung und die Instandsetzung energietechnischer Anlagen sowie das Gerätemanagement von Energie-, Wärmemengen- und Wasserzählern einschließlich der Fernübertragung von Messdaten und der Wahrnehmung aller eichrechtlichen Aufgaben. Zudem wird ein chemisches Labor zur Erstellung von Analysen und deren Auswertung betrieben. Die Gesellschaft erbringt im Wesentlichen ihre Dienstleistungen für den Konzern, ist darüber hinaus aber auch für Dritte tätig.

DSE DIREKT-SERVICE ENERGIE GMBH
Am 01.10.2007 wurde die GASAG direkt GmbH in die DSE Direkt-Service Energie GmbH (DSE genannt), Berlin, umfirmiert. Die GASAG AG hält 100 % des Stammkapitals. Gegenstand der Gesellschaft ist der Verkauf von Produkten und Dienstleistungen vornehmlich der Energiewirtschaft und Haustechnik im Namen und Auftrag anderer Unternehmen.

NGT NEUE GEBÄUDETECHNIK GMBH
Die NGT erbringt auch technische Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Anpassung von Gasgeräten und dem Hausanschluss- und Zähler-service.

1.5 ALLGEMEINE GESCHÄFTSENTWICKLUNG

BESTANDSGESCHÄFT

Der Temperaturverlauf in den Absatzgebieten Berlin und Brandenburg war im Geschäftsjahr deutlich zu warm. Er lag im

Berichtsjahr im Absatzgebiet der GASAG AG, ähnlich wie im Absatzgebiet der EMB, 1,7°C über der Mitteltemperatur eines Normaljahres (8,9°C) und 0,4°C über der Mitteltemperatur des Vorjahres (10,2°C). Für den Gasabsatz bedeutet dies einen deutlichen Rückgang gegenüber dem planerisch gegebenen Ausblick.

Neben den Gasabsatzmengen waren die Transportmengen im Berliner Netzgebiet für Kraftwerke im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig; dagegen war bei den Transportmengen für Dritthändler ein Zuwachs zu verzeichnen.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb im Privatkundensegment erfuhr im Jahr 2007 eine deutliche Belebung. Im Laufe des Jahres sind weitere Wettbewerber in den Berliner und Brandenburger Gasmarkt eingetreten.

Im Bereich der Sondervertragskunden konnten zur Verhandlung anstehende Gasmengen vielfach wieder an den GASAG-Konzern gebunden werden. Viele Kunden haben ihre auslaufenden Erdgaslieferverträge und die zur Disposition stehenden Gasmengen öffentlich ausgeschrieben. So hat beispielsweise das Land Berlin seinen Erdgasbezug sowie die Gaslieferung für Gasstraßenbeleuchtung europaweit ausgeschrieben. Die GASAG AG setzte sich gegenüber den Wettbewerbern durch und versorgt das Land Berlin in den nächsten Jahren weiter mit Erdgas.

Im Bereich der Gewinnung von Neukunden wurden sowohl bei der GASAG AG wie auch bei der EMB im Berichtsjahr neue Anlagen in Betrieb genommen, wodurch im Grundversorgungsgebiet des Konzerns ein nachhaltiger Mehrabsatz generiert werden konnte.

Mit Wirkung zum 01.01.2007 wurde bei der GASAG AG und mit Wirkung zum 01.04.2007 bei der EMB ein neues Tarif-/Preissystem im Tarif- und Sondervertragskundenbereich eingeführt. Damit wurden unter anderem die neuen Marktgegebenheiten, insbesondere die Vorgaben aus der im November 2006 in Kraft getretenen „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Gas aus dem Niederdrucknetz“ (Gasgrundversorungsverordnung – GasGVV), umgesetzt. Das Preissystem ist übersichtlicher gestaltet und beinhaltet für die Kunden der GASAG AG im Rahmen der Grundversorgung eine Bestabrechnung, analog der EMB, wonach je nach Höhe ihres Jahresverbrauchs abrechnungstechnisch in dem günstigsten Tarif abgerechnet wird.

BETEILIGUNGSSTRATEGIE

Der GASAG-Konzern setzte seine Beteiligungsstrategie im Rahmen seiner Wachstumsziele zur Erweiterung des Kerngeschäftes sowie zur Ausweitung des Marktgebietes weiter fort. Die zum 01.10.2007 von der GASAG AG erworbene NGT passt mit ihren Geschäftsfeldern Contracting und technische

Dienstleistungen in den strategischen Fokus des GASAG-Konzerns. Der Ausbau der Marktposition im Bereich Contracting ist eine wesentliche Wachstumsoption für den GASAG-Konzern. Die NGT ist insbesondere mit Contracting-Angeboten im Gesundheitswesen aktiv. Im Bereich technische Dienstleistungen erwartet der GASAG-Konzern durch den Erwerb des Unternehmens Synergieeffekte. Insbesondere im Hausanschluss- und Zähler-service, bei Systemdienstleistungen für das Messgerätemanagement sowie bei der Inspektion, Wartung und Instandsetzung von Hausanschlüssen werden sich die Unternehmen des GASAG-Konzerns ergänzen.

Die EMB hat sich im Geschäftsjahr 2007 mit 49 % an der GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG, Rathenow, beteiligt. Die Biogasanlage Rathenow ist die erste im Land Brandenburg, die Biogas zu BioErdgas aufbereitet und zur Nutzung in das Leitungsnetz der NBB einspeisen wird. Sie ist ein erster Schritt des GASAG-Konzerns zum Aufbau des Geschäftsfeldes BioErdgas.

PROJEKT „GASAG 2015“

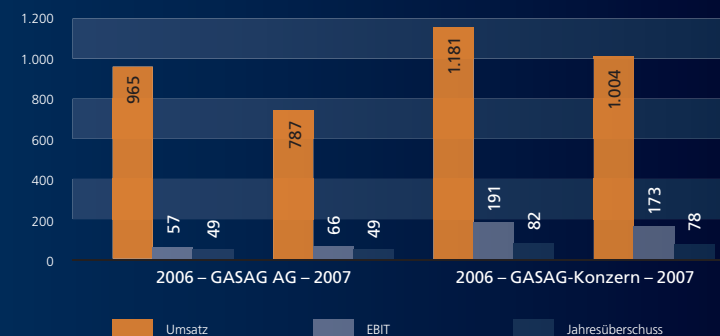
Im Rahmen eines eigens dafür aufgelegten Projektes „GASAG 2015“ hat sich der GASAG-Konzern mit Beginn des Jahres 2007 intensiv mit zusätzlichen Wachstumsoptionen beschäftigt. In der Bewertung von vorausgewählten Optionen weisen sieben davon eine besonders

hohe Markt- und Investitionsattraktivität aus. Diese betreffen den Speicherausbau, den Vertrieb in Fremdmärkte, Trading, Erneuerbare Energien, Contracting, Smart Metering und Netze.

Nach Abschluss der konzeptionellen Arbeiten wurde teilweise mit der Umsetzung begonnen:

- Für die Optimierung der Leistungsfähigkeit des Speichers werden vorbereitende Tätigkeiten für das Abteufen zweier Bohrungen sowie seismischer Untersuchungen in 2008 durchgeführt.
- Die GASAG AG beliefert seit dem 01.10.2007 Kieler Privat- und Gewerbetunden mit dem innovativen Produkt

KENNZAHLEN VON GASAG AG UND KONZERN (IFRS) 2006–2007 (in Mio. €)





„Bärengas“. Es wurden auch bundesweit indizierte Angebote an Großkunden zur Gasbelieferung abgegeben und erste Verträge für 2008 abgeschlossen.

- Durch die Umstellung der bestehenden Lieferverträge auf die virtuellen Handlungspunkte wurde die Gasbelieferung ab dem 01.10.2007 sichergestellt und damit auch die Voraussetzungen für mögliche zukünftige Handelsgeschäfte geschaffen.
- Neben den konzeptionellen Arbeiten im Bereich Erneuerbare Energien wurde mit dem Bau der ersten Biogasanlage in Rathenow am 16.11.2007 begonnen.
- Zusätzlich zur Entwicklung von Segment spezifischen Strategien im Contracting konnten im Rahmen der Prüfung von Möglichkeiten zu Akquisitionen und Joint Ventures zwei Projekte erfolgreich abgeschlossen werden. Es wurde ein bedeutendes Filialunternehmen als Abnehmer von Contracting-Leistungen gewonnen sowie die NGT übernommen.
- Auf Grund der Liberalisierung des Mess- und Zählerwesens sowie der Erwartung einer gesetzlichen Verpflichtung zur monatlichen Abrechnung wird der Einsatz dieser neuen Zählertechnologien intensiv untersucht. Im Rahmen eines Pilotprojektes wurde mit Unterstützung von Kooperationspartnern ein erster Test eingeleitet.

- Bei der Ausweitung des Netzgeschäftes sind besonders der Kauf und der Betrieb weiterer Netze im Fokus. Als begleitender Schritt wurde ein Konzept für den Vertrieb von Netzdienstleistungen einschließlich Kooperationen erstellt, welches sich bereits in der Umsetzung durch die NBB befindet.

AKTIVITÄTEN ZUR MARKTERWEITERUNG

Die GASAG AG verstärkt ihre Aktivitäten zur Förderung des Einsatzes von Erdgasheizungen in Kombination mit solarthermischen Anlagen. Zusätzlich zur bestehenden Solarförderung ist im Juli 2007 gemeinsam mit der Berliner Energieagentur die Informationskampagne „Erdgas + Solar XXL“ initiiert worden. Damit soll der Bau großer thermischer Solaranlagen mit Kollektorflächen größer 20 m² im Bereich der für Berlin besonders bedeutsamen Wohnungswirtschaft beschleunigt werden.

Ein zentrales Ziel des Programms der GASAG AG ist der Auf- und Ausbau von Blockheizkraftwerken (BHKW) unterschiedlicher Größe. Diese Anlagen sparen bis zu 40 % Energie, weil sie Strom und Wärme gekoppelt und verbrauchernah erzeugen.

Ein weiterer Programmbaustein im Bereich der erneuerbaren Energien ist die Planung von weiteren Biogasanlagen. Auch die Markteinführung von Gaswärmepumpen sowie der Ausbau der Tankstelleninfrastruktur für Erdgasfahrzeuge werden eine wichtige Rolle spielen.

Diese Maßnahmen kommen nicht nur der Umwelt zugute. Es werden darüber hinaus auch erhebliche Kosten für Primärenergie eingespart. Insgesamt ist über entsprechende Multiplikatoreffekte bei Anlagenherstellern, Geräteindustrie und Handwerk ein Investitionsvolumen mit einem Umfang von bis zu 1,5 Milliarden Euro zu erwarten. Damit wird vor allem die mittelständische Wirtschaft in der Region gestärkt und ein wichtiger Beitrag zur Sicherung und zum Aufbau von Arbeitsplätzen im wichtigen Feld des Umweltschutzes und der Energietechnik geleistet.

UMWELT UND TECHNOLOGIE

Die GASAG AG hat im Jahr 2007 ihre Aktivitäten im umweltorientierten und technischen Bereich weiter verstärkt. Neben der Schaffung organisatorischer Voraussetzungen wurde insbesondere die Erprobung neuer Technologien zur dezentralen Erzeugung von Wärme aus Erdgas vorangetrieben. Darüber hinaus wurde der Einstieg in das Geschäftsfeld BioErdgas vollzogen.

GESETZLICHE BEDINGUNGEN

Die Aktivitäten der GASAG AG werden insbesondere durch das „Integrierte Energie- und Klimaprogramm“ der Bundesregierung (Eckpunktepapier Meseberg) unterstützt. Es soll eine hocheffiziente, ökologisch und ökonomisch sinnvolle dezentrale Energieversorgung realisiert werden. Die Gerätetechnik, die dies auch im Einfamilienhausbereich oder anderen Objekten mit kleinem Leistungsbedarf

ermöglicht, befindet sich zurzeit in der Erprobung bzw. steht vor der Markteinführung.

„BERLIN VERPFLICHTET“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Klima- und Energiedebatte will die GASAG AG den CO₂-Ausstoß in Berlin bis 2015 um jährlich mehr als eine Million Tonnen verringern und damit einen verstärkten Beitrag zum Klimaschutz leisten. Damit soll auch die Entwicklung der GASAG AG vom Infrastrukturdienstleister der 90er Jahre zu einem modernen, zukunftsorientierten und innovativen Energiedienstleister untermauert werden.

Das Programm „Berlin verpflichtet“ sieht im Kern eine dezentrale Energieversorgung vor. Zudem sollen energieeffiziente Technologien gefördert und Heizungsanlagen modernisiert werden.

Das Programm trägt insbesondere der Tatsache Rechnung, dass in Berlin private Haushalte für mehr als die Hälfte der Kohlendioxidemissionen verantwortlich sind. Über 10.000 Ölheizungen in Berlin sind älter als 25 Jahre. Bei einem Anlagenaustausch können die CO₂-Emissionen durch den Einsatz von modernen Erdgasheizungen nachhaltig gesenkt werden.

Die GASAG AG hat sich daher verpflichtet, das Beratungs- und Serviceangebot zur Heizungsumstellung auszubauen und zu intensivieren.

SONSTIGE GESCHÄFTSFELD-ENTWICKLUNGEN

Im Geschäftsbereich Erdgas als Kraftstoff konnte der Absatz um ca. 10 % auf fast 70 Millionen kWh Erdgas gesteigert werden. Wichtige Grundlage für die gute Entwicklung ist der Bestand an Erdgastankstellen in Berlin. Zur weiteren Verbreitung von Erdgasfahrzeugen sollen auch Phill-Heimbetankungsanlagen aus Kanada helfen, die getestet wurden.

Zur Förderung der dezentralen Energieversorgung wurden sieben Mikro-KWK-Anlagen des Typs Lion-Powerblock im Feld getestet. Zudem wurde im März 2007 eine zweijährige Mikro-KWK-Feldtest-Kampagne gestartet, in der insgesamt 20 WhisperGen-Geräte in Haushalten, Gewerbebetrieben und öffentlichen Einrichtungen erprobt werden.

Darüber hinaus befinden sich gegenwärtig insgesamt acht Diffusions-Absorptions-Wärmepumpen unter Alltagsbedingungen im Test. Die sich in Gründung befindliche bundesweite „Initiative Gaswärmepumpe“ mit namhaften Geräteherstellern soll die Entwicklung und Markteinführung dieser Technologie forcieren.

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

2. UNTERNEHMENSITUATION DES GASAG-KONZERNS (IFRS)



2.1 ERTRAGSLAGE DES GASAG-KONZERNS

Die UMSATZERLÖSE sanken gegenüber dem Vorjahr um 177,1 Millionen Euro auf 1.004,3 Millionen Euro (-15,0 %). Der Rückgang ist auf die Temperaturentwicklung und die Preissenkungen bei der GASAG AG und bei der EMB zurückzuführen. Die Preissenkungen sind infolge der Ölpreisentwicklung vorgenommen worden. Darüber hinaus ist seit Inkrafttreten des neuen Energiesteuergesetzes im August 2006 die Erdgassteuer in 2007 nicht mehr Bestandteil der Umsatzerlöse; in 2006 wurde sie jedoch für die Monate Januar bis Juli noch unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Die Gasabsatzmenge, ohne Berücksichtigung konzerninterner Lieferungen, liegt mit 22.515 Millionen kWh um 2.310 Millionen kWh unter dem Gasabsatz des Vorjahres (24.825 Millionen kWh). Der Rückgang an Gasabsatz gegenüber dem Vorjahr entfällt mit 1.574 Millionen kWh auf die GASAG AG und mit 737 Millionen kWh auf die EMB.

Die SONSTIGEN BETRIEBLICHEN ERTRÄGE sanken um 43,2 Millionen Euro auf 25,8 Millionen Euro (-62,6 %). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem im Vorjahr ausgewiesenen Erstattungsanspruch gegen die Berliner Erdgasspeicher Besitz- und Verwaltungsgesellschaft bR, Berlin, und deren Gesellschaftern, in Höhe von 27,1 Millionen Euro.

Der MATERIALAUFWAND sank um 169,5 Millionen Euro auf 638,4 Millionen Euro (-21,0 %). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf temperaturbedingte Mengenreduzierungen und gesunkene Gasbezugspreise zurückzuführen. Korrespondierend zu den Umsatzerlösen entfällt außerdem seit Inkrafttreten des neuen Energiesteuergesetzes die Energiesteuer für den Erdgasbezug als Bestandteil des Materialaufwandes.

Der PERSONALAUFWAND sank um insgesamt 35,6 Millionen Euro (-31,5 %) auf 77,4 Millionen Euro. Zur Deckung des zusätzlichen Mittelbedarfs zur Finanzierung der vor dem 01.01.2002 begründeten Ansprüche auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung über die VBL wurde

der Risiko-Rückstellung für Sanierungsgelder gemäß IAS 19.32A ein Betrag in Höhe von 5,7 Millionen Euro (i. Vj. 32,1 Millionen Euro) zugeführt. Des Weiteren erfolgte in 2006 die Bildung einer Rückstellung für das erweiterte Altersteilzeitprogramm in Höhe von 10,3 Millionen Euro.

Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl stieg gegenüber dem Vorjahr von 1.407 auf 1.413 leicht an.

Die SONSTIGEN BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN erhöhten sich um 1,2 Millionen Euro auf 76,0 Millionen Euro (+1,6 %).

Das ERGEBNIS DER BETRIEBLICHEN TÄTIGKEIT (EBIT) verringerte sich im Wesentlichen durch die angeführten Gründe im Geschäftsjahr um 17,7 Millionen Euro (-9,2 %) auf 173,2 Millionen Euro.

Die FINANZIERUNGS AUFWENDUNGEN liegen mit 69,6 Millionen Euro um 5,8 Millionen Euro (-7,7 %) unter dem Vorjahreswert.

Die STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG liegen mit 50,5 Millionen Euro um 3,1 Millionen Euro (-5,8 %) unter denen des Vorjahres. Der Rückgang ist im Wesentlichen durch das niedrigere Ergebnis vor Steuern begründet.

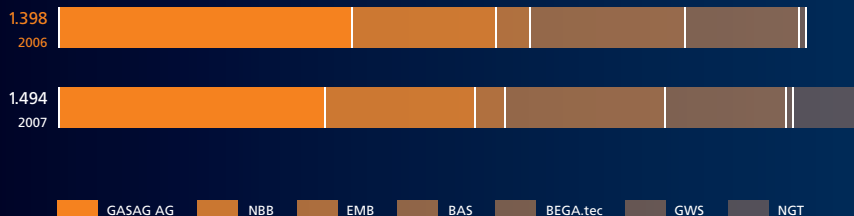
Der JAHRESÜBERSCHUSS des GASAG-Konzerns liegt mit 78,3 Millionen Euro um 3,4 Millionen Euro unter dem des Vorjahres mit 81,7 Millionen Euro (-4,1 %).

Im Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit ist ein NEUTRALES ERGEBNIS in Höhe von -4,8 Millionen Euro (i. Vj. -4,9 Millionen Euro) enthalten, darin sind als wesentliche Posten erfasst:

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Aufwendungen		
Aufwendungen VBL-Sanierungsgeld	5,7	32,1
Ausbuchung und Wertberichtigungen von Forderungen	7,1	9,2
Aufwendungen Sozialplan und Interessenausgleich	0,7	0,0
Aufwendungen aus Altersteilzeitregelungen	0,0	10,3
	13,5	51,6
Erträge		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2,9	14,5
Erträge aus dem Erstattungsanspruch gegen die Speicher GbR	0,0	27,1
	2,9	41,6
Sonstige Aufwendungen und Erträge (saldiert)	5,8	5,1
	-4,8	-4,9

GASAG-KONZERN ENTWICKLUNG DER PERSONALZAHLEN 2006–2007

(Ohne Mitarbeiter in der passiven ATZ-Phase, ruhende Arbeitsverhältnisse, sowie ohne Vorstände bzw. Geschäftsführer und Auszubildende, jeweils zum Bilanzstichtag)



■ GASAG AG
 ■ NBB
 ■ EMB
 ■ BAS
 ■ BEGA.tec
 ■ GWS
 ■ NGT



2.2 FINANZLAGE DES GASAG-KONZERNS

Das Finanzmanagement steuert die jederzeitige Liquiditätssicherung des Konzerns und wird durch die GASAG AG durchgeführt. Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs werden rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanungen genutzt.

Art und Umfang der Transaktionen orientieren sich am operativen und finanziellen Grundgeschäft des Konzerns.

Der allgemeine Finanzierungsbedarf des Konzerns wird aus dem operativen Cashflow sowie durch Inanspruchnahme kurz- und langfristiger Bankkredite gedeckt. Darüber hinaus konnte sich der Konzern aufgrund seiner nachhaltigen positiven Unternehmensentwicklung erstmalig den direkten Zugang zum Kapitalmarkt erschließen. Die Platzierung eines Schuld-scheidendarlehens am europäischen Kapitalmarkt in Höhe von 150 Millionen Euro mit einer Laufzeit von 15 Jahren gliedert sich in zwei Tranchen, 100 Millionen Euro in 2007 sowie 50 Millionen Euro in 2008. Die Kreditlinien des Konzerns werden von insgesamt 7 Banken, teilweise ohne Laufzeitbegrenzung, bereitgestellt. Die in den kurz- und langfristigen Schulden enthaltenen verzinslichen Darlehen des Konzerns sind auf 20 Banken diversifiziert.

LANGFRISTIGE SCHULDEN

Die Abnahme der LANGFRISTIGEN SCHULDEN (ohne latente Steuern) um 148,8 Millionen Euro auf 1.234,8 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr beruht haupt-

sächlich auf der Verminderung der verzinslichen Darlehen um 141,6 Millionen Euro. Die Reduzierung des langfristigen Darlehensbestandes resultiert im Wesentlichen aus der laufzeitgerechten Umgliederung in die kurzfristigen Schulden.

KURZFRISTIGE SCHULDEN

Bei den KURZFRISTIGEN SCHULDEN wurde ein Anstieg um 141,1 Millionen Euro auf 467,1 Millionen Euro verzeichnet, welches im Wesentlichen auf die Erhöhung der kurzfristigen Darlehen um 159,4 Millionen Euro sowie die Verminderung der Rückstellungen um 9,9 Millionen Euro zurückzuführen ist.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit des GASAG-Konzerns verminderte sich im Geschäftsjahr 2007 um 129,8 Millionen Euro auf 94,0 Millionen Euro.

Die Verminderung des Working Capitals um 131,7 Millionen Euro ist im Wesentlichen auf die Erhöhung gezahlter Ertragsteuern zur Begleichung von Steuerverbindlichkeiten des Vorjahres sowie auf die Erhöhung der Forderungen zurückzuführen. Durch Einmaleffekte im Sonderkundenbereich und temperaturbedingte Effekte im 4. Quartal 2007 reduzierte sich stichtagsbedingt der Cashflow aus Forderungen aus Gaslieferungen um 81,8 Millionen Euro gegenüber 2006.

Abweichend zum Vorjahr wurden ferner Anzahlungen auf bereits gelieferte Gas-mengen in Höhe von 21,5 Millionen Euro geleistet. Der Bestand der Verbindlich-

keiten bewegt sich insgesamt auf Vorjahresniveau und bewirkt eine Abnahme des daraus resultierenden Cashflows um 58,3 Millionen Euro gegenüber der Vorjahresentwicklung.

Wesentliche belastende Effekte im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit des Jahres 2007 werden den geplanten Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in 2008 positiv beeinflussen.

Im Geschäftsjahr 2007 ergab sich ein negativer Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von 60,5 Millionen Euro. Dies resultiert im Wesentlichen aus Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagevermögen infolge eines Unternehmenserwerbs und aus erfolgter separater Finanzinvestition zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen aus Insolvenz-sicherung für Altersteilzeitguthaben.

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist im Geschäftsjahr 2007 um 119,2 Millionen Euro auf 46,1 Millionen Euro gesunken, was im Wesentlichen auf eine erstmalige Kapitalmarktfinanzierung durch die GASAG AG in Höhe von 100,0 Millionen Euro und auf geringere Tilgungen von Krediten zurückzuführen ist.

Der Finanzmittelfonds, in dem neben dem Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks auch die verzinslichen Wertpapiere des Umlaufvermögens enthalten sind, ist im Geschäftsjahr 2007 insgesamt um 12,6 Millionen Euro auf 27,7 Millionen Euro gesunken.

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Ergebnis vor Steuern	128,8	135,3
gezahlte Ertragsteuern	-31,5	-31,6
Working Capital	-59,2	72,5
Übrige Posten	55,9	47,6
Cashflow aus Geschäftstätigkeit	94,0	223,8
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-60,5	-82,2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-46,1	-165,3
Wertschwankungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,0	0,4
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	27,7	40,3

NETTOFINANZPOSITION

Die Nettofinanzposition umfasst die flüssigen Mittel und die Wertpapiere der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte, die um die finanziellen Schulden

vermindert werden. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sowie die sonstigen Ausleihungen werden bei der Ermittlung nicht berücksichtigt.

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Liquide Mittel	27,7	30,3
Wertpapiere des Umlaufvermögens	185,8	36,8
Zwischensumme Kurzfristige Finanzmittel	213,5	67,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-741,8	-706,8
Sonstige finanzielle Schulden	-405,0	-420,7
Derivate	0,0	-1,5
Nettofinanzposition	-933,3	-1.061,9

Die Erhöhung der Wertpapiere des Umlaufvermögens resultiert aus der Umgliederung des Zerobonds aus den langfristigen finanziellen Vermögenswerten.



2.3 VERMÖGENSLAGE DES GASAG-KONZERNS

LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE

Die LANGFRISTIGEN VERMÖGENSWERTE (ohne latente Steuern) verringerten sich um 140,1 Millionen Euro auf 1.879,0 Millionen Euro.

Auf Investitionen in das SACHANLAGE-VERMÖGEN des GASAG-Konzerns entfallen 33,7 Millionen Euro (i. Vj. 36,5 Millionen Euro), wobei die Gasverteilungsnetze und Wärmeanlagen mit 31,1 Millionen Euro (i. Vj. 31,9 Millionen Euro) den größten Posten darstellen.

Die ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN verringerten sich im Geschäftsjahr um 1,2 Millionen Euro.

KURZFRISTIGE VERMÖGENSWERTE

Die KURZFRISTIGEN VERMÖGENSWERTE erhöhten sich insgesamt um 196,5 Millionen Euro auf 516,5 Millionen Euro. Der wesentliche Grund liegt in der Umgliederung eines Wertpapiers mit einem Nennwert von 165 Millionen Euro aus den langfristigen finanziellen Vermögenswerten.

Die VORRÄTE erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 8,2 Millionen Euro auf 87,0 Millionen Euro. Der Bestand betrifft im Wesentlichen gespeichertes Arbeitsgas.

Ursächlich für den Anstieg der FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGEN FORDERUNGEN um 42,9 Millionen Euro auf 166,2 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr sind im Wesentlichen die gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Durchschnittstemperaturen in den Monaten Oktober bis Dezember 2007.

Im Posten ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE werden Aktien der EnergieSüdwest AG, Landau (ESW genannt), ausgewiesen, welche zum Erwerb und zur Finanzierung weiterer Anteile an der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus (SpreeGas genannt) eingesetzt werden sollen. Der Abtausch der restlichen Anteile ist für 2008 vorgesehen.

NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Der durchschnittliche Personalbestand des GASAG-Konzerns blieb mit 1.413 Mitarbeitern gegenüber dem Vorjahr in etwa unverändert.

Aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen investiert der GASAG-Konzern gezielt in die Verbesserung der Beschäftigtenstruktur. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Altersteilzeitprogramme schafft hierfür die internen Voraussetzungen. Die mit dem Tarifpartner ver.di geschlossene Tarifregelung „Beschäftigungsförderung und Verbesserung der Belegschaftsstrukturen in den

Gesellschaften des GASAG-Konzerns“ unterstützt die Wirtschaftlichkeit des Recruiting.

Neben der kontinuierlichen Anpassungsqualifikation aller Beschäftigten werden Spezialprogramme zur Förderung des internen Nachwuchses und zur Integration von Hochschulabsolventen durchgeführt.

EIGENKAPITAL UND KENNZAHLEN

Das EIGENKAPITAL liegt mit 678,1 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau (+30,7 Millionen Euro). Das bedeutet einen Anstieg von 4,8 %. Die Eigenkapitalquote des GASAG-Konzerns erhöhte sich bei leicht gestiegener Bilanzsumme auf 27,5 % (i. Vj. 26,4 %). Detaillierte Angaben zum Eigenkapital sind aus der im Anhang dargestellten Eigenkapitalveränderungsrechnung zu entnehmen.

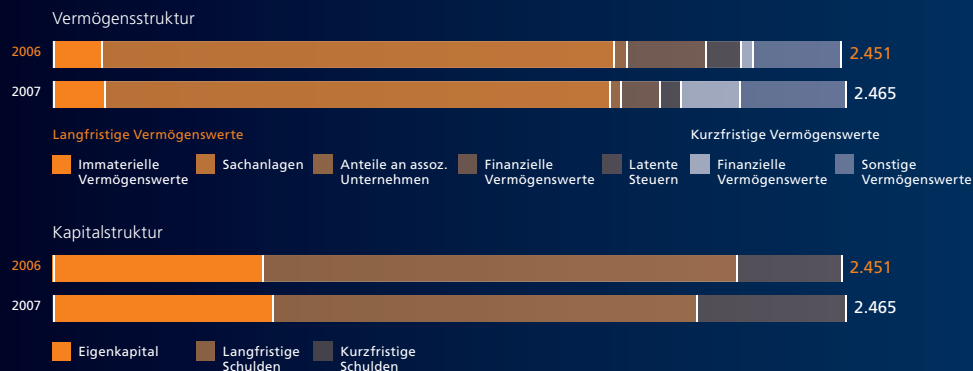
Die immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen sind mit 39,6 % (i. Vj. 37,5 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Die Steuerungsgröße ROCE (Return on Capital Employed) verringerte sich im Geschäftsjahr von 11,6 % in 2006 um 1,0 Prozentpunkt auf 10,6 % in 2007. Die Gründe für diese Entwicklung lagen im Wesentlichen in den positiven Einmalwirkungen des Vorjahres. Der ROCE im GASAG-Konzern reflektiert die Ertragskraft auf das investierte Kapital und spiegelt das Verhältnis des Ergebnisses der betrieblichen Tätigkeit zum durchschnittlichen betrieblichen Vermögen wider.

2.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Der Gasabsatz ist infolge der milden Witterung im Geschäftsjahr unter dem geplanten Niveau geblieben. Der intensive Gas-zu-Gas-Wettbewerb führte zu einer moderaten Verringerung der Kundenanzahl. Die finanziellen Verpflichtungen sind durch die zur Verfügung stehende Liquidität, die Finanzanlagen und die bestehenden Kreditlinien fristenkongruent gedeckt. Die Beteiligungsstrategie wurde erfolgreich fortgesetzt. Der Jahresüberschuss des GASAG-Konzerns blieb wegen temperaturbedingter Belastungen unter dem Niveau des Vorjahres.

BILANZSTRUKTUR DES GASAG-KONZERNS (IFRS) (in Mio. €)



ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

3. UNTERNEHMENSITUATION DER GASAG AG (HGB)



3.1 ERTRAGSLAGE DER GASAG AG

Die UMSATZERLÖSE sanken gegenüber dem Vorjahr um 178,6 Millionen Euro auf 786,7 Millionen Euro (-18,5%). Der Rückgang ist zum einen auf die Preissenkung zum 01.04.2007 bei den veröffentlichten Preisen und auf Preissenkungen bei den Sondervertragskunden zurückzuführen. Die Preissenkungen sind infolge der Ölpreisentwicklung vorgenommen worden. Die Gasabsatzmenge der GASAG AG lag aufgrund der warmen Witterung bei 15.880 Millionen kWh (i. Vj. 17.528 Millionen kWh). Darüber hinaus ist seit Inkrafttreten des neuen Energiesteuergesetzes im August 2006 die Erdgassteuer in 2007 nicht mehr Bestandteil der Umsatzerlöse; in 2006 wurde sie jedoch für die Monate

Januar bis Juli noch unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Aufgrund des Entgeltbescheids der Bundesnetzagentur wurden die Pachterträge aus der Verpachtung des Gasnetzes gesenkt, was zu einer weiteren Verringerung der Umsatzerlöse beitrug.

Die SONSTIGEN BETRIEBLICHEN ERTRÄGE verringerten sich um 52,3 Millionen Euro (-42,0%) auf 72,4 Millionen Euro. Das Absinken resultiert aus einem im Vorjahr ausgewiesenen Erstattungsanspruch gegen die Berliner Erdgasspeicher Besitz- und Verwaltungsgesellschaft bR, Berlin, und deren Gesellschaftern in Höhe von 27,1 Millionen Euro. Darüber hinaus wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,2 Millionen Euro vereinnahmt, gegenüber 14,0 Millionen Euro in 2006.

Der MATERIALAUFWAND liegt mit 569,8 Millionen Euro um 192,4 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf temperaturbedingte Mengenänderungen und gesunkene Gasbezugs- und Transportpreise zurückzuführen. Korrespondierend zu den Umsatzerlösen entfällt außerdem seit Inkrafttreten des neuen Energiesteuergesetzes die Energiesteuer für den Erdgasbezug als Bestandteil des Materialaufwandes. Die Relation des Materialaufwandes zu den Umsatzerlösen der GASAG AG verringerte sich dadurch methodisch bedingt auf 72,4 % im Geschäftsjahr (i. Vj. 79,0 %).

Der PERSONALAUFWAND liegt mit 41,4 Millionen Euro um 39,7 Millionen Euro unter dem Niveau des Vorjahres. Für das an die VBL zu zahlende Sanierungsgeld zur Sicherung der Deckungslücke wurde der Risikorückstellung ein Betrag von 9,2 Millionen Euro (i. Vj. 25,5 Millionen Euro) zugeführt. Des Weiteren erfolgte in 2006 die Bildung einer Rückstellung für das erweiterte Altersteilzeitprogramm in Höhe von 4,7 Millionen Euro.

Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl sank von 568 Mitarbeiter auf 520 Mitarbeiter (-8,5 %), im Wesentlichen getragen von dem Instrument der Altersteilzeitregelung.

Die SONSTIGEN BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN haben sich im Geschäftsjahr um 4,8 Millionen Euro (+2,4 %) auf 201,4 Millionen Euro erhöht. Sie beinhalten im Wesentlichen die gestiegenen Leasingaufwendungen für den Erdgasspeicher sowie für das Gasverteilungsnetz infolge der durchgeführten und weiterberechneten Investitionen in das Netz.

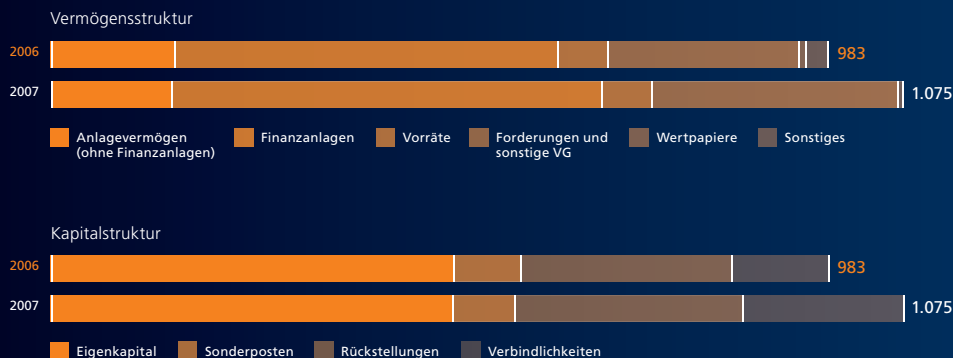
Im BETEILIGUNGSERGEBNIS sind insgesamt 16,2 Millionen Euro enthalten; davon entfallen auf die verbundenen Unternehmen EMB 12,1 Millionen Euro, die BAS 0,9 Millionen Euro und auf die GWS 0,8 Millionen Euro.

Das ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT erhöhte sich um 8,5 Millionen Euro (+14,9 %) auf 65,5 Millionen Euro.

Die STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG der GASAG AG betragen 16,3 Millionen Euro gegenüber 7,4 Millionen Euro im Vorjahr. Wesentlicher Effekt ist die Auflösung von Steuerrückstellungen in 2006, die im Ergebnis der Betriebsprüfung den Steueraufwand um 16,0 Millionen Euro gemindert hat.

Das Jahresergebnis 2007 weist bei der GASAG AG einen JAHRESÜBERSCHUSS in Höhe von 48,7 Millionen Euro gegenüber einem Jahresüberschuss 2006 in Höhe von 49,2 Millionen Euro (-1,0 %) aus.

BILANZSTRUKTUR DER GASAG-AG (HGB) (in Mio. €)





Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist ein NEUTRALES ERGEBNIS in Höhe von -25,9 Millionen Euro (i. Vj. +3,7 Millionen Euro) enthalten. Es umfasst u. a. Aufwendungen für rechtliche Risiken, Aufwendungen im Zusammenhang mit Rückstellungsbildungen für das VBL-Sanierungsgeld und Aufwendungen aufgrund von Ausbuchungen und Wertberichtigungen von Forderungen. Gegenläufige Effekte betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

3.2 FINANZLAGE DER GASAG AG

Die Vermögensstruktur der GASAG AG ist dadurch gekennzeichnet, dass die wesentlichen Sachanlagen für das Kerngeschäft zur Verbesserung der Finanz- und Ertragslage mittel- bzw. langfristig über Leasingverträge finanziert werden.

Finanzielle Verpflichtungen aus diesen Leasingtransaktionen für die Gasanlagen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 1.088,0 Millionen Euro (i. Vj. 1.158,1 Millionen Euro). Sie sind durch die zur Verfügung stehende Liquidität, die erwartete Ertragslage sowie über vertragliche Vereinbarungen fristenkongruent gedeckt.

Temperaturbedingte Mindererlöse aus Netznutzungsentgelten führten bei der NBB zum 31.12.2007 zu einer Überschuldung. Vor diesem Hintergrund hat die GASAG AG noch in 2007 der NBB ein Gesellschafterdarlehen mit qualifiziertem

Rangrücktritt in Höhe von 11,9 Millionen Euro in 2007 zur Verfügung gestellt.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Der CASHFLOW AUS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT der GASAG AG verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 106,2 Millionen Euro und ist erstmals mit 0,1 Millionen Euro negativ.

Wesentliche Effekte resultieren aus einer Erhöhung gezahlter Ertragssteuern um 23,8 Millionen Euro. Davon sind allein 15,2 Millionen Euro zur Begleichung von Steuerverbindlichkeiten des Vorjahres.

Die Veränderung des Working Capitals um -56,4 Millionen Euro ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen zurückzuführen. Durch Einmaleffekte im Sonderkundenbereich und temperaturbedingte Effekte im 4. Quartal 2007 stiegen stichtagsbedingt die Forderungen aus Gaslieferungen um 29,5 Millionen Euro gegenüber 2006.

Abweichend gegenüber dem Vorjahr wurden ferner Anzahlungen auf bereits gelieferte Gasmengen in Höhe von 21,5 Millionen Euro geleistet.

Wesentliche belastende Effekte im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit des Jahres 2007 werden den geplanten Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in 2008 positiv beeinflussen.

Die Veränderung der Übrigen Posten ist im Wesentlichen auf die um 35,3

Millionen Euro geringere Zunahme der Rückstellungen zurückzuführen.

Der CASHFLOW AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Millionen Euro auf -74,5 Millionen Euro und resultiert im Wesentlichen aus einem Unternehmenserwerb und aus erfolgter separater Finanzinvestition zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen aus Insolvenzsicherung für Altersteilzeitguthaben.

Der CASHFLOW AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT veränderte sich um 104,4 Millionen Euro auf 50,2 Millionen Euro. Diese Entwicklung beruht im Wesentlichen auf einer erstmaligen Kapitalmarktfinanzierung.

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten und Ertragsteuern	65,0	56,6
gezahlte Ertragsteuern	-33,2	-9,4
Working Capital	-60,6	-4,2
Übrige Posten	28,7	63,1
Cashflow aus Geschäftstätigkeit	-0,1	106,1
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-74,5	-79,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	50,2	-54,2
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	35,4	59,8

NETTOFINANZPOSITION

Die Nettofinanzposition ergibt sich aus dem Bestand an flüssigen Mitteln und den Wertpapieren des Umlaufvermögens

korrigiert um die Finanzverbindlichkeiten. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sowie die sonstigen Ausleihungen werden bei der Ermittlung nicht berücksichtigt.

	2007 Mio. €	2006 Mio. €
Liquide Mittel	8,5	29,6
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	9,9
Zwischensumme Kurzfristige Finanzmittel	8,5	39,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-101,3	-23,7
Nettofinanzposition	-92,8	15,8

PASSIVA OHNE EIGENKAPITAL

Die RÜCKSTELLUNGEN haben sich im Geschäftsjahr um 19,6 Millionen Euro (+7,4 %) auf 285,5 Millionen Euro erhöht, im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der Sonstigen Rückstellungen. Darunter werden als wesentliche Posten Rückstellungen für die Entschädigungen von dinglichen Grundstücksrechten gemäß §9 Grundbuchbereinigungsgesetz (GrBBG) in Höhe von 80,5 Millionen Euro, Rückstellungen für Bodensanierungen

in Höhe von 19,4 Millionen Euro sowie Rückstellungen für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 14,3 Millionen Euro erfasst. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und sonstige Risiken in Höhe von 25,3 Millionen Euro (i. Vj. 5,3 Millionen Euro). Weiterhin wird unter den sonstigen Rückstellungen ein Erstattungsanspruch der Speicher GbR gegenüber der GASAG AG in Höhe von 7,4 Millionen Euro ausgewiesen.

EIGENKAPITAL UND KENNZAHLEN

Auf der Kapitaleseite verminderte sich das EIGENKAPITAL geringfügig um 0,5 Millionen Euro auf 504,3 Millionen Euro. Die Eigenkapitalquote der GASAG AG liegt bei 46,9 % gegenüber 51,3 % im Vorjahr.

Die Vermögensstruktur der GASAG AG ist dadurch gekennzeichnet, dass die wesentlichen Sachanlagen für das Kerngeschäft langfristig über Leasingverträge finanziert werden.

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

4. NACHTRAGSBERICHT DES GASAG-KONZERNES UND DER GASAG AG



5. RISIKOBERICHT DES GASAG-KONZERNES UND DER GASAG AG



AUSSERBILANZIELLE FINANZIERUNGSMITTEL

Die GASAG AG hat im Jahr 1996 den Teilbetrieb Erdgasspeicher in die Berliner Erdgasspeicher Besitz- und Verwaltungsgesellschaft bürgerlichen Rechts eingebracht und mit der Gesellschaft einen Pachtvertrag zur betrieblichen Nutzung des Erdgasspeichers mit allen technischen Anlagen, dem Kissengasbestand und den sonstigen Vermögensgegenständen, die zu seinem Betrieb gehören, abgeschlossen. Im Jahr 2000 hat die GASAG AG das Gasrohrnetz im Wege eines Sale-and-Lease-Back-Geschäftes verkauft und für die weitere Nutzung zurück gemietet. Beide Transaktionen dienten der nachhaltigen Stärkung der Finanz- und Ertragslage und waren Grundlage für ein strategisches Wachstum im Markt. Die finanziellen Verpflichtungen, die sich aus der Wahrnehmung des Ankaufsrechts bzw. aus der möglichen Andienung der Leasinggegenstände ergeben können, sind über die zur Verfügung stehende Liquidität, die erwartete Ertragslage sowie über langfristige vertragliche Vereinbarungen fristenkongruent abgesichert.

3.3 VERMÖGENSLAGE DER GASAG AG

AKTIVA

Die Investitionen in das SACHANLAGE-VERMÖGEN der GASAG AG betragen 3,2 Millionen Euro (i. Vj. 3,1 Millionen Euro).

Die im Geschäftsjahr 2007 durchgeführten Maßnahmen am Gasnetz wurden

vertragsgemäß im Rahmen des Sale-and-Lease-Back-Geschäftes an den Leasinggeber mit 22,6 Millionen Euro weiterberechnet.

Die FINANZANLAGEN beinhalten ein Wertpapier mit einem Nennwert von 165 Millionen Euro. Zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes wurde der GASAG Treuhänder e.V. gegründet. Die auf den Treuhänder übertragenen finanziellen Mittel betragen 25,1 Millionen Euro.

Temperaturbedingte Mindererlöse aus Netznutzungsentgelten führten bei der NBB zum 31.12.2007 zu einer Überschuldung. Vor diesem Hintergrund hat die GASAG AG noch in 2007 der NBB ein Gesellschafterdarlehen mit qualifiziertem Rangrücktritt in Höhe von 11,9 Millionen Euro in 2007 zur Verfügung gestellt.

Der Bestand der VORRÄTE ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert bei 64,9 Millionen Euro. Der Bestand betrifft im Wesentlichen gespeichertes Arbeitsgas (58,3 Millionen Euro).

Die FORDERUNGEN UND SONSTIGEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDE haben sich insgesamt um 67,5 Millionen Euro (+28,0%) auf 308,7 Millionen Euro erhöht. Die Forderungen aus Gaslieferungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 34,6 Millionen Euro auf 114,8 Millionen Euro. Der Anstieg der Forderungen aus Gaslieferungen gegenüber

dem Vorjahr entfällt mit 29,5 Millionen Euro auf die Forderungen gegen Dritte und mit 5,1 Millionen Euro auf Forderungen gegen verbundene Unternehmen. Darüber hinaus erhöhten sich bei den Sonstigen Vermögensgegenständen die Darlehensforderung gegen die KORDAX Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG um 20,2 Millionen Euro sowie sonstige Steuerforderungen um 8,3 Millionen Euro.

3.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Der Gasabsatz ist infolge der milden Witterung im Geschäftsjahr unter dem geplanten Niveau geblieben. Der intensivierte Gas-zu-Gas-Wettbewerb führte zu einer moderaten Verringerung der Kundenanzahl. Die finanziellen Verpflichtungen sind durch die zur Verfügung stehende Liquidität, die erwartete Ertragslage sowie über vertragliche Vereinbarungen fristenkongruent gedeckt. Die Beteiligungsstrategie wurde erfolgreich fortgesetzt. Im Einzelabschluss der GASAG AG verbleibt der Jahresüberschuss unter dem Niveau des Vorjahres.

4. NACHTRAGSBERICHT DES GASAG-KONZERNES UND DER GASAG AG

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

Der GASAG-Konzern unterhält ein konzernweites Risikomanagement- und früherkennungssystem. Die bestehende Konzernrichtlinie Risikomanagement umfasst das Mutterunternehmen sowie alle in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen. Neben spezifisch ausgeprägten Risikomanagementsystemen in den einzelnen Konzerngesellschaften regeln darüber hinaus spezielle Risikomanagementsysteme konzernweitlich signifikante Geschäftsfelder wie z. B. den Commodity-Handel sowie den Handel mit Finanzinstrumenten.

Die in den Konzerngesellschaften aufgebauten Überwachungssysteme orientieren sich an den Anforderungen der Muttergesellschaft und berücksichtigen die spezifische Situation der Beteiligung. Die Aufgaben des Risikomanagements werden durch organisatorische Regelungen dezentral auf Ebene der Unternehmensbereiche und Tochtergesellschaften abgebildet. Im Rahmen der definierten Zuständigkeiten werden potenzielle Risiken identifiziert, analysiert, dokumentiert und soweit möglich operativer Steuerung zugeführt. Die Bewertung von Einzelrisiken erfolgt über geschätzte Eintrittswahrscheinlichkeiten und quantitativ bewertete potenzielle Schadenshöhen. Als Bezugsgröße wird die monetäre Ergebniswirkung herangezogen. Die unterjährige Berichterstattung erfolgt standardisiert vierteljährlich und im Schadensfall ad hoc. Durch die prozessbegleitende Kommunikation der Beteiligten werden Maßnahmen der Risikosteuerung

aufgezeigt und eine unternehmensweite Risikokultur gefördert.

Die Konzernrevision prüft turnusmäßig die Risikomanagementsysteme der Einzelgesellschaften und des Konzerns auf ihre Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit.

Der GASAG-Konzern verfolgt eine konservative Risikopolitik, die die Erreichung der langfristigen Unternehmensziele unterstützt.

Wesentliche Risiken sind für die folgenden Bereiche identifiziert:

RECHTLICH-POLITISCHES UMFELD

Risiken aus der Rechtslage betreffen die GASAG AG und die EMB, vor allem in ihrer Eigenschaft als jeweilige Eigentümerin der Gasnetze. Das von der Europäischen Kommission beschlossene dritte Regulierungspaket beinhaltet einen Richtlinienvorschlag zur Verschärfung der Anforderungen des Unbundlings. Das für große Netzbetreiber vorgesehene Ownership-Unbundling könnte letztlich auch für die Versorger der Endverteilung maßgeblich werden. Die vom deutschen Gesetzgeber im EnWG beibehaltene Verpflichtung zur periodischen Ausschreibung von Konzessionsvertragsgebieten ist nicht bereinigt worden und wirkt als Risiko für die Zukunft.

Die vom deutschen Gesetzgeber noch in 2007 vorgesehene Änderung des Kartellrechtes schafft einen neuen Aufgreifattbestand bezogen auf Unternehmen der

leitungsgebundenen Energieversorgung; preisaffällige Gasversorgungsunternehmen müssen in Zukunft selbst beweisen, dass ihre Preisbildung nicht Ausdruck des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung ist. Aufgrund der Änderung des Kartellrechtes besteht in Zukunft auch das Risiko, dass Kunden unmittelbar auf kartellrechtlicher Grundlage gegen Preisanpassungen vorgehen können.

Risiken aus dem Ausgang des Sammelklageverfahrens und der Parallelverfahren für die GASAG AG sind noch nicht absehbar. Die Entscheidung der Berufungsinstanz im seit dem Sommer 2006 gegen die GASAG AG laufenden Sammelklageverfahren gegen die Gaspreiserhöhung am 01.10.2005 steht weiterhin aus. Das Landgericht Berlin hatte am 19.06.2006 im Rahmen des Sammelklageverfahrens in erster Instanz entschieden, dass die Gaspreiserhöhung zum 01.10.2005 für 38 Kläger (von 41 Klägern) gegen AGB-rechtliche Vorschriften verstößt und damit unwirksam ist. Das Urteil ist nicht rechtskräftig und die GASAG AG hat Berufung eingelegt. Die Prüfung der Billigkeit bzw. die Anerkennung der Preiserhöhung durch Aufdeckung der Preiskalkulation ist noch nicht abgeschlossen. Die GASAG AG geht davon aus, dass das Berufungsgericht mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit zu Gunsten der GASAG AG entscheiden wird.

Derzeit werden durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Eckpunkte für die Verordnung zur



Anreizregulierung vorgelegt, die ab 2008 wesentlich zur weiteren Reduzierung der Netznutzungsentgelte beitragen soll. Dem hierdurch jährlich ansteigenden Kostensenkungsdruck zu begegnen und gleichzeitig eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten stellt hohe Anforderungen an den Netzbetrieb des GASAG-Konzerns.

Gemäß Netzentgeltbescheid vertritt die BNetzA weiterhin die Auffassung, dass die Absenkung der durch die NBB beantragten Netzentgelte rückwirkend auf den Termin der Antragstellung wirksam sei. Das hätte zur Folge, dass die für den Zeitraum von der Antragstellung bis zur Genehmigung eingenommenen höheren Netznutzungsentgelte zu Gunsten der Netznutzer in der Zukunft zu verrechnen wären. Diese Auffassung ist in einem Beschluss des Oberlandesgerichtes Düsseldorf vom 21.07.2006 als nicht mit dem neu geltenden Gesetz- und Verordnungsrahmen vereinbar beurteilt worden. Aufgrund dessen hat die BNetzA davon abgesehen eine Verrechnung dieser Mehrerlöse vorzunehmen. Sie hält aber an ihrer Rechtsauffassung fest, was gegebenenfalls in einem gesonderten Verfahren geklärt werden wird.

Inwieweit sich die bislang positive Entwicklung des Energieträgers Erdgas fortsetzen wird, ist vor dem Hintergrund des integrierten, regenerativen Energie- und Umweltprogramms der Bundesregierung, das sich derzeit in den parlamentarischen Gremien befindet, neu zu bewerten.

MARKTRISIKEN

Das regionale Umfeld der GASAG AG ist allgemein durch die Risiken aus Konjunktur und Wettbewerb gekennzeichnet. Das Gasgeschäft ist im liberalisierten Markt zunehmend Preis- und Absatzrisiken ausgesetzt. Mit dem Eintritt neuer Wettbewerber in den Berliner und Brandenburger Gasmarkt wird der Gas-zu-Gas-Wettbewerb im Raum Berlin/Brandenburg verstärkt. Bei Kundenabgängen an Wettbewerber geht die Handelsmarge verloren; jedoch können beim Verbleib der Kunden im Versorgungsnetz des Konzerns weiterhin Netznutzungsentgelte mit dem darin enthaltenen regulierten Ergebnisanteil erzielt werden. Die zur Abbildung der neuen Marktanforderungen im Bereich Netzbetrieb und Abrechnung erforderlichen Anpassungsprozesse wurden im Geschäftsjahr fortgeführt.

Ein intensives Kundenmanagement, in Kombination mit einem attraktiven Preissystem sowie ein umfassendes Vertriebscontrolling tragen dazu bei, die Ertragsrisiken sowohl aus dem Gas-zu-Gas-Wettbewerb als auch im Wettbewerb mit anderen Energieträgern zu begrenzen und Chancen zu nutzen.

Das witterungsbedingte Mengenrisiko aus dem Gasgeschäft gehört zu den unternehmerischen Kernrisiken, die der GASAG-Konzern selbst trägt. Die Möglichkeit der Absicherung durch den Einsatz von Energie- und Wetterderivaten unterliegt einer kontinuierlichen Prüfung. Die NBB macht in diesem Zusammenhang von der

Möglichkeit Gebrauch, witterungsbedingte Mindermengen in den Folgejahren als Kosten geltend zu machen.

Auf der Bezugsseite ergeben sich zusätzliche Risiken aus den gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen, soweit diese nicht über den Markt weitergegeben werden können.

Den härteren Marktbedingungen begünstigt der GASAG-Konzern mit einem aktiven Gasbezugskostenmanagement und kontinuierlichen eigenen Effizienzsteigerungen. Vor dem Hintergrund des hohen Energiepreisniveaus wird ein sparsames Heiz- und Verbrauchsverhalten die Absatzentwicklung negativ beeinflussen.

FINANZMARKTRISIKEN

Der GASAG-Konzern ist im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit einer Reihe von Risiken aus Finanzaktivitäten ausgesetzt. Der GASAG-Konzern begrenzt diese Risiken durch einen systematischen Risikomanagementprozess, welcher integraler Bestandteil des Geschäftsprozesses Treasury ist. Wesentliche Bestandteile sind ein konzernweit einheitlicher Handels-, Abwicklungs- und Überwachungsprozess sowie eine konzernweit einheitliche Risikoberichterstattung für Finanzinstrumente. Der Risikomanagementprozess für Finanzinstrumente soll die Gesellschaften des Konzerns in die Lage versetzen, frühzeitig Risiken zu erkennen, in der Gesamtheit zu analysieren und daraus resultierende risikopolitische Maßnahmen für die Gestaltung der Geschäftspolitik zu definieren.

Derivative Finanzinstrumente werden zur Minimierung von Risiken der Grundgeschäfte bzw. geplanter Grundgeschäfte eingesetzt. Bewertungseinheiten zwischen derivativen Finanzinstrumenten und Grundgeschäften werden unverändert saldiert bewertet.

Die Ermittlung des Zeitwertes der Finanzderivate erfolgt auf Basis der Mark-to-Market-Methode. Sie beschreibt die börsentägliche Bewertung von zukünftigen Zahlungsströmen der Finanzinstrumente durch Diskontierung. Die Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Instrumente. Mit dieser Methode wird der beizulegende Zeitwert eines abgeschlossenen Finanzinstrumentes ermittelt. Wesentliche Parameter der Mark-to-market Bewertung bilden die Geschäftsdaten des Finanzinstrumentes und die Zinsstruktur in der Geschäftswährung.

ORIGINÄRE FINANZINSTRUMENTE

Die Analyse der Preisänderungsrisiken erfolgt durch Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes eines abgeschlossenen Finanzinstrumentes auf Basis der Mark-to-Market-Methode. Die Marktwerte der Wertpapiere des Anlagevermögens ergeben sich aus den Börsenkursen und sind im Abschluss berücksichtigt.

Die Steuerung zur Begrenzung von Ausfallrisiken erfolgt über ein konzernweites spezifisches Limitsystem. Die Bonität unserer Kontrahenten wird laufend u. a. anhand der Bewertung international

anerkannter Ratingagenturen überwacht. Da wir mit unseren Finanzgeschäftspartnern keine Aufrechnungsvereinbarung treffen, stellt die Gesamtheit der bei den Aktiva ausgewiesenen Beträge gleichzeitig das maximale Ausfallrisiko dar.

Die Finanztransaktionen erfolgen überwiegend im eigenen Währungsraum der Konzerngesellschaften, so dass praktisch kein Währungsrisiko besteht.

Durch die erstmalige Realisierung einer Kapitalmarkttransaktion unterliegt der Konzern kennzahlenbezogenen Verpflichtungen. Die Steuerung dieser Kennzahlen erfolgt über ein konzernweit einheitliches Kapitalstrukturmanagement und versetzt den Konzern in die Lage, frühzeitig die Einhaltung dieser Verpflichtungen sicherzustellen.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Das Preisänderungsrisiko ergibt sich daraus, dass Preisänderungen an den Finanzmärkten den Wert der derivativen Finanzinstrumente positiv oder negativ beeinflussen. Die Analyse der Preisänderungsrisiken erfolgt durch Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes des abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumentes auf Basis der Mark-to-Market-Methode.

Der GASAG-Konzern ist bei seiner operativen Geschäftstätigkeit Marktpreisänderungen im Commodity-Bereich ausgesetzt. Durch den Abschluss von Commodity Swaps in begrenztem Um-

fang werden diese Risiken minimiert und innovative Preisangebote abgesichert.

Das Ausfallrisiko ergibt sich aus der Summe der positiven Marktwerte derjenigen derivativen Finanzinstrumente, aus denen Ansprüche gegen Kontrahenten bestehen. Es betrifft mögliche Vermögensverluste, die aus der Nichterfüllung von Vertragsverpflichtungen seitens der Kontrahenten eintreten könnten. Zur Minimierung dieses Risikos werden Geschäfte mit einzelnen Kontrahenten daher auf ein Limit begrenzt.

OPERATIVE RISIKEN

Im Rahmen der operativen Tätigkeit ergeben sich zahlreiche Risiken, die die Vermögens- und Ertragslage des GASAG-Konzerns beeinträchtigen können. Hierzu zählen mögliche technische Ausfälle, insbesondere auch Störungen der EDV-Systeme, Brände, Explosionen und ähnliche Vorkommnisse, die ein hohes Schadenspotenzial aufweisen, jedoch von ihrem Eintritt her unwahrscheinlich sind. Der Konzern begegnet diesen Risiken mit vorbeugenden Maßnahmen und Versicherungen in wirtschaftlich sinnvollem Umfang.

Im Grundstücksbestand des Konzerns befinden sich noch einige ehemalige Gaswerksstandorte, die zum Teil erhebliche Bodenkontaminationen aufweisen. Die bereits in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für die betroffenen Grundstücke werden aufrechterhalten.

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

6. PROGNOSEBERICHT DES GASAG-KONZERNS UND DER GASAG AG

In den technologisch komplexen Netz- und Speicheranlagen können nicht auszuschließende Betriebsstörungen die Ertragslage des Konzerns beeinträchtigen. Eine hohe Versorgungssicherheit und die stetige Verfügbarkeit der Anlagen erfordern die Einhaltung hoher Sicherheitsstandards, regelmäßige Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten systematische Schulungs- und Qualifikationsprogramme für die Mitarbeiter sowie einen geeigneten Versicherungsschutz, der auch Terrorrisiken mit umfasst. Die Qualitätssicherung ist im Netz- und Speicherbetrieb in Qualitätsmanagementsysteme eingebunden, die nach DIN EN ISO 9001:2000 dargelegt und zertifiziert sind. Integraler Bestandteil des Qualitätsmanagementsystems im Netzbetrieb ist das Technische Sicherheitsmanagementsystem (TSM) auf der Basis des DVGW-Arbeitsblattes G1000.

Den Risiken, die aus der Erwartung eines sich in den nächsten Jahrzehnten verdoppelnden Weltenergiebedarfs resultieren, begegnet der GASAG-Konzern mit einer diversifizierten Vorlieferanten- und Vertragsstruktur mit unterschiedlichen Konditionen und Laufzeiten. Verträge zur Einlagerung von Erdgas bei Vorlieferanten und insbesondere der im Stadtgebiet von Berlin gelegene Erdgasspeicher dienen sowohl der Belieferung der Kunden in tendenziell höherpreisigen Wintermonaten als auch zur Vorbeugung möglicher kurzfristiger Einschränkungen in der Belieferung durch Vorlieferanten.

Das operative und strategische Geschäft des GASAG-Konzerns wird maßgeblich durch den Einsatz einer komplexen Informationstechnologie unterstützt. Durch den Einsatz qualifizierten fachlichen Know-how sowie durch verschiedene technologische Sicherungsmaßnahmen wird die stetige Betriebsfähigkeit und Optimierung der IT-Systeme gewährleistet. Den Risiken aus unberechtigtem Datenzugriff, -missbrauch und -verlust beugt die GASAG mit diversen technischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen vor.

Zur Verringerung des Forderungsausfallrisikos wurde im Geschäftsjahr 2007 bei der GASAG ein bonitätsorientiertes Forderungsmanagement implementiert. Ein besonderes Ausfallrisiko über den normalen Geschäftsverkehr hinaus besteht für den GASAG-Konzern nicht.

Gemeinsam mit vielen anderen Unternehmen steht der GASAG-Konzern im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter, die zur Erreichung der anspruchsvollen Wachstumsziele erforderlich sind. Die Attraktivität der GASAG als Arbeitgeber zeigt sich in individuell zugeschnittenen Fort- und Weiterbildungsangeboten, leistungsorientierten Vergütungssystemen und der Förderung des Führungsnachwuchses.

GESAMTRISIKO

Zum Jahresende 2007 liegen auf Basis der Planung für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen mit Netto-Schäden und Eintrittswahrscheinlichkeiten bewertete Risikoinventare vor.

Von den dargestellten Risiken kann potenziell eine wesentliche Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage des GASAG-Konzerns ausgehen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich insbesondere vor dem Hintergrund des rechtlich-politischen Umfeldes und aus den Marktrisiken eine Verschärfung der Risikosituation des GASAG-Konzerns. Bei einer guten Eigenkapitalausstattung und einer positiven Liquiditätssituation liegen unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen derzeit keine Risiken vor, die den Fortbestand des GASAG-Konzerns in einem überschaubaren Zeitraum gefährden.

PROGNOSE GASAG-KONZERN

Der GASAG-KONZERN verfügt mit seinem umweltschonenden Produkt Erdgas über einen wettbewerbsfähigen Primärenergieträger. Die erwarteten Gasabsatzmengen in den Absatzgebieten der GASAG AG und der EMB werden sich unter der planerischen Berücksichtigung durchschnittlicher langfristiger Temperaturverläufe weiter auf hohem Niveau bewegen.

Mit den derzeitigen Diskussionen zu Themen der Klima- und Energiepolitik wird die Bedeutung des Produktes Erdgas in den kommenden Jahren weiter zunehmen.

Am 01.10.2007 ist die neue Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung – EnEV) in Kraft getreten. Damit rückt die Heizungsmodernisierung weiter in den Fokus. Mit einer aktiven Marktbearbeitung soll die Kundengewinnung durch Umstellung alter Heizungsanlagen weiter vorangetrieben werden. Die in Kraft getretenen EU-Grenzwerte für Feinstaubemissionen werden dem Erdgasfahrzeugprojekt weiteren Auftrieb geben.

Auch im Bereich der Neubautätigkeit bleibt Erdgas die Wunschenergie Nr. 1, dies wird ebenfalls zur positiven Entwicklung des Gasabsatzes beitragen.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass die künftig geplanten Zuwächse die prognos-

tizierten Abgänge, die sich durch den Gas-zu-Gas-Wettbewerb und Energieeinsparungen ergeben, mehr als kompensieren.

In den Jahren 2008/2009 werden neben dem fortzuführenden Ausbau des Kerngeschäfts insbesondere Aktivitäten zur Erhöhung der Effizienz und Qualität der Dienstleistungen innerhalb des GASAG-Konzerns sowie der erworbenen Beteiligungen im Mittelpunkt stehen. Im Zusammenhang damit werden neue Geschäftsfelder im Dienstleistungsbereich erschlossen und aufgebaut. Mit dem Erwerb der NGT wurden beste Voraussetzungen geschaffen, in diesen Geschäftsfeldern zu wachsen, insbesondere im Contracting und bei den technischen Dienstleistungen.

Mit dem Erwerb der Anteile der SpreeGas kann der GASAG-Konzern in den Bereichen Endverteilung sowie Weiterverteilung strategiekonform wachsen. Er stärkt somit die Wettbewerbsposition des GASAG-Konzerns im südlichen Teil des Landes Brandenburg und in Sachsen. Die GASAG beabsichtigt, in 2008 ihren Anteil an der SpreeGas von derzeit rd. 18 % auf über 41 % aufzustocken. Hierzu werden die bisher von der Saar Ferngas gehaltenen SpreeGas-Anteile übernommen. Die Gesellschafterversammlung der SpreeGas hat der Übertragung bereits zugestimmt.

Für den GASAG-Konzern kommt der weiteren Unterstützung der Entwicklung

der EMB als der größten Beteiligung der GASAG AG eine hohe Bedeutung zu. Dabei wird sowohl die Akquisition von Kunden im angestammten Versorgungsgebiet als auch ein weiteres Wachstum über den Zukauf von Beteiligungen angestrebt.

INNOVATION UND WACHSTUM
Nach Abschluss der konzeptionellen Arbeiten zu den einzelnen untersuchten Wachstumsoptionen sollen die positiv bewerteten Optionen davon in die Umsetzung gelangen.

Es sollen weiterhin alle Maßnahmen getroffen werden, damit es ab dem Geschäftsjahr 2008/2009 zu einer Optimierung der Beschaffungsstrukturen im Konzern kommen kann und die Handelsaktivitäten im Rahmen der formulierten Risikorahmenrichtlinie aufgenommen werden können.

Nach Auswertung der Vertriebsaktivitäten in Kiel soll eine Akquisitionsstrategie für einen regionalen Vertriebsansatz zur substantiellen Markterweiterung erarbeitet werden.

Neben dem Bau und der Inbetriebnahme der ersten Biogasanlage in Rathenow sollen die nächsten Biogasprojekte vorangetrieben werden. Insgesamt ist der Bau von 14 Anlagen geplant.

Die Bewertung der Ergebnisse aus dem bis Ende 2008 laufenden Feldtest für WhisperGen-Anlagen (kleine Anlagen zur kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung)



gung) sowie die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung beenden die Untersuchungen zu den neuen Anwendungstechnologien.

Die Entwicklung einer neuen Zählertechnologie sowie der mit diesen Zählern kommunizierenden Zentralsystemen wird konsequent vorangetrieben. Zum Beginn des Jahres 2009 soll die entwickelte Messsystemtechnologie dann in einem Piloten getestet werden.

Die NBB wird intensiv vertriebllich tätig sein, um Netzdienstleistungen für Dritte zu erbringen und dabei Möglichkeiten zum Kauf von Netzen und zum Betrieb in Kooperation mit Stadtwerken zu erkennen und zu verfolgen.

KÜNFERTIGER ABSATZ UND TRANSPORT
Unter der Annahme langjähriger durchschnittlicher Temperaturverläufe wird für den Energieträger Erdgas im Geschäftsjahr 2008 von einer steigenden Absatzentwicklung ausgegangen. Mit der Neukundengewinnung auf Drittmärkten und aufgrund von Erschließungsmaßnahmen wird in 2008 ein Zuwachs beim Gasabsatz generiert, der den aus einem aktiv geführten Gas-zu-Gas-Wettbewerb im Marktgebiet Berlin und Brandenburg resultierenden Rückgang des Gasabsatzes kompensieren soll.

KÜNFERTIGE UMSATZ- UND ERGEBNIS-ENTWICKLUNG
Für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 wird bei tendenziell leicht steigenden

Endkundenpreisen und steigenden Absatzmengen von steigenden Umsatzerlösen ausgegangen.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit im GASAG-Konzern wird bis 2009 durch die Wachstumsaktivitäten und die Fortsetzung des Kostensenkungsprogramms gegenüber dem abgelaufenen Jahr leicht ansteigen.

Aufgrund der gestiegenen Gasbezugskosten wurden die Erdgaspreise im GASAG-Konzern zum 01.01.2008 angepasst.

PERSONAL
Im GASAG-Konzern erwarten wir bis 2009 im Kerngeschäft eine weitere Absenkung der Mitarbeiterzahl. Maßgeblich wird diese Entwicklung durch die bestehende Altersteilzeitregelung getragen.

Das weitere strategische Wachstum des GASAG-Konzerns wird nur mit qualifiziertem Personal umgesetzt werden können.

ERWARTETE INVESTITIONEN
In den kommenden zwei Geschäftsjahren wird weiter in das Gasnetz in Berlin und Brandenburg investiert. So fallen bis 2009 bei der GASAG AG voraussichtlich 42 Millionen Euro für Ersatz- und ca. 18 Millionen Euro für Ausbauinvestitionen an. Bei der EMB werden ca. 10 Millionen Euro für Ersatz- und ca. 11 Millionen Euro für Erweiterungsinvestitionen geplant.

SPEICHERNUTZUNG
Die GASAG plant auf dem Erdgasspeicher im Jahr 2008 zwei Bohrungen abzuteufen. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit des Erdgasspeichers zu optimieren.

Des Weiteren ist im Jahr 2008 die Durchführung einer 3-D-Oberflächenseismik in einer Fläche von ca. 40 km² über dem Berliner Erdgasspeicher geplant. Die Ergebnisse der Seismik werden in ein dreidimensionales, digitales Geomodell integriert mit dessen Unterstützung zuverlässigere Prognosen über den Füllstand des Erdgasspeichers sowie das Ein- und Ausspeicherverhalten ermöglicht werden.

PROGNOSE GASAG AG
Die GASAG AG behauptet sich auch im Gas-zu-Gas-Wettbewerb am Berliner Wärmemarkt und passt sich den neuen Marktbedingungen an. Als Marktführer wird sie weiterhin ein hohes Niveau bei den Kundenakquisitionen beibehalten.

Die Prognose für den Gasabsatz der GASAG AG geht für die folgenden Jahre von einer steigenden Tendenz aus. Dazu trägt zum einen die aktiv betriebene Kundenakquisition bei der Umstellung von Heizungsanlagen auf den Energieträger Erdgas in Berlin bei. Zum anderen zeigen die Anpassungen an die neuen Marktgegebenheiten, dass die GASAG AG mit ihrer wettbewerbsorientierten Produkt- und Preispolitik dem Wettbewerb, auch über den Heimatmarkt hinaus, gewachsen ist.

Die im Jahr 2007 gestarteten Aktivitäten außerhalb des bisherigen Marktgebietes der GASAG AG werden in den Folgejahren weitergeführt. Mit dem Produkt Bärengas wird die aktive Wachstumsstrategie der GASAG AG im Bundesgebiet fortgesetzt. Die Aktivitäten auf dem Fremdmarkt werden ebenfalls zum steigenden Gasabsatz beitragen.

Um im Wettbewerb um neue Kunden optimal aufgestellt zu sein, hat die GASAG AG im Jahr 2007 eine neue Vertriebsstruktur für das Privat- und Großkundengeschäft entwickelt, die zum Jahresbeginn 2008 umgesetzt wird. Durch die neue Struktur wird eine konsequente Ausrichtung der Kundensegmentierung

und der Betreuungsansätze an Kundenbedürfnissen und Ergebnispotenzialen fortgesetzt.

Aufgrund der Ölpreisentwicklung und der dadurch gestiegenen Gasbezugskosten ergibt sich zum 01.01.2008 die Notwendigkeit einer Anhebung der veröffentlichten Preisstellung.

In Verbindung mit dem prognostizierten Mengenwachstum im Gasabsatz bei tendenziell leicht steigenden Endkundenpreisen sowie dem Wachstum durch neue Geschäftsfelder einschließlich Dienstleistungen wird in den Jahren 2008 und 2009 von steigenden Umsatzerlösen ausgegangen. Die Wachstumsoptionen führen parallel zu steigenden betrieblichen Aufwendungen, sodass sich die Jahresüberschüsse der Jahre 2008 und 2009 gegenüber 2007 nur leicht erhöhen werden.

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 312 ABSATZ 3 AKTIENGESETZ

Für das Geschäftsjahr 2007 hat der Vorstand der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft nach den Vorschriften des § 312 Aktiengesetz einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen erstellt. Der Bericht schließt mit der folgenden Erklärung ab:

„Die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften

nach den Umständen, die dem Vorstand im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen.“

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DES GASAG-KONZERNS NACH IFRS FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.–31.12.2007

BILANZ DES GASAG-KONZERNS NACH IFRS ZUM 31.12.2007

	ANHANG NR.	2007 T €	2006 T €
1. Umsatzerlöse	(1)	1.004.305	1.181.421
2. Bestandsveränderungen		-205	1.220
3. Sonstige betriebliche Erträge	(2)	25.835	69.053
4. Materialaufwand	(3)	638.427	807.961
5. Personalaufwand	(4)	77.400	112.986
6. Abschreibungen	(5)	64.843	65.105
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	76.003	74.767
8. Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		173.262	190.875
9. Ergebnisanteil an assoziierten Unternehmen	(7)	-13	-266
10. Ergebnis aus anderen Beteiligungen	(7)	1.747	754
11. Finanzierungsaufwendungen	(8)	69.557	75.375
12. Sonstiges Finanzergebnis	(9)	23.387	19.336
13. Ergebnis vor Steuern		128.826	135.324
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(10)	50.499	53.603
15. Jahresüberschuss		78.327	81.721
16. Minderheitsanteile		4.112	4.629
17. Jahresüberschuss ohne Minderheiten		74.215	77.092
18. Ergebnis je Aktie (in €)	(11)	9,16	9,52

	ANHANG NR.	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
AKTIVA			
A. Langfristige Vermögenswerte			
1. Immaterielle Vermögenswerte	(12)	166.380	156.721
2. Sachanlagen	(13)	1.547.829	1.571.174
3. Anteile an assoziierten Unternehmen	(14)	41.481	42.697
4. Finanzielle Vermögenswerte	(15)	123.295	249.228
5. Latente Steuern	(16)	69.982	110.663
		1.948.967	2.130.483
B. Kurzfristige Vermögenswerte			
1. Vorräte	(17)	87.048	78.814
2. Finanzielle Vermögenswerte	(15)	188.406	43.374
3. Ertragsteuerforderungen	(18)	6.376	3.503
4. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	(19)	166.243	123.314
5. Liquide Mittel	(20)	27.725	30.277
6. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	(21)	40.769	40.769
		516.567	320.051
		2.465.534	2.450.534
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
1. Gezeichnetes Kapital	(22)	413.100	413.100
2. Kapitalrücklage		42.461	42.461
3. Rücklage für unrealisierte Gewinne oder Verluste		8.902	3.319
4. Angesammelte Ergebnisse		181.962	156.914
5. Anteile anderer Gesellschafter		31.729	31.605
		678.154	647.399
B. Langfristige Schulden			
1. Passivischer Abgrenzungsposten	(23)	198.604	196.801
2. Rückstellungen	(24)	166.987	175.878
3. Finanzielle Schulden	(25)	868.955	1.010.589
4. Sonstige Verbindlichkeiten	(26)	249	330
5. Latente Steuern	(16)	85.505	93.533
		1.320.300	1.477.131
C. Kurzfristige Schulden			
1. Passivischer Abgrenzungsposten	(23)	6.244	6.279
2. Rückstellungen	(24)	34.925	44.831
3. Finanzielle Schulden	(25)	277.847	118.446
4. Ertragsteuerverbindlichkeiten	(27)	11.633	13.137
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(26)	136.431	143.311
		467.080	326.004
		2.465.534	2.450.534

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGS- RECHNUNG DES GASAG-KONZERNS NACH IFRS ZUM 31.12.2007



s. Anhang (22)

	GEZEICHNETES KAPITAL	KAPITALRÜCKLAGE	RÜCKLAGE FÜR UNREALISIERTE GEWINNE ODER VERLUSTE	ANGESAMMELTE ERGEBNISSE			ANTEILE DES KONZERNS	ANTEILE ANDERER GESELLSCHAFTER	GESAMT
				GEWINNRÜCKLAGE ERSTMALIGE ANWENDUNG IFRS	ANDERE ANGESAMMELTE ERGEBNISSE	ANGESAMMELTE ERGEBNISSE GESAMT			
	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €
Stand: 1.1.2006	413.100	42.461	416	90.843	42.196	133.039	589.016	30.988	620.004
Jahresüberschuss					77.092	77.092	77.092	4.629	81.721
direkt im Eigenkapital erfasste Posten			2.903				2.903	-163	2.740
<i>davon Anwendung IAS 39</i>			2.903				2.903	85	2.988
<i>davon sonstige erfolgsneutrale Veränderung</i>								-248	-248
Gesamtertrag			2.903		77.092	77.092	79.995	4.466	84.461
Dividendenausschüttungen an die Anteilseigner					-53.217	-53.217	-53.217	-3.849	-57.066
Stand: 31.12.2006	413.100	42.461	3.319	90.843	66.071	156.914	615.794	31.605	647.399
Jahresüberschuss					74.215	74.215	74.215	4.112	78.327
direkt im Eigenkapital erfasste Posten			5.583				5.583	11	5.594
<i>davon Anwendung IAS 39</i>			5.583				5.583	11	5.594
<i>davon sonstige erfolgsneutrale Veränderung</i>									0
Gesamtertrag			5.583		74.215	74.215	79.798	4.123	83.921
Dividendenausschüttungen an die Anteilseigner					-49.167	-49.167	-49.167	-3.999	-53.166
Stand: 31.12.2007	413.100	42.461	8.902	90.843	91.119	181.962	646.425	31.729	678.154

ANHANG FÜR DEN GASAG-KONZERNABSCHLUSS 2007 (IFRS)



INHALTSVERZEICHNIS

72	1	DARSTELLUNG DES GASAG-KONZERN-ABSCHLUSSES 2007	99	7	ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ
73	2	ANWENDUNG DER INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS (IFRS)	99	(12)	Immaterielle Vermögenswerte
76	3	KONSOLIDIERUNGSKREIS	101	(13)	Sachanlagen
79	4	KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE	102	(14)	Anteile an assoziierten Unternehmen
80	5	BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGS-METHODEN	103	(15)	Finanzielle Vermögenswerte
93	6	ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	105	(16)	Latente Steuern (aktivisch und passivisch)
93	(1)	Umsatzerlöse	107	(17)	Vorräte
94	(2)	Sonstige betriebliche Erträge	107	(18)	Ertragsteuerforderungen
94	(3)	Materialaufwand	107	(19)	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen
95	(4)	Personalaufwand	109	(20)	Liquide Mittel
95	(5)	Abschreibungen	109	(21)	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte
96	(6)	Sonstige betriebliche Aufwendungen	110	(22)	Eigenkapital
96	(7)	Ergebnisse aus Anteilen an assoziierten Unternehmen, aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und aus anderen Beteiligungen (Beteiligungsergebnis)	111	(23)	Passivischer Abgrenzungsposten
97	(8)	Finanzierungsaufwendungen	112	(24)	Rückstellungen
97	(9)	Sonstiges Finanzergebnis	118	(25)	Finanzielle Schulden
97	(10)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	121	(26)	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten
98	(11)	Ergebnis je Aktie	121	(27)	Ertragsteuerverbindlichkeiten
			122	8	SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN
			122	(28)	Berichterstattung zu Finanzinstrumenten
			124	(29)	Finanzrisikomanagement
			128	(30)	Eventualschulden, sonstige finanzielle Verpflichtungen und Eventualforderungen
			130	(31)	Angaben zur Kapitalflussrechnung
			131	(32)	Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
			134	(33)	Angaben zu Konzessionen
			135	(34)	Sonstige Angaben
			136		KAPITALFLUSSRECHNUNG DES KONZERNS
			137		BESTÄTIGUNGSVERMERK

1 DARSTELLUNG DES GASAG-KONZERNABSCHLUSSES 2007

Mutterunternehmen des Konzerns ist die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft (GASAG AG genannt). Sie hat ihren Geschäftssitz in der Voßstraße 20 in 10117 Berlin, Deutschland, und ist im Handelsregister Berlin-Charlottenburg unter HRB 44343 B eingetragen.

Der Vorstand hat den Konzernabschluss zum 31.12.2007 und den Bericht über die Lage des GASAG-Konzerns und der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2007 aufgestellt und am 31.01.2008 zur Vorlage an den Aufsichtsrat freigegeben.

Die Geschäftstätigkeit des GASAG-Konzerns umfasst die Verteilung und den Vertrieb von Erdgas und Wärme, den Betrieb von Speicheranlagen, die dezentrale Energieversorgung, die Verbrauchsabrechnungs- und Ablesedienstleistungen, das Messgerätemanagement sowie die Errichtung, die Wartung, die Unterhaltung und die Instandsetzung energietechnischer Anlagen. Verteilung und Vertrieb von Erdgas und Wärme bleiben dabei das Kerngeschäft des Konzerns.

Der GASAG-Konzern ist in die 3 wesentlichen Teilbereiche strukturiert: Gas und Wärme, Transport sowie technische und sonstige Dienstleistungen.

Kunden des GASAG-Konzerns sind im Wesentlichen Tarif-, Sondervertrags- und Transportkunden in Berlin und Brandenburg. Des Weiteren ist die EMB Vorlieferant für 7 Stadtwerke und einen Regionalversorger in Brandenburg.

Der Konzernabschluss wurde auf Grundlage des § 315a Absatz 3 HGB in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Darüber hinausgehende gesetzlich erforderliche Angaben nach HGB wurden berücksichtigt.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hier von ausgenommen sind die derivativen Finanzinstrumente, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden. Die Buchwerte der in der Bilanz erfassten Vermögenswerte und Schulden, die Grundgeschäfte im Rahmen von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts darstellen, werden aufgrund von Änderungen der beizulegenden Zeitwerte, die auf die abgesicherten Risiken zurückgeführt werden können, angepasst.

Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – in Tausend Euro (T€) angegeben.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Geschäftsjahre aller im Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen entsprechen dem Kalenderjahr.

2 ANWENDUNG DER INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS (IFRS)

Im Konzernabschluss der GASAG werden die am Bilanzstichtag bereits verpflichtend in Kraft getretenen International Financial Reporting Standards/International Accounting Standards (IFRS/IAS) angewendet. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS/IAS werden nicht angewendet. Zusätzlich werden die gültigen Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee/Standing Interpretations Committee (IFRIC/SIC) beachtet.

Der Konzernabschluss der GASAG AG entspricht in allen Punkten den IFRS/IAS sowie den IFRIC/SIC.

ÄNDERUNG VON BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen grundsätzlich den im Vorjahr angewandten Methoden. Darüber hinaus hat der Konzern die neuen bzw. überarbeiteten Standards angewandt, welche für die am oder nach dem 01.01.2007 beginnenden Geschäftsjahre verbindlich sind.

Der Konzern hat im Geschäftsjahr 2007 die folgenden neuen oder überarbeiteten IFRS Standards und IFRIC Interpretationen berücksichtigt, welche durch die Europäische Union bereits verabschiedet wurden:

IAS 1	„Darstellung des Abschlusses – Angaben zum Kapital“ (Änderung 2005)
IFRS 7	„Finanzinstrumente: Angaben“ (Änderung 2005)
IFRIC 7	„Anwendung des Restatement-Ansatzes nach IAS 29 – Rechnungslegung in Hochinflationländern“ (Änderung 2006)
IFRIC 8	„Anwendungsbereich des IFRS 2 „Aktienbasierte Vergütung“ (Änderung 2006)
IFRIC 9	„Neubeurteilung eingebetteter Derivate“ (Änderung 2006)
IFRIC 10	„Zwischenberichterstattung und Wertminderung“ (Änderung 2006)

Mit Ausnahme von Änderungen in IAS 1 und IFRS 7 ergeben sich aus der Änderung der oben genannten IFRS-Standards und IFRIC-Interpretationen keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss bzw. besitzen diese keine Relevanz für den Konzernabschluss der GASAG.

IFRS 7 ersetzt die Anforderungen des für Banken und ähnliche Finanzinstitutionen geltenden IAS 30 und übernimmt und überarbeitet den Teil des IAS 32, der sich auf Angabepflichten bezieht. Die erweiterten Anhangangaben sind branchenunabhängig anzuwenden.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des IFRS 7 ist auch der IAS 1 um Angabepflichten zum Kapitalmanagement erweitert worden. IFRS 7 verlangt Angaben, die es dem Abschlussadressaten ermöglichen, die Bedeutung der Finanzinstrumente für die Finanzlage und die Ertragskraft des Konzerns und die Art und das Ausmaß der aus diesen Finanzinstrumenten resultierenden Risiken zu beurteilen. Die hieraus resultierenden neuen Angaben wurden im gesamten Abschluss berücksichtigt.

Aus der Änderung des IAS 1 resultieren neue Angaben, die es den Abschlussadressaten ermöglichen, die Ziele, Methoden und Prozesse des Konzerns zum Kapitalmanagement zu beurteilen. Die neuen Angaben werden unter dem Punkt (29) Finanzrisikomanagement dargestellt.

Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS Standards und IFRIC Interpretationen, die teilweise noch nicht durch die Europäische Union verabschiedet wurden, werden nicht berücksichtigt. Es handelt sich dabei um folgende Vorschriften:

IAS 1	„Darstellung des Abschlusses“ (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2009 beginnen)
IAS 23	„Fremdkapitalkosten“ (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2009 beginnen)
IFRS 2	„Aktienbasierte Vergütung“ (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2009 beginnen)
IFRS 3	„Unternehmenszusammenschlüsse“ und damit verbundene Änderungen in anderen Standards (IAS 27, IAS 28, IAS 31), (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.07.2009 beginnen)
IFRS 8	„Segmentberichterstattung“ (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2009 beginnen)
IFRIC 11	„Konzerninterne Geschäfte und Geschäfte mit eigenen Anteilen nach IFRS 2“ (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.03.2007 beginnen)
IFRIC 12	„Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“ (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2008 beginnen)
IFRIC 13	„Kundentreueprogramme“ (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.07.2008 beginnen)
IFRIC 14	„IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung“ (verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2008 beginnen)

Mit Ausnahme der Änderungen in IAS 1, IAS 23 und der neuen Interpretationen IFRIC 12 und IFRIC 14 ergeben sich aus den oben genannten IFRS-Standards und

IFRIC-Interpretationen keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss bzw. besitzen diese keine Relevanz für den Konzernabschluss der GASAG.

Zu den wesentlichen Änderungen des IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ gehören u. a. die Umbenennung der Abschlussbestandteile sowie Änderungen in der Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung und der Eigenkapitalveränderungsrechnung. Der überarbeitete Standard bezogen auf die genannten Änderungen ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2009 beginnen, wurde von der EU aber noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen des IAS 1 werden sich auf die Darstellung des Konzernabschlusses der GASAG auswirken.

Im März 2007 veröffentlichte das IASB den überarbeiteten Standard IAS 23 „Fremdkapitalkosten“. Mit dem IAS 23 wird das bisherige Wahlrecht der sofortigen aufwandswirksamen Erfassung von Fremdkapitalzinsen, die direkt der Anschaffung oder Herstellung so genannter qualifizierter Vermögenswerte zugerechnet werden können, abgeschafft. Mit Anwendung des überarbeiteten IAS 23 sind diese Fremdkapitalkosten verpflichtend als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu aktivieren. Der überarbeitete Standard ist auf Fremdkapitalkosten bezogen auf qualifizierte Vermögenswerte anzuwenden, mit deren Aktivierung am oder nach dem 01.01.2009 begonnen wird. Allerdings wurde der Standard noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen. Die Änderungen des IAS 23 werden für GASAG zur Anpassung der bisherigen Bilanzierungspraxis führen.

IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“ regelt die Bilanzierung von Vereinbarungen, bei denen eine Regierung oder eine andere öffentlich-rechtliche Institution als Konzessionsgeber Aufträge für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben an private Unternehmen als Konzessionsnehmer vergibt. Zur Erfüllung dieser Aufgaben nutzt das private Unternehmen Infrastruktur, die in der Verfügungsmacht der Regierung bzw. der öffentlich-rechtlichen Institution bleibt. Das private Unternehmen ist für den Bau, den Betrieb und die Erhaltungsmaßnahmen in Bezug auf die Infrastruktur verantwortlich. Die Interpretation ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2008 beginnen, wurde von der EU aber noch nicht in europäisches Recht übernommen. GASAG untersucht zurzeit die Auswirkungen der erstmaligen Anwendung von IFRIC 12 auf den Konzernabschluss.

IFRIC 14 „IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung“ gibt allgemeine Leitlinien zur Bestimmung der Obergrenze des Überschussbetrags eines Pensionsfonds, der nach IAS 19 als Vermögenswert angesetzt werden kann. In der Interpretation wird auch erklärt, wie sich gesetzliche oder vertragliche Mindestfinanzierungsvorschriften auf Vermögenswerte oder Schulden eines Plans auswirken können. Nach IFRIC 14 hat der Arbeitgeber keine weitere Schuld

anzusetzen, es sei denn, die nach den Mindestfinanzierungsvorschriften zu zahlenden Beiträge können nicht an die Gesellschaft zurückgezahlt werden. Die Interpretation ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 01.01.2008 beginnen, wurde von der EU jedoch noch nicht in europäisches Recht übernommen. GASAG untersucht zurzeit die Auswirkungen der erstmaligen Anwendung von IFRIC 14 auf den Konzernabschluss.

Im Konzernabschluss werden neben der GASAG AG zwölf inländische Tochterunternehmen vollkonsolidiert und sieben assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert.

ÄNDERUNGEN DES KONSOLIDIERUNGSKREISES

Die GASAG AG hat zum 01.10.2007 mit Geschäftsanteilskauf- und -übertragungsvertrag vom 12.09.2007 von der Elster Service GmbH, Osnabrück, 100% der Anteile und Stimmrechte an der NGT Neue Gebäudetechnik GmbH, Essen, (NGT genannt) erworben. Die NGT erbringt Dienstleistungen in den Bereichen Gas, Wasser, Strom und Wärme.

Der Kaufpreis betrug 16.423 Tausend Euro. Auf die Aktivierung von Anschaffungsnebenkosten wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet. Aus dem Unternehmenszusammenschluss resultiert ein Goodwill von 10.589 Tausend Euro, der sich aus der zukünftigen positiven Unternehmensentwicklung der NGT begründet.

Die NGT wurde erstmals zum 01.10.2007 in den Konzernabschluss der GASAG AG einbezogen. Bedingt durch den Erwerb kurz vor dem Bilanzstichtag erfolgt die Bilanzierung des Unternehmenserwerbs vorläufig gemäß IFRS 3.61. Der Umsatz der NGT seit Erwerbszeitpunkt beträgt 4.892 Tausend Euro. Wenn der Unternehmenserwerb bereits am 01.01.2007 stattgefunden hätte, wäre der Konzernumsatz um 11.133 Tausend Euro höher gewesen, als der bislang tatsächlich erzielte Umsatz. Im Konzernjahresüberschuss der Berichtsperiode ist ein Gewinn in Höhe von 429 Tausend Euro enthalten. Der Konzernjahresüberschuss hätte sich um 1.930 Tausend Euro erhöht, wenn der Unternehmenszusammenschluss bereits am 01.01.2007 vollzogen worden wäre.

Die zum Erwerbszeitpunkt angesetzten beizulegenden Zeitwerte der übernommenen Vermögenswerte und Schulden der NGT sowie deren Buchwerte unmittelbar vor dem Unternehmenszusammenschluss sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

	BEIZULEGENDE ZEITWERTE ZUM ERWERBSZEITPUNKT	BUCHWERTE UNMITTELBAR VOR UNTERNEHMENS- ZUSAMMENSCHLUSS
	T €	T €
langfristige Vermögenswerte	11.460	5.972
immaterielle Vermögenswerte	4.612	33
Sachanlagen	5.528	5.528
finanzielle Vermögenswerte*	1.320	411
kurzfristige Vermögenswerte	3.442	3.442
Vorräte	269	269
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige kurzfristige Forderungen	3.165	3.165
Liquide Mittel	8	8
Vermögenswerte gesamt	14.902	9.414
langfristige Schulden	0	0
kurzfristige Schulden	9.068	7.627
kurzfristige Rückstellungen	609	1.390
kurzfristige Darlehen	4.184	4.184
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	2.834	2.053
latente Steuern	1.441	0
Schulden gesamt	9.068	7.627

* die Differenz von 909 Tausend Euro betrifft eine inzwischen erfolgsneutral verkaufte Beteiligung, für welche zum Erwerbszeitpunkt eine Veräußerungsverpflichtung bestand

Mit Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 12.11.2007 die Umfirmierung der GASAG direkt GmbH, Berlin, in die DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin.

Mit dem Wirksamwerden der Rahmenvereinbarung über die Gründung der GreenGas Rathenow Verwaltungs GmbH, Rathenow, und über den Kauf und die Abtretung eines Kommanditanteils an der GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG, Rathenow, am 19.11.2007 hat der Konzern die Anteile von jeweils 49% an den beiden Gesellschaften erworben. Die genannten Anteile werden von der EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH (EMB genannt) gehalten.

Darüber hinaus hat die EMB zum 01.01.2007 weitere 0,27% an der Havelnische Stadtwerke GmbH (HSW genannt), Werder, erworben.

In der nachfolgenden Abbildung sind alle vollkonsolidierten Unternehmen, nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen sowie sonstige Anteile, die von Konzernunternehmen gehalten werden, aufgeführt.

BETEILIGUNGSÜBERSICHT	ANTEIL AM KAPITAL
vollkonsolidierte Unternehmen	
1. BAS Abrechnungsservice Teiligungs-GmbH, Berlin ¹	100 %
2. BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG, Berlin ¹	100 %
3. BEGA.tec GmbH, Berlin ¹	100 %
4. DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin ¹	100 %
5. EMB Beteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam ^{1,4}	100 %
6. EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam ¹	75,08625 %
7. GASAG Versicherungsvermittlung der Versorgungsunternehmen GmbH, Berlin ¹	100 %
8. GASAG WärmeService GmbH, Berlin ¹	100 %
9. NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin ¹	100 %
10. NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin ^{1,5}	98,5 %
11. NGT Neue Gebäudetechnik GmbH, Essen ¹	100 %
12. VR-Leasing SOLIDUS Siebte GmbH & Co. KG, Eschborn ¹	100 %
at equity bilanzierte Unternehmen	
13. Berliner Energieagentur GmbH, Berlin ²	25 %
14. Erdgasversorgung Oranienburg GmbH, Oranienburg ^{2,4}	24,5 %
15. Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick ^{2,4}	49 %
16. GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG, Rathenow ^{2,4}	49 %
17. GreenGas Rathenow Verwaltungs GmbH, Rathenow ^{2,4}	49 %
18. Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder ^{2,4}	40,2375 %
19. SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistungen mbH, Cottbus ⁷	18,0213 %
andere Anteile	
20. Berliner Erdgasspeicher Besitz- und Verwaltungsgesellschaft bR, Berlin ³	0,22 %
21. erdgas mobil GmbH & Co. KG, Essen ³	4,5 %
22. erdgas mobil Verwaltungs- GmbH, Essen ³	4,5 %
23. KORDAX Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH, Grünwald ³	0,4 %
24. Partner für Berlin – Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH, Berlin ³	< 1 %
25. Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel ^{3,6}	12,25 %
26. Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Versorgungsunternehmen AG, Frankfurt am Main ³	0,4 %
zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	
27. EnergieSüdwest AG, Landau ⁸	41 %

¹ einbezogen wegen eines beherrschenden Einflusses

² maßgeblicher Einfluss liegt vor

³ nicht einbezogen, da weder beherrschender noch maßgeblicher Einfluss der GASAG AG gegeben ist

⁴ mittelbare Beteiligung über die EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam

⁵ davon 83,5 % unmittelbar und 15 % mittelbar über die EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH

⁶ mittelbare Beteiligung über EMB Beteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam

⁷ maßgeblicher Einfluss aufgrund des Anteils von einem Viertel der Stimmrechte im Aufsichtsrat

⁸ kein maßgeblicher Einfluss aufgrund von vertraglichen Beschränkungen

Der Konzernabschluss umfasst die GASAG AG und die von ihr beherrschten Tochtergesellschaften. Die Beherrschung (Kontrolle) ist die Möglichkeit, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeit Nutzen zu ziehen. Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der Tochterunternehmen werden für das gleiche Geschäftsjahr wie der Abschluss der Muttergesellschaft nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Die Einbeziehung beginnt zu dem Zeitpunkt, ab dem die Möglichkeit der Beherrschung besteht; sie endet, wenn diese Möglichkeit nicht mehr gegeben ist.

Gemäß IFRS 3 werden Unternehmenszusammenschlüsse nach der Neubewertungsmethode bilanziert. Danach erfolgt die Kapitalkonsolidierung im Erwerbszeitpunkt durch Verrechnung des Kaufpreises mit dem neu bewerteten anteiligen Nettovermögen des Tochterunternehmens. Die ansatzfähigen Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden des Tochterunternehmens werden dabei unabhängig von der Höhe des Minderheitenanteils mit ihren vollen beizulegenden Zeitwerten angesetzt.

Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen zwischen konsolidierten Unternehmen werden eliminiert. Konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse im Anlage- oder Vorratsvermögen aus konzerninternen Lieferungen werden eliminiert, wenn sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Auf ergebniswirksame Konsolidierungsvorgänge werden latente Steuern gemäß IAS 12 abgegrenzt.

Minderheitsanteile stellen den Anteil des Nettovermögens und des Ergebnisses dar, der nicht dem Konzern zuzurechnen ist. Minderheitsanteile werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und in der Konzern-Bilanz separat ausgewiesen. Der Ausweis in der Konzern-Bilanz erfolgt innerhalb des Eigenkapitals, getrennt vom auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallenden Eigenkapital. Der Erwerb von Minderheitsanteilen wird nach der sog. Parent-Entity-Extension-Methode bilanziert. Dabei wird die Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem Buchwert des anteiligen erworbenen Nettovermögens als Geschäfts- oder Firmenwert erfasst.

Nach gesellschaftsrechtlichen Vorschriften steht den Anteilseignern einer Personengesellschaft ein gesetzliches, nicht ausschließbares Kündigungsrecht zu. Nach IAS 32 führt dieses Kündigungsrecht dazu, dass die im Konzern vorhandenen Minderheitsanteile als rückzahlbar

angesehen werden. In der Folge ist, unabhängig von der Wahrscheinlichkeit einer Kündigung, eine Verbindlichkeit zum Barwert des voraussichtlichen Abfindungsbetrages aus dem Eigenkapital zu reklassifizieren. Die Reklassifizierung wird innerhalb der Minderheitsanteile gesondert ausgewiesen. Die den Minderheiten zustehenden Anteile am Ergebnis sowie die Aufzinsung der Verbindlichkeiten werden als Zinsaufwand erfasst. Die übrigen Wertänderungen der Verbindlichkeiten sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen enthalten.

5 BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

ERMESSENSENTSCHEIDUNGEN BEI DER ANWENDUNG DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Finanzielle Vermögenswerte sind einzuordnen in die Kategorien „Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente“, „Ausgereichte Kredite und Forderungen“, „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ und „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“.

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen unterschiedliche Möglichkeiten zur Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste.

Zur Deckung des zusätzlichen Mittelbedarfs zur Finanzierung der vor dem 01.01.2002 begründeten Ansprüche auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL genannt) wurde eine Rückstellung für Sanierungsgelder gemäß IAS 19.32A gebildet.

ANNAHMEN UND SCHÄTZUNGEN

Bei der Aufstellung des GASAG-Konzernabschlusses wurden Annahmen und Schätzungen verwendet, die sich auf Ausweis und Höhe der bilanzierten Vermögenswerte, Schulden, Erträge, Aufwendungen sowie der Eventualverbindlichkeiten ausgewirkt haben. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende wesent-

liche Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Anhang bei den betroffenen Sachverhalten dargestellt.

ERTRAGS- UND AUFWANDSREALISIERUNG

Die Realisierung der UMSATZERLÖSE erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der Lieferung an den Kunden bzw. mit Erbringung der Leistung. Die Leistungen gelten als erbracht bzw. die Waren oder Erzeugnisse als geliefert, wenn die mit dem Eigentum verbundenen Risiken auf den Käufer übergegangen sind. Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Gas, Wärme und Strom an Endverbraucher, Stadtwerke und Regionalversorger sowie aus den Netznutzungsentgelten werden erfasst, wenn sie vom Kunden aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung abgenommen worden sind. Die Umsatzerlöse entsprechen dem Wert der gelieferten und abgerechneten Mengen, einschließlich der geschätzten Werte für gelieferte Mengen zwischen der letzten Abrechnung und dem Bilanzstichtag.

ZINSERTRÄGE werden periodengerecht unter Berücksichtigung der Effektivverzinsung angesetzt.

GEWINNAUSSCHÜTTUNGEN werden mit der Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung vereinnahmt.

BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung als Aufwand erfasst.

Mit Inkrafttreten des neuen Energiesteuergesetzes (EnStG) zum 01.08.2006 entfällt die Erdgassteuer als Bestandteil des Materialaufwandes und der Umsatzerlöse.

ZINSAUFWENDUNGEN werden periodengerecht in den Finanzierungsaufwendungen erfasst.

FREMDKAPITALKOSTEN werden nicht als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert.

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERTE aus der Kapitalkonsolidierung werden für Akquisitionen in Übereinstimmung mit IFRS 3 in Verbindung mit IAS 36 aktiviert. Bei der erstmaligen Aktivierung erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten, d. h. zu dem Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbes und dem Anteil des Erwerbers an den beizulegenden Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten. Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben. Stattdessen unterliegen sie einmal jährlich sowie beim Vorliegen von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung schließen lassen, einem Impairment Test (Wertminderungstest).

Dies erfordert eine Schätzung der Nutzungswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen der Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet ist. Zur Schätzung des Nutzungswertes muss die Unternehmensleitung die voraussichtlichen Cashflows der zahlungsmittelgenerierenden Einheit schätzen und darüber hinaus einen angemessenen Abzinsungssatz wählen, um den Barwert dieser Cashflows zu ermitteln.

Die Wertminderung wird durch die Bewertung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, auf die sich der Geschäfts- oder Firmenwert bezieht, bestimmt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Ist der erzielbare Betrag einer bestimmten zahlungsmittelgenerierenden Einheit geringer als der Buchwert, so wird eine Wertberichtigung vorgenommen. Eine Wertaufholung ist nach den Regelungen des IFRS 3 nicht zulässig.

Grundlage für die Ermittlung der Nutzungswerte für die zahlungsmittelgenerierenden rechtlichen Einheiten sind die aktuellen mittelfristigen Planungen, wie sie durch die Gremien der GASAG-Konzerngesellschaften genehmigt wurden und für interne Berichtszwecke zugrunde gelegt werden. Für in 2007 erworbene Gesellschaften wurden die Planungen der Kaufpreisermittlungen als Basis verwendet. Das Bewertungsmodell verwendet die *Discounted Cash Flow*

Methode (DCF). Die mittelfristige Planungsrechnung umfasst einen Zeitraum von 5 Jahren. Die Umsatz- und Bezugskostenplanungen berücksichtigen ein nachhaltig hohes Ölpreisniveau und eine Bewertung der Wetterdaten auf ein konzerneinheitliches 30-jähriges Mittel. Es wird von einem Gas-zu-Gas-Wettbewerb ausgegangen, der bis 2012 zu einem Gasabsatzverlust an Dritte Händler von rund 8% im Konzern führt. Die von der NBB transportierte Gasmenge steigt dagegen im Planungszeitraum an. Die mittelfristige Planung enthält eine Absenkung der Durchleitungsentgelte gegenüber dem Niveau des Entgeltbescheids aus 12/2006. Damit wird der zweiten kostenbasierten Regulierungsphase und der ab 2009 erwarteten Anreizregulierung Rechnung getragen. Die Diskontierungssätze werden nach dem Modell *Weighted Average Costs of Capital (WACC)* ermittelt. Dabei wird der Eigenkapitalzins mit Hilfe des *Capital Asset Pricing Model (CAPM)* bestimmt und beträgt unter Verwendung eines Beta-Faktors i.H.v. 0,5 derzeit 7,0%. Die Fremdkapitalzinsen leiten sich aus Zinssätzen für langfristige Neukredite und anderen marktüblichen Fremdkapitalsätzen ab und liegen bei 4,5% vor Steuern. Diskontierungszins ist darüber hinaus abhängig vom Verhältnis des eingesetzten Eigen- und Fremdkapitals. Der resultierende WACC liegt bei 6,7% vor Steuern. Dabei ist der Abzinsungssatz zur Bewertung des Nutzungswertes eines Vermögenswertes grundsätzlich einheitlich auf den Konzern und die Bewertungszeiträume anzuwenden.

Er kann angepasst werden, wenn ein Nutzungswert sensitiv auf die unterschiedlichen Risiken in den verschiedenen Perioden, auf die Laufzeitstruktur der Zinssätze sowie auf die Kapitalstruktur reagiert.

Separat ERWORBENE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE werden zu ihren Anschaffungskosten aktiviert.

Bei den im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbenen immateriellen Vermögenswerten entsprechen die Anschaffungskosten dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Nach dem erstmaligen Ansatz wird das Anschaffungskostenmodell angewendet.



SELBST GESCHAFFENE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE werden gemäß IAS 38 nur dann angesetzt, wenn folgende Kriterien vollständig erfüllt sind:

- die technische Realisierbarkeit und Absicht der Fertigstellung,
- die Fähigkeit, den immateriellen Vermögenswert zu nutzen oder zu verkaufen,
- die Erzielung eines voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzens in Form eines Marktes oder in Bezug auf die interne Nutzung,
- die Verfügbarkeit hinreichender technischer, finanzieller und anderer Ressourcen, um die Entwicklung des immateriellen Vermögenswertes abzuschließen und
- die eindeutige Abgrenzung des entsprechenden Vermögenswertes,

d. h. die der Entwicklung zurechenbaren Kosten können verlässlich ermittelt werden.

Nach der erstmaligen Aktivierung werden selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte nach dem Herstellungs-kostenmodell zu ihren fortgeführten Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten umfassen dabei alle Kosten, die der Schaffung, Herstellung und Vorbereitung des Vermögenswertes direkt zugerechnet werden können. Ausgaben für Forschung werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie anfallen.

Im Falle der Modifikation bestehender Software werden die damit im Zusammenhang stehenden Kosten als Perio-

denaufwand erfasst, wenn lediglich der bisherige Systemzustand gewahrt bleibt.

Alle ausgewiesenen erworbenen und selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswerte weisen eine begrenzte wirtschaftliche Nutzungsdauer auf und werden planmäßig linear abgeschrieben. An jedem Bilanzstichtag wird bei immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter Nutzungsdauer eingeschätzt, ob ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Wenn ein solcher Anhaltspunkt vorliegt, wird der Impairment Test durchgeführt.

Die KONZERNEINHEITLICHEN NUTZUNGS-DAUERN stellen sich wie folgt dar:

IMMATERIELLER VERMÖGENSWERT	NUTZUNGSDAUER
Geschäfts- oder Firmenwerte, Marken	unbestimmt
Erworbene immaterielle Vermögenswerte (darin enthalten: Gasbezugsrecht)	5–35 Jahre (35 Jahre)
Selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte	5 Jahre

Die Überprüfung der Nutzungsdauern findet zum Ende eines jeden Geschäftsjahres bzw. bei einem aufgetretenen Ereignis statt; erforderliche Anpassungen werden prospektiv vorgenommen.

SACHANLAGEN

Sachanlagen werden mit Ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen bilanziert. Die Herstellungskosten von selbsterstellten Anlagen enthalten neben den Einzelkosten einen ange-

messenen Teil der direkt zurechenbaren Gemeinkosten. Erhaltene Baukostenzuschüsse sowie Investitionszuschüsse und -zulagen mindern die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht direkt, sondern werden als Passivischer Abgrenzungsposten ausgewiesen.

RÜCKBAUVERPFLICHTUNGEN werden in Höhe des Barwertes beim Eingehen der Verpflichtung als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert und rätierlich über die wirtschaftliche Nutzungsdauer des zugehörigen Vermögenswertes abgeschrieben. Wartungs- und Reparaturkosten werden

als Aufwand erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, welche die Nutzungsdauer eines Vermögenswertes verlängern, werden aktiviert.

Mit Ausnahme der Grundstücke und Grunddienstbarkeiten (einschließlich der Grunddienstbarkeiten gemäß § 9

GBBerG), die eine unbegrenzte bzw. unbestimmte Nutzungsdauer aufweisen, werden Sachanlagen linear abgeschrieben.

Den planmäßigen Abschreibungen der Sachanlagen mit begrenzter Nutzungsdauer liegen konzerneinheitlich folgende wirtschaftliche Nutzungsdauern zu Grunde:

SACHANLAGEN	NUTZUNGSDAUER
Bezugs-, Erzeugungs- und Verteilungsanlagen	5–50 Jahre
Gebäude	30 Jahre
Sonstiges Sachanlagevermögen	2–10 Jahre

Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, d. h. der erzielbare Betrag abzüglich Verkaufskosten und der Nutzungswert liegen unter den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten, werden die Sachanlagen auf den höheren Wert aus dem erzielbaren Betrag und dem Nutzungswert außerplanmäßig abgeschrieben. Beim Wegfall der Gründe für außerplanmäßige Wertminderungen werden entsprechende Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

Ein Gegenstand des Sachanlagevermögens wird bei seinem Abgang oder, wenn aus einer fortgeführten Nutzung des Vermögenswertes kein künftiger wirtschaftlicher Nutzen zu erwarten ist, ausgebucht. Gewinne oder Verluste aus

der Ausbuchung eines Vermögenswertes (ermittelt als Differenz zwischen Nettoveräußerungserlös und Buchwert) werden im Geschäftsjahr der Ausbuchung des betreffenden Vermögenswertes erfolgswirksam erfasst.

Die Überprüfung der Nutzungsdauern findet zum Ende eines jeden Geschäftsjahres bzw. bei einem aufgetretenen Ereignis statt; erforderliche Anpassungen werden prospektiv vorgenommen.

LEASING/STRUKTURIERTE TRANSAKTIONEN

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung einen Leasing-Vorgang enthält, basiert auf der ökonomischen Substanz der Vereinbarung und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der Vereinbarung von der Nutzung eines spezifischen Ver-

mögenswertes abhängig ist und ob die Vereinbarung das Recht auf die Nutzung des Vermögenswertes überträgt.

Leasing-Transaktionen werden entsprechend den vertraglichen Regelungen und den daraus resultierenden Chancen und Risiken gemäß IAS 17 klassifiziert. Der GASAG-Konzern hat im Wesentlichen Leasing-Transaktionen als Leasingnehmer abgeschlossen. Sofern das wirtschaftliche Eigentum dem GASAG-Konzern zuzurechnen ist, wird das Leasingobjekt als „Finance Lease“ in Höhe des beizulegenden Zeitwertes bzw. des niedrigeren Barwertes der Mindestleasingzahlungen aktiviert und linear über die wirtschaftliche Nutzungsdauer bzw., wenn zu Beginn des Leasingverhältnisses der Eigentumsübergang auf den GASAG-Konzern nicht hinreichend sicher ist, über



kürzere Vertragslaufzeiten abgeschlossen. Die Pachtzahlungen stellen die ratiellen Tilgungen der passivierten Leasingverbindlichkeiten und den Finanzierungsaufwand dar.

Alle übrigen Leasinggeschäfte, bei denen das wirtschaftliche Eigentum nicht dem GASAG-Konzern zuzurechnen ist, werden als „Operate Lease“ behandelt; die Leasingraten werden in den „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ ausgewiesen.

Bei den strukturierten Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen handelt es sich um die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln, mit den Vermögenswerten als Sicherheit. Demzufolge liegt gemäß IFRS kein Veräußerungsvorgang vor. Die rechtlichen Verkäufe an die finanzierenden Vertragspartner erfolgten zu Buchwerten, so dass die erhaltenen Entgelte zu keinen Erträgen führten.

ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

Der Bilanzansatz der Anteile an assoziierten Unternehmen, die gemäß der Equity-Methode bewertet werden, umfasst das anteilige Eigenkapital zuzüglich eines Geschäfts- oder Firmenwerts. Die Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, stattdessen wird die Nettoinvestition des Konzerns beim assoziierten Unternehmen auf die Notwendigkeit eines zusätzlichen Wertminderungsaufwands untersucht.

WERTMINDERUNG VON VERMÖGENSWERTEN

Der Konzern beurteilt an jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegen solche Anhaltspunkte vor oder ist eine jährliche Überprüfung eines Vermögenswerts auf Wertminderung erforderlich, wird der erzielbare Betrag geschätzt. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswerts seinen höheren der beiden Beträge, wird der Vermögenswert als wertgemindert betrachtet und auf seinen erzielbaren Betrag abgeschrieben. Zur Ermittlung des Nutzungswerts werden die geschätzten künftigen Cashflows unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen hinsichtlich des Zinseffektes und der spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt, auf ihren Barwert abgezinst.

An jedem Berichtsstichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Wertminderungsaufwand, der in früheren Berichtsperioden erfasst worden ist, nicht länger besteht oder sich vermindert haben könnte. Liegt ein solcher Indikator vor, wird der erzielbare Betrag geschätzt. Ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand wird dann aufgehoben, wenn sich seit der Erfassung des letzten

Wertminderungsaufwands eine Änderung in den Schätzungen ergeben hat, die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags herangezogen wurden. Wenn dies der Fall ist, wird der Buchwert des Vermögenswerts auf seinen erzielbaren Betrag erhöht.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Finanzielle Vermögenswerte im Sinne von IAS 39 werden entweder als finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, als ausgereichte Kredite und Forderungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, oder als bis zur Endfälligkeit gehaltene Investitionen kategorisiert. Der Konzern legt die Klassifizierung seiner finanziellen Vermögenswerte mit dem erstmaligen Ansatz fest. Bei dem erstmaligen Ansatz von finanziellen Vermögenswerten werden diese zu ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Falle von anderen finanziellen Vermögenswerten als solchen, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden darüber hinaus Transaktionskosten berücksichtigt, die direkt dem Erwerb des Vermögenswerts zuzurechnen sind. Die Folgebewertung der finanziellen Vermögenswerte erfolgt je nach Kategorisierung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Bei marktüblichen Käufen und Verkäufen von originären finanziellen Vermögenswerten erfolgt die Bilanzierung zum

Erfüllungstag, und damit zu dem Tag, an dem der Vermögenswert geliefert und die Schuld beglichen wird. Marktübliche Käufe oder Verkäufe sind Transaktionen in finanziellen Vermögenswerten, bei denen die Lieferung der Vermögenswerte innerhalb eines durch Marktvorschriften oder -konventionen festgelegten Zeitraums stattfindet.

ERFOLGSWIRKSAM ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE
Bei den kurzfristigen zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren und sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte bilanziert werden, erfolgt der erstmalige Ansatz zum beizulegenden Zeitwert. Die Folgebewertung dieser Instrumente erfolgt ebenfalls zum beizulegenden Zeitwert. Entstehende Bewertungsgewinne bzw. -verluste werden sofort erfolgswirksam im Periodenergebnis ausgewiesen.

BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT GEHALTENE FINANZINVESTITIONEN
Die finanziellen Vermögenswerte der Kategorie bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen werden in den Folgeperioden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Während der Laufzeit auftretende Wertschwankungen sind nur erfolgswirksam zu erfassen, wenn das Finanzinstrument verkauft wird oder eine dauerhafte Wertminderung

vorliegt. Auf eine Überprüfung bzgl. einer Wertminderung wird verzichtet, sofern ein Börsen- oder Marktpreis vorliegt, der den Wert des Finanzinstruments ausreichend abbildet. Eine zinsbedingte Wertänderung führt nicht zu einer Wertminderung im Sinne des IAS 39.

AUSGEREICHTE KREDITE UND FORDERUNGEN

Sonstige Ausleihungen, die der Kategorie ausgereichte Kredite und Forderungen zugeordnet sind, werden in Folgeperioden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bilanziert. Entstehende Gewinne oder Verluste werden nur im Periodenergebnis erfasst, wenn der finanzielle Vermögenswert ausgebucht, wertgemindert oder amortisiert wird.

Gibt es einen objektiven Hinweis, dass eine Wertminderung bei mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziereten ausgereichten Krediten und Forderungen eingetreten ist, ergibt sich die Höhe der Verluste als Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und dem Barwert der erwarteten künftigen Cashflows (mit Ausnahme künftiger, noch nicht eingetretener Kreditausfälle), abgezinst mit dem ursprünglichen Effektivzinsatz des finanziellen Vermögenswerts (d. h. dem bei erstmaligem Ansatz ermittelten Zinssatz). Der Buchwert des Vermögenswerts ist entweder direkt oder unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos zu reduzieren. Der Verlustbetrag ist ergebniswirksam zu erfassen.

ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind jene nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht in eine der drei vorstehend genannten Kategorien eingestuft sind.

Die Bewertung von langfristigen Wertpapieren der Klasse ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE WERTPAPIERE erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwertes werden direkt im Eigenkapital bilanziert, wenn die zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere nicht Teil einer Sicherungsbeziehung sind. Zum Zeitpunkt des Verkaufes und bei dauerhaften Wertminderungen werden die im Eigenkapital aufgelaufenen Gewinne oder Verluste erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst.

Die langfristigen FINANZINVESTITIONEN IN NICHT NOTIERTE EIGENKAPITALINSTRUMENTE sind der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Gewinn- bzw. Verlustrealisierung erfolgt analog zu den Wertpapieren, die als „zur Veräußerung verfügbar“ kategorisiert werden. Der beizulegende Zeitwert von Finanzinvestitionen, für die kein aktiver Markt besteht, wird unter Anwendung von Bewertungsmethoden geschätzt. Solche Verfahren stützen sich auf kürzlich zu marktüblichen Bedingungen getätigte Transaktionen oder auf den aktuellen Marktwert eines anderen



Instruments, das im Wesentlichen das gleiche Instrument ist, oder die Analyse der diskontierten Zahlungsströme.

Ist ein zur Veräußerung verfügbarer Vermögenswert in seinem Wert gemindert, wird ein im Eigenkapital erfasster Betrag in Höhe der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (abzüglich etwaiger Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert, abzüglich etwaiger, bereits früher ergebniswirksam erfasster Wertberichtigungen dieses finanziellen Vermögenswerts in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten, die als zur Veräußerung verfügbar eingestuft sind, werden nicht im Periodenergebnis erfasst. Wertaufholungen bei Schuldinstrumenten werden ergebniswirksam erfasst, wenn sich der Anstieg des beizulegenden Zeitwerts des Instruments objektiv auf ein Ereignis zurückführen lässt, das nach der ergebniswirksamen Erfassung der Wertminderung aufgetreten ist.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, es sei denn, es handelt sich hierbei um Derivate, die als Sicherheitsinstrumente designiert wurden und als solche effektiv sind. Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Schulden, die zu Handelszwecken gehalten werden, werden erfolgswirksam erfasst. Der erstmalige Ansatz erfolgt zum Handelstag. Derivate mit positiven beizulegenden

Zeitwerten werden auf der Aktivseite und mit negativen beizulegenden Zeitwerten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Die Folgebewertung der Derivate wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert durchgeführt.

Ein finanzieller Vermögenswert (bzw. ein Teil eines finanziellen Vermögenswerts oder ein Teil einer Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte) wird gemäß IAS 39.17 **ausgebucht**, wenn eine der drei folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- Die vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem finanziellen Vermögenswert sind ausgelaufen.
- Der Konzern behält die vertraglichen Rechte auf den Bezug von Cashflows aus finanziellen Vermögenswerten zurück, übernimmt jedoch eine vertragliche Verpflichtung zur Zahlung der Cashflows ohne wesentliche Verzögerungen an eine dritte Partei im Rahmen einer Vereinbarung, die die Bedingungen in IAS 39.19 erfüllt.
- Der Konzern hat seine vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem finanziellen Vermögenswert übertragen und hat (a) im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, übertragen oder hat (b) im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder übertragen noch zurückbehalten, jedoch die Verfügungsmacht über den Vermögenswert übertragen.

Wenn der Konzern seine vertraglichen Rechte auf Cashflows aus einem Vermögenswert überträgt und im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an diesem Vermögenswert verbunden sind, weder überträgt noch zurückbehält und auch die Verfügungsmacht an dem übertragenen Vermögenswert zurückbehält, erfasst der Konzern den übertragenen Vermögenswert weiter im Umfang seines anhaltenden Engagements.

Wenn das anhaltende Engagement der Form nach den übertragenen Vermögenswert garantiert, ist der Umfang des anhaltenden Engagements der niedrigere aus dem ursprünglichen Buchwert des Vermögenswerts und dem Höchstbetrag der erhaltenen Gegenleistung, den der Konzern eventuell zurückzahlen müsste. Wenn das anhaltende Engagement der Form nach eine geschriebene und/oder eine erworbene Option (einschließlich einer Option, die durch Barausgleich oder auf ähnliche Weise erfüllt wird) auf den übertragenen Vermögenswert ist, so ist der Umfang des anhaltenden Engagements des Konzerns der Betrag des übertragenen Vermögenswerts, den das Unternehmen zurückkaufen kann. Im Fall einer geschriebenen Verkaufsoption (einschließlich einer Option, die durch Barausgleich oder auf ähnliche Weise erfüllt wird) auf einen Vermögenswert, der zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, ist der Umfang des anhaltenden Engagements des Konzerns allerdings auf den niedrigeren Betrag aus beizu-

legendem Zeitwert des übertragenen Vermögenswerts und Ausübungspreis der Option begrenzt.

VORRÄTE

Vorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten sind Kosten, die angefallen sind, um das Produkt an seinen derzeitigen Ort zu verbringen oder in seinen derzeitigen Zustand zu versetzen. Die Anschaffungskosten der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe entsprechen den gewogenen Durchschnittspreisen. Die Bewertung der Erdgasvorräte erfolgt zu Durchschnittswerten oder zu niedrigeren Marktwerten. Bei der Bewertung der Erdgasvorräte im Erdgasuntertagespeicher wird die Erdgassteuer nicht berücksichtigt. Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten Material- und Lohn Einzelkosten sowie angemessene Teile der Fertigungsgemeinkosten basierend auf der normalen Kapazität ohne Berücksichtigung von Fremdkapitalkosten. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte, im normalen Geschäftsgang erzielbare Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und der geschätzten notwendigen Vertriebskosten.

FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE FORDERUNGEN

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden mit dem ursprünglichen

Rechnungsbetrag abzüglich Wertberichtigungen bewertet. Die Wertberichtigungen tragen den erwarteten Ausfallrisiken hinreichend Rechnung; konkrete Ausfälle führen zur Ausbuchung der betreffenden Forderungen. Im Rahmen von Wertberichtigungen werden finanzielle Vermögenswerte, für welche ein potenzieller Abwertungsbedarf besteht, anhand gleichartiger Ausfallrisikoeigenschaften gruppiert und gemeinsam auf Wertminderungen untersucht sowie ggf. wertberichtigt. Bei der dazu notwendigen Ermittlung der erwarteten zukünftigen Cash-Flows der Portfolios werden neben den vertraglich vorgesehenen Zahlungsströmen auch historische Ausfallerfahrungen berücksichtigt. Wertberichtigungen werden unter Verwendung von Wertberichtigungskonten vorgenommen.

Die bilanzielle Abgrenzung auf zum Stichtag noch nicht berechnete Erdgasverbräuche der Tarif- und Sondervertragskunden ist zum Teil auf der Basis eines DV-gestützten Stichprobenverfahrens durchgeführt worden.

LIQUIDE MITTEL

Die liquiden Mittel enthalten Schecks, Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Geldanlagen mit ursprünglichen Laufzeiten von höchstens drei Monaten.

Für Zwecke der Konzernkapitalflussrechnung umfassen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente die oben definierten liquiden Mittel sowie die kurzfristigen verzinslichen notierten Wertpapiere mit Restlaufzeiten von bis zu 3 Monaten (kurzfristige Investitionen in Geld- und Kapitalmarktinstrumente).

ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE UND VERMÖGENSGRUPPEN

Der GASAG-Konzern wendet die Regelungen des IFRS 5 für die Bilanzierung von zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten an. Im IFRS 5.15 ist festgelegt, dass die Vermögenswerte, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden, mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten zu bewerten sind. Sie sind als gesonderter Posten in der Bilanz und die Ergebnisse als gesonderter Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen.

STEUERN

TATSÄCHLICHE STEUERERSTATTUNGSANSPRÜCHE UND STEUERSCHULDEN
Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufende Periode und für frühere Perioden sind mit dem Betrag zu bewerten, in dessen Höhe eine Erstattung von den Steuerbehörden bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörden erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zu Grunde gelegt, die am Bilanzstichtag gelten.



LATENTE STEUERN

Die Bildung latenter Steuern erfolgt unter Anwendung der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode auf alle zum Bilanzstichtag bestehenden temporären Differenzen zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz.

Latente Steuerschulden werden für alle zu versteuernden temporären Differenzen erfasst. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- Die latente Steuerschuld aus dem erstmaligen Ansatz eines Geschäfts- oder Firmenwerts oder eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, darf nicht angesetzt werden.
- Die latente Steuerschuld aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Joint Ventures stehen, darf nicht angesetzt werden, wenn der zeitliche Verlauf der Umkehrung der temporären Differenzen gesteuert werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Latente Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Unterschiede, noch nicht genutzten steuerlichen Ver-

lustvorträge und nicht genutzten Steuer-gutschriften in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und Steuer-gutschriften verwendet werden können. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- Latente Steueransprüche aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall entstehen, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, dürfen nicht angesetzt werden.
- Latente Steueransprüche aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Joint Ventures im Zusammenhang stehen, dürfen nur in dem Umfang erfasst werden, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit umkehren werden und ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist,

dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftiges zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruches ermöglicht.

Latente Steueransprüche und -schulden werden anhand der Steuersätze bemessen, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird, erwartet wird. Dabei werden die Steuersätze (und Steuervorschriften) zu Grunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gültig oder angekündigt sind.

Ertragsteuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden im Eigenkapital und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjektes beziehen, die von derselben Steuerbehörde erhoben werden.

UMSATZSTEUER

Umsatzerlöse, Aufwendungen und Vermögenswerte werden nach Abzug von Umsatzsteuern erfasst. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- wenn beim Kauf von Gütern oder Dienstleistungen angefallene Umsatzsteuer nicht von den Steuerbehörden eingefordert werden kann, wird die Umsatzsteuer als Teil der Herstellungskosten des Vermögenswerts bzw. als Teil der Aufwendungen erfasst; und
- Forderungen und Schulden werden mitsamt dem darin enthaltenen Umsatzsteuerbetrag angesetzt.

Der Umsatzsteuerbetrag, der von der Steuerbehörde erstattet wird oder an diese abgeführt wird, wird unter den Forderungen oder Schulden in der Bilanz erfasst.

PASSIVISCHER ABGRENZUNGSPOSTEN

Die Darstellung der Zuwendungen im GASAG-Konzern erfolgt gemäß des Wahlrechtes aus dem IAS 20.24 als passivischer Abgrenzungsposten. In diesem Posten sind neben den Investitionszulagen der öffentlichen Hand auch die aus der NDAV (Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die

Gasversorgung in Niederdruck) und den Konzessionsverträgen resultierenden Baukosten- und Investitionszuschüsse Dritter enthalten.

Aufgrund fehlender spezifischer IFRS-Regelungen werden die Zuwendungen Dritter den Vorschriften des IAS 20 unterworfen.

Die passivierten Abgrenzungsposten werden entsprechend der folgenden sich aus den dazugehörigen Vermögenswerten abgeleiteten Nutzungsdauern ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst:

ART DER ZUWENDUNG	WIRTSCHAFTLICHE NUTZUNGSDAUER/AUFLÖSUNGSZEITRAUM DER ZUWENDUNG
Zuwendungen der öffentlichen Hand	
Investitionszulagen	je nach Anlagegut
Zuwendungen Dritter	
Baukosten-/Investitionszuschüsse (lt. NDAV und Konzessionsverträge)	45 Jahre
Sonstige Investitionszuschüsse	je nach Anlagegut

Die für das Rohrnetz und die Hausanschlüsse anfallenden Baukosten- und Investitionszuschüsse werden über die Dauer von 45 Jahren aufgelöst, da diese im überwiegenden Teil den Mittel- und Niederdruckbereich betreffen.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden für eine gegenwärtige Verpflichtung der Gesellschaft (rechtlich oder faktisch) infolge eines in der Vergangenheit liegenden Ereignisses

angesetzt oder wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus der Erfüllung einer gegenwärtigen Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen ergibt, die einen wirtschaftlichen Nutzen enthalten und der Erfüllungsbetrag verlässlich ermittelt werden kann. Ist eine teilweise oder vollständige Erstattung einer Rückstellung so gut wie sicher, beispielsweise im Rahmen eines Versicherungsvertrages, so wird die Erstattung als separater Vermögenswert angesetzt.

Die RÜCKSTELLUNGEN FÜR LEISTUNGS-ORIENTIERTE VERSORGUNGSPLÄNE werden entsprechend IAS 19 nach der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch zukünftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen.



Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden entsprechend der Korridormethode gemäß IAS 19.92, soweit sie 10% des höheren Betrags aus dem Verpflichtungsumfang oder dem Zeitwert des Planvermögens zu Beginn des Geschäftsjahres übersteigen, über die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit der in der Rückstellung berücksichtigten Belegschaft erfolgswirksam erfasst. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand ausgewiesen, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Finanzergebnis.

Die betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiter über die VBL ist aufgrund der Subsidiärverpflichtung nach IAS 19 als ein leistungsorientierter gemeinschaftlicher Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber zu werten. Aufgrund von fehlenden Informationen für die Bilanzierung der betrieblichen Altersversorgung der VBL als einen leistungsorientierten Plan wird diese als ein BEITRAGSORIENTIERTER VERSORGUNGSPLAN behandelt. Die Beiträge an die VBL werden jährlich in Höhe der Umlagen im Aufwand erfasst. Für die an die VBL zu zahlenden Sanierungsgelder wird eine Rückstellung nach IAS 19.32A bilanziert.

Die Rückstellungen für die VERPFLICHTUNGEN AUS ANLASS DER BEENDIGUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSSES SOWIE ANDERE LANGFRISTIGE LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER beinhalten die Verpflichtungen aus der Altersteilzeit (ATZ genannt). Es handelt sich dabei um Leistungen zur Förderung des freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens der Arbeitnehmer. Die Rückstellungen werden auf Grundlage der Betriebsvereinbarungen für alle Mitarbeiter gebildet, die bereits einen ATZ-Vertrag abgeschlossen haben oder die voraussichtlich die Regelung in Anspruch nehmen werden. Bei der Ermittlung der Rückstellung werden für laufende Fälle Abfindungen, Aufstockungsbeträge sowie Entgeltverpflichtungen, für geregelte und ungeregelte Fälle Abfindungen und Aufstockungsbeträge bilanziert. Die Bewertung erfolgt auf Basis von versicherungsmathematischen Gutachten gemäß IAS 19. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.127 bzw. IAS 19.137 sofort erfasst. Der auf die Erfüllungsrückstände entfallende Teil der Altersteilzeitrückstellung wird mit dem Planvermögen saldiert ausgewiesen. Überschreitet das Planvermögen die

entsprechende Verpflichtung, wird der überschießende Betrag als finanzieller Vermögenswert ausgewiesen.

Die ÜBRIGEN RÜCKSTELLUNGEN berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei auf Grund von Ereignissen der Vergangenheit, die der Höhe nach und/oder im Hinblick auf den Eintrittszeitpunkt unsicher sind. Die Rückstellungen werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert beziehungsweise mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt.

Die langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert. Die Abzinsungssätze spiegeln jeweils die aktuellen Markterwartungen im Hinblick auf den Zinseffekt sowie gegebenenfalls die für die Rückstellung spezifischen Risiken wider. Die Aufzinsungsbeträge werden im Finanzergebnis ausgewiesen. Folgende Sätze vor Steuern wurden der Barwertermittlung zugrunde gelegt:

BERICHTSJAHR/LAUFZEIT	BIS ZU 5 JAHREN	5 BIS 10 JAHRE	ÜBER 10 JAHRE
2006	4,50 %	4,75 %	5,00 %
2007	4,90 %	5,00 %	5,10 %

Davon ausgenommen sind die Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne, für die gemäß IAS 19.78 besondere Regelungen angewandt werden.

Gemäß IFRIC 1 (Interpretation über die Bilanzierung von bestehenden Stilllegungs-, Wiederherstellungs- und ähnlichen Verpflichtungen) werden geänderte Schätzungen, die auf eine Anpassung im Hinblick auf den zeitlichen Mittelabfluss, die Höhe des Mittelabflusses oder die Höhe des für die Barwertermittlung heranzuziehenden Zinssatzes zurückzuführen sind, sowohl bei den Rückstellungen selbst als auch in gleicher Höhe bei den betreffenden, unter Sachanlagen bilanzierten Vermögenswerten berücksichtigt. Hat die Anpassung eine Verminderung des Buchwertes zur Folge und liegt der Anpassungsbetrag über dem des Restbuchwertes des Vermögenswertes, so ist der übersteigende Betrag direkt erfolgswirksam als Aufwand zu erfassen.

FINANZIELLE SCHULDEN

Bei der erstmaligen Erfassung FINANZIELLER SCHULDEN werden diese mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung nach Abzug der mit der Kreditaufnahme verbundenen Transaktionskosten bewertet. Nach der erstmaligen Erfassung werden die finanziellen Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Gewinne und Verluste werden nur im Periodenergebnis erfasst, wenn die Schulden ausgebucht werden, sowie im Rahmen von Amortisationen.

Schulden aus den strukturierten Transaktionen werden bei erstmaliger Erfassung in der Höhe der erhaltenen finanziellen Mittel bilanziert. Schulden aus den Finanzierungleasingverträgen werden in Höhe des Barwerts der künftigen Mindestleasingzahlungen zum Zeitpunkt der Aktivierung des Vertragsgegenstandes bilanziert. Die Folgebewertung erfolgt in der Weise, dass die künftigen Pacht- und Leasingzahlungen so in ihre Bestandteile der Finanzierungsaufwendungen und der Tilgung der Schuld aufgeteilt werden, dass der verbleibende Restbuchwert der Schuld mit einem konstanten Zinssatz verzinst wird. Die Finanzierungsaufwendungen werden sofort aufwandswirksam erfasst.

VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN haben in der Regel eine Fälligkeit von bis zu 30 Tagen. Die Zugangsbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Folgebewertung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Eine finanzielle Schuld wird ausgebucht, wenn die dieser Schuld zugrunde liegende Verpflichtung erfüllt, gekündigt oder erloschen ist. Wird eine bestehende finanzielle Schuld durch eine andere finanzielle Schuld desselben Kreditgebers mit substanziiell verschiedenen Vertragsbedingungen ausgetauscht oder werden die Bedingungen einer bestehenden Schuld wesentlich geändert, wird ein solcher Austausch oder eine solche Änderung als Ausbuchung der ursprünglichen

Schuld und Ansatz einer neuen Schuld behandelt. Die Differenz zwischen den jeweiligen Buchwerten wird im Periodenergebnis erfasst.

EVENTUALSCHULDEN, SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN UND EVENTUALFORDERUNGEN

EVENTUALSCHULDEN sind mögliche oder bestehende Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und bei denen ein Ressourcenabfluss nicht wahrscheinlich ist. Sie werden in der Bilanz nicht erfasst, sondern im Anhang gezeigt. Die angegebenen Verpflichtungsvolumen bei den Eventualschulden entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Unter den SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN sind künftige (garantierte) Zahlungsansprüche Dritter gegenüber den Konzerngesellschaften zu verstehen. Es handelt sich um solche Verpflichtungen, die weder (zurzeit) bilanziell passivierungsfähig sind noch Eventualschulden darstellen.

EVENTUALFORDERUNGEN sind mögliche Vermögenswerte, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nicht-eintreten unsicherer künftiger Ereignisse bedingt ist.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Zum Zwecke der Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten, welche

6 ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

die Kriterien für eine Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, werden folgende Arten der Sicherungsbeziehungen unterschieden:

- Absicherung des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value Hedge),
- Absicherung von Cashflows (Cashflow Hedge).

Der GASAG-Konzern hat in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 ausschließlich Cashflow Hedges eingesetzt.

Beim CASHFLOW HEDGE werden Änderungen zukünftiger Zahlungsströme finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Schulden gesichert. Das Sicherungsgeschäft wird zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Sich daraus ergebende Änderungen des beizulegenden Zeitwertes des ineffektiven Teils werden in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Änderungen des effektiv gesicherten Teils werden dagegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Die ursprünglich im Eigenkapital ausgewiesenen Gewinne oder Verluste des Hedges werden erst im Periodenergebnis erfolgswirksam erfasst, wenn die Gewinne oder Verluste des effektiv gesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam werden.

Beendet ist eine Hedge Beziehung, wenn die Anforderungen für das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt werden oder wenn Sicherungs- oder Grundgeschäft auslaufen, veräußert oder ausgeübt werden.

Wird mit dem Eintritt der vorhergesehenen Transaktion nicht länger gerechnet, werden die zuvor im Eigenkapital erfassten Beträge im Periodenergebnis erfasst. Wenn das Sicherungsinstrument ausläuft oder veräußert, beendet oder ohne Ersatz oder ein Überrollen eines Sicherungsinstruments in ein anderes Sicherungsinstrument ausgeübt wird oder wenn der Konzern die Designation eines Sicherungsinstruments zurückzieht, verbleiben die zuvor ausgewiesenen Beträge solange als gesonderter Posten im Eigenkapital bis die vorhergesehene Transaktion eingetreten ist. Wird mit dem Eintritt der erwarteten Transaktion nicht mehr gerechnet, so wird der Betrag ergebniswirksam erfasst.

FREMDWÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die funktionale Währung und Berichtswährung der Gesellschaft ist Euro (€). Transaktionen in Fremdwährungen werden zum Wechselkurs am Tag der Transaktion ausgewiesen. Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden zum Wechselkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Unterschiedsbeträge aus Währungsumrechnung werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

(1) UMSATZERLÖSE

	2007 T €	2006 T €
Bruttoumsatz	1.047.420	1.181.497
Erdgassteuer	115.517	45.501
Erdgaslieferung	931.903	1.135.996
Wärme- und Stromlieferung	36.069	26.503
Netznutzungsentgelte einschl. gaswirtschaftlicher Leistungen	24.916	13.040
Übrige	11.417	5.882
	1.004.305	1.181.421

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus den Erdgaslieferungen. Auf das Stadtgebiet Berlin entfallen 649.848 Tausend Euro (i. Vj: 787.781 Tausend Euro), auf den westlichen Teil des Landes Brandenburg 223.344 Tausend Euro (i. Vj: 270.926 Tausend Euro) und auf den Fremdmarkt Kiel 244 Tausend Euro

(i. Vj 0 Tausend Euro). Auf Stadtwerke und einen Regionalversorger entfallen 58.470 Tausend Euro (i. Vj: 77.277 Tausend Euro).

Seit Inkrafttreten des neuen EnStG am 01.08.2006 ist die Erdgassteuer nicht mehr Bestandteil der Umsatzerlöse.

Nachfolgend ist die Aufteilung der Umsatzerlöse aus Erdgaslieferungen vor und nach dem Inkrafttreten des neuen EnStG dargestellt, aus welcher die Auswirkung auf die absolute Höhe der in der Gewinn- und Verlustrechnung gebuchten Umsatzerlöse hervorgeht:

	2007 T €	2006 T €	AUG-DEZ T €	JAN-JUL T €
Erdgaslieferung gesamt	1.047.420	1.181.497	407.452	774.044
davon abzuführende Erdgassteuer	115.517	137.090	45.501	91.589
Erdgaslieferung ohne Erdgassteuer	931.903	1.044.407	361.951	682.455

* 91.589 Tausend Euro wurden in 2006 als Umsatzerlöse erfasst

Die übrigen Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Umsatzerlöse aus erbrachten Bau- und Dienstleistungen.

(2) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

	2007 T €	2006 T €
Auflösung passivischer Abgrenzungsposten	6.300	6.364
Erstattung für Mahn- und Gerichtskosten	3.886	4.110
Vermietung und Verpachtung	2.425	2.427
Ausbuchung von abgegrenzten Verbindlichkeiten	2.447	4.593
Marketingzuschüsse	1.403	1.355
Aktivierete Eigenleistungen	1.246	1.125
Auflösung von Wertberichtigungen	1.109	2.100
Auflösung von Rückstellungen	858	9.857
Schadenersatz/Versicherungsleistungen	431	208
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	3	2.881
Erstattungsanspruch ¹⁾	0	27.087
Übrige	5.727	6.946
	25.835	69.053

¹⁾ Erstattungsanspruch aus strukturierten Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen

Die Verminderung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen ist im Wesentlichen auf die Auflösung der Rückstellung für die Reparatur der

havarierten Sonde B05 des Erdgas-speichers in Berlin in Höhe von 6.970 Tausend Euro in 2006 zurückzuführen.

(3) MATERIALAUFWAND

	2007 T €	2006 T €
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	603.245	788.420
Aufwendungen für bezogene Leistungen	35.182	19.541
	638.427	807.961

Im Materialaufwand sind Aufwendungen für das an die Endverbraucher direkt verteilte, an Stadtwerke und Regionalversorger weitergeleitete sowie das durch den Konzern selbst verbrauchte Erdgas enthalten. Ferner sind die Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung sowie für andere Bau- und Fremdleistungen angefallen.

Als Aufwand erfasste Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten im Sinne von IAS 2.39 betragen 651.082 Tausend Euro (i. Vj: 848.744 Tausend Euro).

Seit Inkrafttreten des neuen EnStG entfällt die Erdgassteuer für die Erdgas-bezugsmengen als Bestandteil des

Materialaufwandes. Infolge dieser Änderung ergibt sich im Geschäftsjahr 2007 eine absolute Bezugskostenminderung, welche mit der unter den Umsatzerlösen beschriebenen absoluten Auswirkung (Abzug vom Bruttoumsatz) in Höhe von 115,5 Millionen Euro (i. Vj: 45,5 Millionen Euro) korrespondiert.

(4) PERSONALAUFWAND

	2007 T €	2006 T €
Löhne und Gehälter	58.090	66.986
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	19.310	46.000
	77.400	112.986

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen ohne VBL-Sanierungsgeld im Berichtsjahr 3.527 Tausend Euro (i. Vj 3.440 Tausend Euro). Des Weiteren beinhaltet der Personalaufwand Aufwendungen aus der Zuführung zur Rückstellung für Sanierungsgeld der VBL in Höhe von

5.700 Tausend Euro (i. Vj: 32.071 Tausend Euro) sowie für Altersteilzeitregelung in Höhe von 1.771 Tausend Euro (i. Vj: 11.347 Tausend Euro). Informationen zum Sanierungsgeld der VBL und zur Altersteilzeitregelung sind gesondert unter dem Punkt (24) Rückstellungen dargestellt.

In den Sozialen Abgaben sind Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 4.939 Tausend Euro (i. Vj: 4.151 Tausend Euro) enthalten.

Im Jahresdurchschnitt waren im Konzern beschäftigt:

ANZAHL DER MITARBEITER*

	2007	2006
Angestellte	1.103	1.110
Gewerbliche	310	297
	1.413	1.407

* ohne Auszubildende und Vorstand

(5) ABSCHREIBUNGEN

Die Position Abschreibungen setzt sich für die Berichtsjahre 2006 und 2007 wie folgt zusammen:

	2007 T €	2006 T €
Immaterielle Vermögenswerte	6.306	6.615
Planmäßige Abschreibungen	6.306	6.615
Sachanlagen	58.537	58.490
Planmäßige Abschreibungen	58.537	58.490
	64.843	65.105

Es ergaben sich im Laufe des Geschäftsjahres keine Anhaltspunkte, die die außerplanmäßige Durchführung des Impairment-Tests hätten notwendig

werden lassen. Der planmäßig durchgeführte Test im vierten Quartal ergab jeweils einen über dem Buchwert liegenden höheren Nutzungswert.

Für einzelne Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen erfasst. Wertaufholungen waren ebenfalls nicht erforderlich.

(6) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

	2007 T €	2006 T €
Mindestleasingzahlungen aus Operate-Leasingverhältnissen	11.302	11.030
IT-Dienstleistungen	11.246	11.837
Rechts- und sonstige Beratung einschl. Prüfungsaufwendungen	10.282	9.069
Werbung, Repräsentation und Verkaufsförderung	10.144	9.190
Konzessionsabgaben	7.491	8.412
Ausbuchungen und Wertberichtigung auf Forderungen	7.100	9.231
Andere Dienst- und Fremdleistungen	6.116	5.529
Versicherungen	2.392	2.523
Post- und Frachtaufwand	1.317	1.265
Abgangsverluste des Anlagevermögens	348	1.242
Übrige	8.265	5.439
	76.003	74.767

In den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind unter anderem Reisekosten, Büromaterial, Beiträge und Gebühren, Heiz- und Treibstoffkosten enthalten.

(7) ERGEBNISSE AUS ANTEILEN AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN, AUS ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENEN LANGFRISTIGEN VERMÖGENSWERTEN UND AUS ANDEREN BETEILIGUNGEN (BETEILIGUNGSERGEBNIS)

Das Beteiligungsergebnis enthält die Ergebnisbeträge der betrieblich veran-

lassten Beteiligungen. Die Geschäftstätigkeit dieser Beteiligungen ist eng mit der Betriebstätigkeit des Konzerns verbunden. Im Beteiligungsergebnis werden sämtliche Erträge und Aufwendungen gezeigt, die im Zusammenhang mit diesen Beteiligungen entstanden sind.

	2007 T €	2006 T €
Beteiligungsergebnis		
davon aus Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert sind	-13	-266
davon aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte	1.098	0
davon aus übrigen Unternehmen	649	754
	1.734	488

Das Beteiligungsergebnis der übrigen Unternehmen enthält Erträge aus der Ausschüttung der unter anderen Anteilen

(vgl. Beteiligungsübersicht im Kapitel 3) dargestellten nicht notierten Eigenkapitalinstrumente.

(8) FINANZIERUNGS-AUFWENDUNGEN

	2007 T €	2006 T €
Zinsen aus Kontokorrentkrediten und Darlehen gegenüber Kreditinstituten	38.793	42.986
Zinsen aus sonstigen finanziellen Schulden	23.736	25.488
Aufzinsung Rückstellungen	6.155	6.067
Zinsen aus Finanzierungsleasingverhältnissen	873	834
	69.557	75.375
davon auf Basis historischer Anschaffungskosten	68.952	73.617

Die Zinsaufwendungen aus sonstigen finanziellen Schulden von 23.736 Tausend

Euro (i. Vj: 25.488 Tausend Euro) resultieren im Wesentlichen aus strukturierten Transaktionen.

(9) SONSTIGES FINANZERGEBNIS

	2007 T €	2006 T €
Zinserträge und zinsähnliche Erträge	8.318	7.498
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen	16.541	13.628
Aufwendungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren	1.472	1.790
	23.387	19.336
davon auf Basis historischer Anschaffungskosten	11.525	11.673

Die Zinserträge umfassen im Wesentlichen Zinsen aus Wertpapieren, aus Bankguthaben und aus Derivaten sowie sonstige Zinserträge. Die Erträge aus

anderen Wertpapieren und Ausleihungen sind maßgeblich von realisierten und unrealisierten Kursgewinnen, die Aufwendungen aus Finanzanlagen und

Wertpapieren von realisierten und unrealisierten Kursverlusten geprägt.

(10) STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2007 T €	2006 T €
Körperschaftsteuer	7.808	9.551
Gewerbesteuer	13.782	28.287
periodenfremde Ertragsteuern	-272	25
laufende Ertragsteuern	21.317	37.863
latente Steuern	29.182	15.740
davon auf temporäre Differenzen	10.900	-10.725
davon auf steuerliche Verlustvorträge	18.282	26.465
Ertragsteuern	50.499	53.603

Die latenten Steuern wurden nach Verabschiedung der Unternehmenssteuerreform 2008 erstmals mit einem Gesamtsteuersatz von 30,18 % (i. Vj: 38,9 %) ermittelt. Dabei wurden neben der Kör-

perschaftsteuer von 15 % (i. Vj: 25 %) der Solidaritätszuschlag von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer und der durchschnittliche Gewerbesteuersatz in Höhe von 14,35 % (i. Vj: 12,52 %) im Konzern berücksichtigt.

Die Überleitung vom theoretischen Ertragsteueraufwand zum effektiven tatsächlichen Steueraufwand ist nachfolgend dargestellt:

	2007 T €	2006 T €
Ergebnis vor Ertragsteuern	128.826	135.324
Konzernsteuersatz	38,9%	38,9%
theoretischer Ertragsteueraufwand	50.113	52.641
Steuereffekte auf		
Unterschiede Steuersätze Steuersatzänderungen	-1.371	-545
steuerfreie Erträge	-217	-392
nicht abziehbare Betriebsausgaben	714	431
Hinzurechnungen/Kürzungen Gewerbesteuer	2.064	704
Sonstiges	-804	764
Effektiver Ertragsteueraufwand	50.499	53.603
effektiver Steuersatz	39,2%	39,6%

Im Jahr 2007 wurde das Eigenkapital in Höhe von 2.049 Tausend Euro (i. Vj: 1.888 Tausend Euro) aufgrund latenter Ertragsteuern reduziert.

(11) ERGEBNIS JE AKTIE

Das Ergebnis je Aktie ergibt sich, indem der Konzernjahresüberschuss durch die durchschnittliche Zahl der Aktien dividiert wird. Die GASAG AG hat ausschließlich Stammaktien ausgegeben.

Eine Verwässerung dieser Kennzahl könnte durch so genannte potenzielle Aktien auftreten (vor allem durch Aktienoptionen und Wandelanleihen). Potenzielle Aktien in Form von Aktienoptionen oder Wandelanleihen bestehen nicht.

	2007	2006
Konzernjahresüberschuss (ohne Minderheitsanteile)	T € 74.215	77.092
Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Tsd. Stück 8.100	8.100
Ergebnis je Aktie (GASAG-Konzern)	€ 9,16	9,52
Dividende je Aktie der GASAG AG	€ 6,02 ¹	6,07 ²

¹ vorgeschlagen

² in 2007 ausgezahlt

(12) IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich in den Berichtsjahren 2006 und 2007 wie folgt entwickelt:

	GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERTE T €	ERWORBENE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE T €	SELBST GESCHAFFENE IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE T €	GESAMT T €
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand 01.01.2006	112.143	131.344	7.585	251.072
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	507	2.361	0	2.868
Abgänge	0	1.557	0	1.557
Umbuchungen	242	1	0	243
Zuschreibungen	0	0	0	0
Stand 31.12.2006	112.892	132.149	7.585	252.626
Abschreibungen				
Stand 01.01.2006	0	86.914	3.923	90.837
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	0	5.674	941	6.615
Abgänge	0	1.547	0	1.547
Umbuchungen	0	0	0	0
Zuschreibungen	0	0	0	0
Stand 31.12.2006	0	91.041	4.864	95.905
Restbuchwerte am 31.12.2006	112.892	41.108	2.721	156.721
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand 01.01.2007	112.892	132.149	7.585	252.626
Änderung Konsolidierungskreis	0	4.612	0	4.612
Zugänge	10.589	768	0	11.357
Abgänge	0	30	0	30
Umbuchungen	0	0	0	0
Zuschreibungen	0	0	0	0
Stand 31.12.2007	123.481	137.499	7.585	268.565
Abschreibungen				
Stand 01.01.2007	0	91.041	4.864	95.905
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	0	5.364	941	6.305
Abgänge	0	25	0	25
Umbuchungen	0	0	0	0
Zuschreibungen	0	0	0	0
Stand 31.12.2007	0	96.380	5.805	102.185
Restbuchwerte am 31.12.2007	123.481	41.119	1.780	166.380



Zur Durchführung des Werthaltigkeitstests des Geschäfts- oder Firmenwertes wurde dieser den Zahlungsmittel generierenden Einheiten zugeordnet. Die Zuordnung ist nachfolgend dargestellt:

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
EMB	112.053	112.053
NGT	10.589	0
Sonstige	839	839
	123.481	112.892

In den Berichtsjahren 2006 und 2007 wurden keine Wertminderungen vorgenommen, da aus heutiger Sicht zu erwartende Änderungen der Schlüsselannahmen, auf der die Nutzungswerte basieren, nicht zu einer Überschreitung des Buchwertes über den erzielbaren Betrag führen werden.

Als Erworbene immaterielle Vermögenswerte wurde hauptsächlich das Gasbezugsrecht gegenüber der E.ON Ruhrgas AG mit einem Buchwert von 29.557 Tausend Euro (i. Vj: 31.875 Tausend Euro) bilanziert. Einen weiteren Bestandteil dieser Position bilden die den Sondervertragskunden gewährten Umstellungsbeihilfen in Höhe von 2.288 Tausend Euro

(i. Vj: 2.990 Tausend Euro) und das im Jahr 2006 in Betrieb genommene SAP ERP 2004-System mit einem Wert von 2.457 Tausend Euro (i. Vj: 3.276 Tausend Euro).

Die Änderungen des Konsolidierungskreises beziehen sich auf den Kauf der NGT Neue Gebäudetechnik GmbH. Neben der Marke in Höhe von 2.648 Tausend Euro ist hier zudem ein Kundenstamm mit einem Wert von 1.931 Tausend Euro enthalten.

Die weiteren Zugänge sind ausschließlich für Umstellungsbeihilfen und Softwareinvestitionen angefallen.

Die SELBST GESCHAFFENEN IMMATERIELLEN VERMÖGENSWERTE umfassen nachträgliche Anschaffungsnebenkosten für SAP-Software, welche aus der Einführung und dem Customizing neuer SAP-Komponenten resultieren.

Außerplanmäßige Abschreibungen oder Wertaufholungen auf erworbene und selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen in Form von Grundpfandrechten oder Sicherungsübereignungen bestehen in einem nur geringen Umfang.

(13) SACHANLAGEN

Die Sachanlagen haben sich in 2006 und 2007 wie folgt entwickelt:

	BEZUG-, ERZEUGUNGS- UND VERTEILUNGSANLAGEN T €	GRUNDSTÜCKE UND GEBÄUDE T €	SONSTIGES SACH- ANLAGEVERMÖGEN T €	GESAMT T €
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand 01.01.2006	2.369.967	72.416	21.210	2.463.593
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	32.416	885	3.239	36.540
Abgänge	25.886	4.382	585	30.853
Umbuchungen	-1	-100	100	-1
Stand 31.12.2006	2.376.496	68.819	23.964	2.469.279
Abschreibungen				
Stand 01.01.2006	806.930	39.008	13.962	859.900
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	54.358	1.621	2.511	58.490
Abgänge	17.334	2.405	546	20.285
Umbuchungen	0	-87	87	0
Stand 31.12.2006	843.954	38.137	16.014	898.105
Restbuchwerte am 31.12.2006	1.532.542	30.682	7.950	1.571.174
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand 01.01.2007	2.376.496	68.819	23.964	2.469.279
Änderung Konsolidierungskreis	5.334	0	194	5.528
Zugänge	31.145	580	1.956	33.681
Abgänge	9.847	731	443	11.021
Umbuchungen	3	30	-33	0
Stand 31.12.2007	2.403.131	68.698	25.638	2.497.467
Abschreibungen				
Stand 01.01.2007	843.954	38.137	16.014	898.105
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Zugänge	54.270	1.577	2.690	58.537
Abgänge	6.296	302	406	7.004
Umbuchungen	0	29	-29	0
Stand 31.12.2007	891.928	39.441	18.269	949.638
Restbuchwerte am 31.12.2007	1.511.203	29.257	7.369	1.547.829



Im Berichtsjahr 2007 wurden wie auch im Vorjahr 2006 keine außerplanmäßigen Wertminderungen oder Wertaufholungen vorgenommen.

Die BEZUGS-, ERZEUGUNGS- UND VERTEILUNGSANLAGEN beinhalten mit den Grunddienstbarkeiten (einschl. der Grunddienstbarkeiten gemäß § 9 GBBerG) eine immaterielle Komponente, die den entsprechenden Verteilungsanlagen zugeordnet ist. Der Buchwert der Grunddienstbarkeiten beträgt 32.506 Tausend Euro (i. Vj: 35.549 Tausend Euro). Die grundlegende Verminderung ist auf die Anpassung des Rückstellungsbetrages für die Grunddienstbarkeiten gemäß § 9 GBBerG aufgrund der Laufzeit- und Zinsatzänderung gemäß IFRIC 1 in Höhe von 3.097 Tausend Euro (i. Vj 6.384 Tausend Euro) zurückzuführen.

Die Verpflichtungen des Konzerns aus Finanzierungsleasingverhältnissen sind durch Eigentumsrechte der Leasinggeber auf die geleaste Vermögenswerte besichert. Die geleaste Vermögenswerte dieser Gruppe haben einen Buchwert von 7.119 Tausend Euro (i. Vj: 8.297 Tausend Euro).

Darüber hinaus bestehen Beschränkungen von Verfügungsrechten im Zusammenhang mit den Vermögenswerten des Erdgasuntertagespeichers und des Gasnetzes der GASAG, die mit einem Wert von 1.120.431 Tausend Euro (i. Vj: 1.151.506 Tausend Euro) bilanziert sind.

Für den in Berlin gelegenen Erdgasspeicher sind Rückbauverpflichtungen mit einem Buchwert von 1.877 Tausend Euro (i. Vj: 2.057 Tausend Euro) enthalten. Die Änderung des Buchwertes ergibt sich überwiegend aus der Anpassung des Rückstellungsbetrages gemäß IFRIC 1.

Der in den Änderungen des Konsolidierungskreises berücksichtigte Kauf der NGT umfasst vor allem Heizzentralen.

Bei den GRUNDSTÜCKEN UND GEBÄUDEN entfallen 13.138 Tausend Euro (i. Vj: 13.324 Tausend Euro) auf Grundstücke, welche im Wesentlichen mit ihren historischen Bilanzwerten berücksichtigt sind. Für kontaminierte Grundstücke ehemaliger Gaserzeugungsstandorte sind Rückstellungen gebildet, die sich im Berichtsjahr 2007 durch Anpassungen gemäß IFRIC 1 in Höhe von 370 Tausend Euro (i. Vj: 817 Tausend Euro) in den Abgängen auswirkten.

Buchwerte in Höhe von 1.419 Tausend Euro (i. Vj: 1.548 Tausend Euro) sind darüber hinaus einem Finanzierungsleasing zuzuordnen.

Im SONSTIGEN SACHANLAGEVERMÖGEN ist hauptsächlich Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten. EDV-Hardware in Höhe von 2.031 Tausend Euro (i. Vj: 2.203 Tausend Euro) resultiert dabei aus einem Finanzierungsleasingverhältnis und ist ebenfalls durch einen Eigentumsvorbehalt des Leasinggebers

besichert. Gleiches gilt für das im Vorjahr abgeschlossene Leasinggeschäft für Erdgasbusse in Höhe von 1.018 Tausend Euro (i. Vj: 1.284 Tausend Euro).

Neben den Finanzierungsleasingverhältnissen bestehen Miet- bzw. Leasingverhältnisse, die nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt als Operate Leasingverhältnisse zu qualifizieren sind.

(14) ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

Der GESCHÄFTS- ODER FIRMENWERT, der auf assoziierte Unternehmen in Höhe von 10.736 Tausend Euro (i. Vj: 10.736 Tausend Euro) entfällt, ist gemäß IAS 28.23 nicht unter den immateriellen Vermögenswerten, sondern als Bestandteil des Buchwertes der Anteile an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die zusammengefassten Finanzinformationen über die assoziierten Unternehmen (100 % Werte) dargestellt:

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
langfristige Vermögenswerte	157.175	162.914
kurzfristige Vermögenswerte	52.150	44.404
Schulden	106.937	115.755
Bilanzsumme	209.325	207.318
Umsatzerlöse	183.837	234.751
Jahresüberschuss	5.430	8.070

Im Jahr 2007 waren bei den assoziierten Unternehmen durchschnittlich 140 Mitarbeiter (i. Vj: 133 Mitarbeiter) beschäftigt.

(15) FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

LANGFRISTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE:

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	0	148.594
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	98.485	87.676
sonstige Ausleihungen	2.214	2.328
Finanzinvestitionen in nicht notierte EK-Instrumente	10.629	10.630
Derivate	11.967	0
	123.295	249.228

Das BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT GEHALTENE WERTPAPIER wird zum Bilanzstichtag 31.12.2007 als kurzfristiger finanzieller Vermögenswert ausgewiesen.

Die zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere umfassen im Wesentlichen variabel verzinsliche, an aktiven Märkten

notierte Papiere mit unterjährigen Zinsanpassungsterminen, die in einem Spezialfonds gehalten werden. Des Weiteren werden finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 25.491 Tausend Euro (i. Vj: 0 Tausend Euro) im Treuhandvermögen gehalten. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um fest verzinsliche, an

aktiven Märkten notierte Papiere. Die detaillierten Informationen sind unter dem Punkt (24) Rückstellungen dargestellt. Die Wertpapiere werden zu am Geldmarkt üblichen Renditen zwischen 3,7 % und 7,8 % (i. Vj: zwischen 3,5 % und 4,2 %) verzinst.

Die SONSTIGEN AUSLEIHUNGEN sind im Wesentlichen durch den Konzern begebene langfristige Darlehen, deren Fälligkeit im Jahr 2019 liegt. Die durchschnittliche Verzinsung beträgt 3,75 % (i. Vj: 3,75 %). Der überwiegende Teil der Darlehenforderungen ist durch eine Grundsschuld in Höhe von 3.300 Tausend Euro (i. Vj: 3.300 Tausend Euro) besichert.

Die FINANZINVESTITIONEN IN NICHT NOTIERTE EIGENKAPITALINSTRUMENTE betreffen Gesellschaften welche in der

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	156.856	0
Wertpapiere und sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	28.945	36.753
Derivate	2.605	6.621
	188.406	43.374
davon als zu Handelszwecken gehalten	31.550	43.374

Zum Bilanzstichtag lag ein BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT GEHALTENES WERTPAPIER (Zero-Bond) mit einer Restlaufzeit von einem Jahr (i. Vj: 2 Jahre) vor. Dieses Wertpapier mit einem Nennwert von 165 Millionen Euro wurde im Zusammenhang mit einer Sale-and-lease-back-Transaktion für das Gasnetz verpfändet.

Die WERTPAPIERE UND SONSTIGEN KURZFRISTIGEN FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE umfassen börsennotierte Aktien (i. Vj: börsennotierte Aktien und ein festverzinsliches Wertpapier). Im Geschäftsjahr 2007 wurden

Beteiligungsübersicht in der Gruppe „andere Anteile“ enthalten sind. Sie haben weder eine feste Fälligkeit, noch eine feste Verzinsung. Informationen zu den Derivaten sind gesondert unter dem Punkt (29) Finanzrisikomanagement dargestellt.

KURZFRISTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE:

Dividenden in Höhe von 797 Tausend Euro (i. Vj: 662 Tausend Euro) erfolgswirksam vereinnahmt.

Informationen zu den Derivaten sind gesondert unter dem Punkt (29) Finanzrisikomanagement dargestellt.

(16) LATENTE STEUERN (AKTIVISCH UND PASSIVISCH)

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen im Wesentlichen Bewertungsunterschiede zu den Steuerbilanzen:

	31.12.2007		31.12.2006	
	AKTIVE LATENTE STEUERN T €	PASSIVE LATENTE STEUERN T €	AKTIVE LATENTE STEUERN T €	PASSIVE LATENTE STEUERN T €
Immaterielle Vermögensgegenstände (1)	527	2.430	754	2.016
Sachanlagen (2)	1.058	43.616	1.257	63.997
finanzielle Vermögenswerte (3)	2.861	4.438	33	736
Umlaufvermögen (4)	15.535	12.644	17.671	8.430
Passivischer Abgrenzungsposten (5)	5.080	907	23.065	2.005
Rückstellungen (6)	28.744	18.955	31.458	9.589
Verbindlichkeiten (7)	702	2.515	2.667	6.760
	54.506	85.505	76.905	93.533
steuerliche Verlustvorträge (8)	15.476	0	33.758	0
Bruttobetrag	69.982	85.505	110.663	93.533
Saldierung	0	0	0	0
Nettobetrag	69.982	85.505	110.663	93.533

Die Abweichungen zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz ergeben sich wie nachfolgend aufgeführt:

- (1) Die Umstellbeihilfen und die Eigenleistungen bei der Einführung und Erweiterung von SAP-Komponenten sowie im Rahmen der Unternehmenserwerbe identifizierten Vermögenswerte werden entsprechend IAS 38 aktiviert. Darüber hinaus ergeben sich die Bewertungsunterschiede aus den zugrunde gelegten Nutzungsdauern, die in der Regel nach IFRS einen längeren Zeitraum umfassen.
- (2) Für die Bilanzierung und Bewertung

entsprechend IAS 16 werden die betriebsgewöhnlichen, in der Regel längeren, Nutzungsdauern zugrunde gelegt. Weiterhin werden nach IFRS geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) aktiviert und ebenfalls über deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern abgeschrieben; in der Steuerbilanz wird der § 6 des EStG (Vollabschreibung im Jahr des Zugangs) angewendet. In der IFRS-Bilanz wurden die Vermögenswerte aus der Bilanzierung der strukturierten Leasing-Transaktionen aktiviert. Nach IFRS werden die dinglichen Grundstücksrechte gemäß § 9 GBBerG

korrespondierend zu der in 1993 gebildeten Rückstellung für die Entschuldigungsverpflichtungen entsprechend IAS 37 mit dem Barwert bilanziert.

- (3) Nach IFRS werden Wertpapiere und Derivate entsprechend IAS 39 mit ihren Marktwerten bilanziert.
- (4) Der im Erdgasspeicher der GASAG AG befindliche Bestand an Arbeitsgas wird unter der Anwendung der Durchschnittsmethode bewertet; in der Steuerbilanz dagegen wird die LIFO-Methode angewendet. Im Gegensatz zur Steuerbilanz, in der die Erstattungsforderung gegen die Speicher GbR in den Vorräten



ausgewiesen wird, werden im IFRS die Verbindlichkeiten aus dem Leasinggeschäft Erdgasspeicher gekürzt.

- (5) Die als passivischer Abgrenzungsposten bilanzierten Investitions- und Baukostenzuschüsse werden nach IFRS in Anlehnung an IAS 20 über die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögenswerte aufgelöst.
- (6) Die Unterschiede bei den Rückstellungen ergeben sich im Wesentlichen aus der abweichenden Bilanzierung bzw. Bewertung der Pensionsrückstellungen, der Rückstellungen für die Altersteilzeitregelungen, VBL-Sanierungsgeld und der Rückstellung für Sammelklage. Die mittelbaren Pensionsverpflichtungen (im Wesentlichen Vereinbarungen über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin) sowie das Planvermögen bei den leistungs-

orientierten Versorgungsplänen werden nach IFRS bilanziert. Bei den Altersteilzeitrückstellungen werden die unregelmäßigen Fälle mit der wahrscheinlichen Inanspruchnahme nach IFRS berücksichtigt, wohingegen in der Steuerbilanz kein Ansatz erfolgt. Des Weiteren werden abweichende versicherungsmathematische Parameter zugrunde gelegt. Die sonstigen langfristigen Rückstellungen (Laufzeit über 12 Monate) werden nach IFRS abweichend von steuerlichen Regelungen abgezinst.

- (7) Aus den strukturierten Leasing-Transaktionen werden nach IFRS die Verbindlichkeiten passiviert.
- (8) Entsprechend IAS 12 werden latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge gebildet.

Im Berichtsjahr sind 3.712 Tausend Euro (i. Vj: 1.662 Tausend Euro) latente Steuern

aus der erfolgsneutralen Bewertung mit dem Eigenkapital verrechnet.

Zum 31.12.2007 waren wie im Vorjahr keine latenten Ertragsteuerschulden für Steuern auf nicht abgeführte Gewinne von Tochterunternehmen bilanziert, da das Mutterunternehmen in der Lage ist den zeitlichen Verlauf der Umkehrung der temporären Differenzen zu steuern und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Aus der Ausschüttung von Dividenden durch die GASAG AG ergeben sich keine ertragsteuerlichen Konsequenzen.

Im Gesamtbetrag der aktiven latenten Steuern sind Steuererminderungsansprüche enthalten, die sich aus der erwarteten Nutzung folgender bestehender Verlustvorträge in Folgejahren ergeben:

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Körperschaftsteuer (einschl. Solidaritätszuschlag)	97.465	127.489
Gewerbesteuer	363	1.167
Summe Verlustvorträge	97.828	128.655

Die latenten Steuern aus Vorträgen noch nicht genutzter steuerlicher Verluste sind vollständig aktiviert. Ihre Realisierung ist mit ausreichender Sicherheit gewährleistet.

(17) VORRÄTE

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (bewertet zu Anschaffungskosten)	427	225
Erdgasvorräte (bewertet zu Anschaffungskosten)	85.454	77.217
unfertige Leistungen (bewertet zu Herstellungskosten)	1.167	1.372
	87.048	78.814

Bei den Erdgasvorräten handelt es sich im Wesentlichen um das im Erdgasuntertagespeicher Berlin befindliche Erdgas mit 85.398 Tausend Euro (i. Vj: 77.178 Tausend Euro).

Die Vorräte unterliegen keiner Verfügungsbeschränkung; andere Belastungen liegen ebenfalls nicht vor.

(18) ERTRAGSTEUERFORDERUNGEN

Unter Steuerforderungen werden die Erstattungsansprüche für Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer sowie Kapitalertragsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag ausgewiesen.

(19) FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE FORDERUNGEN

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Forderungen stellen unverzinsliche Forderungen dar.

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen:	143.988	106.956
aus Gaslieferungen	124.393	86.346
aus Wärme- und Stromlieferungen	7.140	3.728
aus sonstigen Lieferungen und Leistungen	12.455	16.882
Sonstige Forderungen	22.255	16.358
	166.243	123.314

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen aus noch nicht abgerechneten Forderungen aus Gas-, Wärme- und Stromlieferungen sowie Durchleitungsentgelten in Höhe von 465.087 Tausend Euro (i. Vj: 401.091 Tausend Euro) enthalten, die mit den noch nicht abgerechneten Abschlagszahlungen in Höhe von 357.496 Tausend Euro (i. Vj: 342.893 Tausend Euro) saldiert wurden.

Von den sonstigen Forderungen entfallen auf die Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer 5.761 Tausend Euro (i. Vj: 1.455 Tausend Euro) und aus sonstigen Steuern 2.857 Tausend Euro (i. Vj: 5.701 Tausend Euro).



Die Analyse der überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stellt sich wie folgt dar:

	DAVON: ZUM ABSCHLUSSSTICHTAG WEDER WERTGEMINDERT NOCH ÜBERFÄLLIG		DAVON: ZUM ABSCHLUSSSTICHTAG NICHT WERTGEMINDERT UND IN DEN FOLGENDEN ZEITBÄNDERN ÜBERFÄLLIG				GRÖßER ALS 360 TAGE
	BUCHWERT	WERTGEMINDERT NOCH ÜBERFÄLLIG	WENIGER ALS 30 TAGE	ZWISCHEN 30 UND 60 TAGEN	ZWISCHEN 60 UND 120 TAGEN	ZWISCHEN 120 UND 360 TAGEN	
	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2007	143.988	125.631	9.966	1.380	924	3.670	2.417
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2006	106.956	84.363	10.659	3.535	639	3.056	4.704

Die abgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind in der Regel innerhalb von 16 Tagen fällig.

der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

Hinsichtlich des weder geminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestandes

	2007 T €	2006 T €
Wertberichtigungen		
Stand 01.01.	12.291	14.009
Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen)	1.409	645
Verbrauch	644	475
Auflösung	1.059	1.897
Stand 31.12.	11.997	12.282

Der Gesamtbetrag der Zuführungen von 1.409 Tausend Euro (i. Vj 645 Tausend Euro) setzt sich zusammen aus Zuführungen auf Grund von Einzelwertberichtigungen in Höhe von 1.407 Tausend Euro (i. Vj: 486 Tausend Euro) und pauschalisierten Einzelwertberichtigungen in Höhe von 2 Tausend Euro (i. Vj: 159 Tausend

Euro). Im Rahmen der Auflösungen wurden Rückgängigmachungen von Einzelwertberichtigungen in Höhe von 204 Tausend Euro (i. Vj: 224 Tausend Euro) und Rückgängigmachungen von pauschalisierten Einzelwertberichtigungen in Höhe von 855 Tausend Euro (i. Vj: 1.673 Tausend Euro) berücksichtigt.

In der folgenden Tabelle sind die Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Erträge aus dem

Zahlungseingang auf im Vorjahr ausgebuchte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen dargestellt:

	2007 T €	2006 T €
Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen	5.691	8.483
Erträge aus dem Zahlungseingang auf im Vorjahr ausgebuchte Forderungen	631	887

Alle Aufwendungen und Erträge aus Wertberichtigungen und Ausbuchungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Zinserträge auf ausgebuchte bzw. wertgeminderte Forderungen in Höhe von 331 Tausend Euro (i. Vj: 333 Tausend Euro) vereinnahmt.

(20) LIQUIDE MITTEL

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Scheckbestand	817	819
Kassenbestand	42	50
Guthaben bei Kreditinstituten	5.793	4.190
kurzfristige Geldanlagen	21.073	25.218
	27.725	30.277

(21) ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE

Die mit Wirkung zum 01.01.2006 erworbenen ESW-Anteile (51,00%) dienen dazu einen schrittweisen Asset-Tausch gegen Anteile an der SpreeGas GmbH (41,538%) zu ermöglichen. Im ersten Schritt wurden in 2006 20,00% ESW-Anteile gegen 18,0213% SpreeGas-Anteile getauscht. Im Umlaufvermögen werden 41% der ESW-Anteile ausgewiesen, da

erst 10% beim Kartellamt angezeigt wurden. Für die restlichen 10% wird eine Verbindlichkeit (Punkt (26) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten) gegenüber der Saar Ferngas GmbH ausgewiesen. Die Vollendung der Tauschtransaktion wird bis zum 31.12.2008 erwartet. Aufgrund vertraglicher Beschränkungen liegt kein maßgeblicher Einfluss der GASAG AG vor.

(22) EIGENKAPITAL

Die Aufgliederung und die Entwicklung des Eigenkapitals und der Anteile anderer Gesellschafter sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

GEZEICHNETES KAPITAL

Das gezeichnete Kapital ist in 8.100.000 nennwertlose Inhaberstückaktien zum rechnerischen Wert von 51,00 Euro eingeteilt. Alle Aktien sind ausgegeben und voll eingezahlt. Das gezeichnete Kapital hat sich gegenüber dem Stand am 31.12.2006 nicht verändert und beträgt 413.100 Tausend Euro.

KAPITALRÜCKLAGE

Die Kapitalrücklage enthält ausschließlich Agien gemäß § 272 Abs. 2 Nummer 1 HGB. Gemäß § 150 Abs. 2 AktG dürfen aus der gesetzlichen Rücklage mit eingeschränkter Verwendungsmöglichkeit 10 Prozent am Grundkapital der GASAG AG nicht ausgeschüttet werden. Für den restlichen Betrag in Höhe von 1.151 Tausend Euro bestehen nur die in § 150 Abs. 4 AktG beschriebenen Verwendungsmöglichkeiten.

RÜCKLAGE FÜR UNREALISIERTE GEWINNE ODER VERLUSTE

In diesen Rücklagen werden unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Bewertung von „zur Veräußerung verfügbaren“ Wertpapieren und Sicherungsgeschäften zu beizulegenden Zeitwerten erfasst.

ANGESAMMELTE ERGEBNISSE

Die angesammelten Ergebnisse enthalten den Jahresüberschuss des laufenden Geschäftsjahres, die Rücklage aus der erstmaligen Anwendung der IFRS sowie die noch nicht ausgeschütteten Gewinne der Vorjahre. Die Rücklagen aus der erstmaligen Anwendung IFRS betragen 90.843 Tausend Euro.

ANTEILE ANDERER GESELLSCHAFTER

Die Anteile anderer Gesellschafter zeigen den Anteilsbesitz Dritter an den Konzerngesellschaften. Diese betragen zum 31.12.2007 31.729 Tausend Euro (i. Vj: 31.605 Tausend Euro) und betreffen Minderheitenanteilseigner der EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH und der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG.

(23) PASSIVISCHER ABGRENZUNGSPOSTEN

Der passivische Abgrenzungsposten hat sich in den Berichtsjahren 2006 und 2007 wie folgt entwickelt:

	01.01.2006 T €	ZUFÜHRUNGEN T €	AUFLÖSUNGEN T €	UMBUCHUNGEN T €	31.12.2006 T €
Zuwendungen der öffentlichen Hand	3.525	0	188	0	3.337
Investitionszulagen	3.525	0	188	0	3.337
davon kurzfristig (< 1 Jahr)					107
Zuwendungen Dritter	198.647	7.272	6.176	0	199.743
Baukosten-/Investitionszuschüsse (lt. NDAV und Konzessionsverträge)	197.332	7.229	6.074	0	198.487
davon kurzfristig (< 1 Jahr)					6.090
Sonstige Investitionszuschüsse	1.315	43	102	0	1.256
davon kurzfristig (< 1 Jahr)					82
Gesamt	202.172	7.272	6.364	0	203.080
davon kurzfristig (< 1 Jahr)					6.279
davon langfristig (> 1 Jahr)					196.801

	01.01.2007 T €	ZUFÜHRUNGEN T €	AUFLÖSUNGEN T €	UMBUCHUNGEN T €	31.12.2007 T €
Zuwendungen der öffentlichen Hand	3.337	0	107	-135	3.095
Investitionszulagen	3.337	0	107	-135	3.095
davon kurzfristig (< 1 Jahr)					106
Zuwendungen Dritter	199.743	8.068	6.193	135	201.753
Baukosten-/Investitionszuschüsse (lt. NDAV und Konzessionsverträge)	198.487	7.985	6.069	0	200.403
davon kurzfristig (< 1 Jahr)					6.047
Sonstige Investitionszuschüsse	1.256	83	124	135	1.350
davon kurzfristig (< 1 Jahr)					91
Gesamt	203.080	8.068	6.300	0	204.848
davon kurzfristig (< 1 Jahr)					6.244
davon langfristig (> 1 Jahr)					198.604

Im Berichtsjahr und im Vorjahr konnten aufgrund der aktuellen Gesetzeslage keine Investitionszulagen im Rahmen des Investitionszulagengesetzes seitens der

Gesellschaften des GASAG-Konzerns beantragt werden. Die noch vorhandenen Investitionszulagen resultieren aus Vorjahren.

Die Baukosten- und Investitionszuschüsse werden hauptsächlich für Investitionen in die Verteilungsanlagen gezahlt, wobei die bezuschussten Vermögenswerte im Besitz der GASAG-Konzerngesellschaften bleiben.



(24) RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Langfristige Rückstellungen		
Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne	33.023	36.179
Sonstige Rückstellungen	133.964	139.699
	166.987	175.878
Kurzfristige Rückstellungen		
Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne	4.040	3.593
Sonstige Rückstellungen	30.885	41.238
	34.925	44.831

RÜCKSTELLUNGEN FÜR LEISTUNGS-ORIENTIERTE VERSORGUNGSPLÄNE

Im GASAG Konzern werden sowohl leistungs- als auch beitragsorientierte Altersversorgungszusagen gewährt. Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiter.

Bei beitragsorientierten Versorgungsplänen geht das Unternehmen über die Entrichtung von Beitragszahlungen an die Versorgungseinrichtungen hinaus keine weiteren Verpflichtungen ein. Die Aufwendungen werden im Personalaufwand ausgewiesen. Im Berichtsjahr sind insgesamt Leistungen von 2.590 Tausend Euro (i. Vj 2.348 Tausend Euro) erfolgt bzw. für die Berichtsperiode abgegrenzt worden.

Die betriebliche Altersversorgung über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist nach IAS 19 als ein leistungsorientierter gemeinschaftlicher Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber

zu werten, da die Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf die satzungsmäßigen Leistungen haben, und zwar unabhängig von den tatsächlich geleisteten Beiträgen. Grundsätzlich ist daher der Anspruch der Arbeitnehmer gegen die VBL und nicht gegen das Unternehmen gerichtet, es besteht jedoch eine Subsidiärhaftung für das Unternehmen. Eine daraus erwachsende Rückstellungsbildung ist dann angezeigt, wenn das Vermögen der VBL nicht zur Deckung der Verpflichtungen ausreicht. Zur Bewertung und Berechnung ist das auf die dem Unternehmen zuzurechnenden Versorgungsberechtigten zu ermittelnde Kassenvermögen heranzuziehen. Die Angaben darüber waren von der VBL nicht zu erhalten. Da keine ausreichenden Informationen zur Verfügung stehen, um VBL als einen leistungsorientierten Plan zu bilanzieren, werden diese Versorgungsleistungen als ein beitragsorientierter Versorgungsplan behandelt. Für die an die VBL zu zahlenden Sanierungsgelder wird eine Rückstellung bilanziert (s. Punkt Sonstige Rückstellungen für Personal).

Für leistungsorientierte Versorgungspläne werden Rückstellungen entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften auf zukünftig zu zahlende Pensionen und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Es bestehen sowohl unmittelbare (aus Direktzusagen) als auch mittelbare Altersversorgungsverpflichtungen (über externe Versorgungsträger). Diese sind im Wesentlichen rückstellungsfinanziert, so dass die Verpflichtungen aus laufenden Pensionen sowie Anwartschaften für zukünftig zu zahlende Pensionen durch die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen abgedeckt sind. Die zukünftigen Verpflichtungen werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Verfahren bei vorsichtiger Einschätzung der relevanten Einflussgrößen bewertet.

Den versicherungsmathematischen Berechnungen der Versorgungsverpflichtungen und des Periodenaufwands wurden folgende durchschnittliche Parameter zugrunde gelegt:

	2007	2006
Rechnungszinsfuß	5,5 %	4,5 %
durchschnittliche künftige Gehaltssteigerung	2,0 %	3,0 %
durchschnittliche künftige Rentensteigerung	1,0 %	1,0 %
durchschnittlich zu erwartende Fluktuation	0,0 %	0,0 %

Bei dem Planvermögen handelt es sich um die zur Rückdeckung der Versorgungsleistungen eingesetzten Versicherungen.

LEISTUNGSORIENTIERTE VERSORGUNGSPLÄNE

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
leistungsorientierte Versorgungspläne gesamt (saldiert)	37.063	39.772
leistungsorientierte Versorgungspläne ohne Planvermögen	35.488	35.546
leistungsorientierte Versorgungspläne mit Planvermögen	1.575	4.226
beizulegender Zeitwert des Planvermögens	(7.186)	(5.450)

Der Nettowert der bilanzierten Beträge für leistungsorientierte Versorgungsansprüche leitet sich wie folgt her:

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Barwert der Verpflichtungen	40.573	46.783
beizulegender Zeitwert des Planvermögens	7.186	5.450
nicht erfasste versicherungsmathematische Verluste (-)/Gewinne (+)	3.676	-1.561
Nettoschuld	37.063	39.772

Die Entwicklung des Barwertes der leistungsorientierten Verpflichtung stellt sich wie folgt dar:

	2007 T €	2006 T €
Leistungsorientierte Verpflichtung zum 01.01.	46.783	51.087
Dienstzeitaufwand	876	1.103
Zinsaufwand	2.085	2.030
Erfolgte Zahlungen	-3.808	-3.991
Änderung des Konsolidierungskreises	537	0
versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-)	-5.900	-3.446
Leistungsorientierte Verpflichtung zum 31.12.	40.573	46.783



Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens von externen Versorgungseinrichtungen entwickelte sich folgendermaßen:

	2007 T €	2006 T €
Planvermögen zum 1.1.	5.450	1.910
Erwartete Erträge aus Planvermögen	218	95
Erfolgte Zahlungen	328	3
Beiträge von Arbeitgebern	2.253	3.730
versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-407	-282
Planvermögen zum 31.12. (beizulegender Zeitwert)	7.186	5.450

Die erwartete Rendite auf das Planvermögen beträgt 4 % (i. Vj: 4 %). Die tatsächlichen Erträge betragen in 2007 -189 Tausend Euro (i. Vj: -187 Tausend Euro). Das Planvermögen (ausschließlich deutsche Kapitallebensversicherungen) besteht aus

zu 35 % (i. Vj: 43 %) Kassenvermögen von konzernexternen Unterstützungskassen und zu 65 % aus Rückdeckungsversicherungen (i. Vj: 57 %). In 2008 sollen erwartungsgemäß 1.195 Tausend Euro in das Planvermögen eingezahlt werden.

Der Pensionsaufwand für leistungsorientierte Versorgungszusagen setzt sich wie folgt zusammen:

	2007 T €	2006 T €
Dienstzeitaufwand	876	1.103
Zinsaufwand	2.085	2.030
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	218	95
Anpassungsbetrag auf Grund des erfassten nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwandes	0	0
Anpassungsbetrag auf Grund erfasster versicherungsmathematischer Verluste/Gewinne	0	0
Summe	2.743	3.038
davon im Personalaufwand ausgewiesen:	876	1.103
in Finanzierungsaufwendungen ausgewiesen:	1.867	1.935

Beträge der laufenden und der vorangegangenen drei Berichtsperioden stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €	31.12.2005 T €	31.12.2004 T €
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen	40.573	46.783	51.087	48.088
beizulegender Zeitwert des Planvermögens	7.186	5.450	1.910	823
Überschuss/Fehlbetrag des Plans	-33.387	-41.333	-49.177	-47.265
erfahrungsbedingte Anpassungen der Schulden des Plans	-1.612	1.377	-1.528	-1.219
erfahrungsbedingte Anpassungen der Vermögenswerte des Plans	-678	-262	318	0

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

GESAMTSPIEGEL LAUFZEITEN

	31.12.2007 GESAMT	DAVON RESTLAUFZEIT		31.12.2006 GESAMT	DAVON RESTLAUFZEIT	
	T €	≤ 1 JAHR T €	> 1 JAHR T €	T €	≤ 1 JAHR T €	> 1 JAHR T €
Sonstige Rückstellungen für Personal	59.728	3.956	55.772	70.930	8.254	62.676
Rückstellungen für Bodensanierung	17.808	5.678	12.130	17.624	1.798	15.826
Rückstellungen für Großreparaturen und Rückbau	7.589	1.431	6.158	7.339	1.014	6.325
Rückstellungen für Entschädigung von Grunddienstbarkeiten nach § 9 GBBerG	73.191	15.247	57.944	73.876	21.330	52.546
Sonstige Rückstellungen	6.533	4.573	1.960	11.168	8.842	2.326
	164.849	30.885	133.964	180.937	41.238	139.699

RÜCKSTELLUNGSSPIEGEL

	01.01.2007 T €	ENTNAHME T €	AUFLÖSUNG T €	ZUFÜHRUNG T €	AUFZINSUNG ZINSSATZ- ÄNDERUNG T €	ÄNDERUNG DES KONSOLI- DIERUNGS- KREISES T €	UM- GLIEDERUNG SALDIERUNG T €	31.12.2007 T €
Sonstige Rückstellungen für Personal	70.930	11.565	267	7.653	-75	0	-6.948	59.728
Rückstellungen für Bodensanierung	17.624	19	96	0	299	0	0	17.808
Rückstellungen für Großreparaturen und Rückbau	7.339	0	0	141	109	0	0	7.589
Rückstellungen für Entschädigung von Grunddienstbarkeiten nach § 9 GBBerG	73.876	825	0	0	140	0	0	73.191
Übrige Rückstellungen	11.168	8.685	591	4.376	93	72	100	6.533
	180.937	21.094	954	12.170	566	72	-6.848	164.849

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN FÜR PERSONAL

Rückstellungen für Personal in Höhe von 59.728 Tausend Euro (i. Vj: 70.930 Tausend Euro) betreffen im Wesentlichen die Verpflichtungen gegenüber der VBL zur Zahlung eines Sanierungsgeldes. Dieses dient zur Deckung eines zusätzlichen Mittelbedarfs, der über die Einnahmen bei dem allgemeinen Umlagesatz hinausgeht und zur Finanzierung der vor dem 01.01.2002 begründeten Ansprüche auf zusätzliche

Alters- und Hinterbliebenenversorgung dient. Bei der Ermittlung des Sanierungsgeldes ist das Verhältnis der Aufwendungen eines Beteiligten für die Zusatzversorgung zu den ihm zuzurechnenden Rentenlasten von maßgeblicher Bedeutung. Nach einer vorsichtigen Einschätzung des Verlaufs des Anmeldeverfahrens der GASAG wird voraussichtlich eine günstige Entscheidung über eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5 a VBLS erwartet.

Dies wurde bei der Rückstellungsbewertung berücksichtigt. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert bilanziert. Der Rückstellungsbewertung wurde ein Zinssatz von 5,5 % (i. Vj: 4,5 %) und eine Laufzeit von 24 Jahren (i. Vj: 25 Jahre) zugrunde gelegt. Der Aufwand kann aufgrund unzureichender oder ungenauer Informationen unter- bzw. überschätzt werden, was zu Anpassungen der Personalarückstellungen in signifikanter Höhe führen kann.



Des Weiteren bestehen die Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen, die auf Basis von versicherungsmathematischen

Gutachten bewertet werden. Die hierfür herangezogenen Bewertungsparameter sind nachfolgend abgebildet:

	2007	2006
Rechnungszinsfuß	4,9 %	4,75 %
durchschnittliche künftige Gehaltssteigerung	2,0 %	3,0 %
durchschnittliche künftige Rentensteigerung	1,0 %	1,0 %
durchschnittlich zu erwartende Fluktuation	0,0 %	0,0 %

Die Aufwendungen aus den Altersteilzeitverpflichtungen sind im operativen Ergebnis und die Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen in den Finanzierungsaufwendungen enthalten. Die Rückstellungen für die Altersteilzeitregelungen weisen im Wesentlichen Laufzeiten von bis zu 5 Jahren aus.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes der GASAG Treuhand e.V. gegründet. Die auf den Treuhänder in Höhe von 33.522 Tausend Euro übertragenen finanziellen Mittel sind von ihm unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung zu verwalten und dürfen darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwendet werden.

Das Treuhandvermögen, das auf die Erfüllungsrückstände der Altersteilzeitverpflichtungen entfällt, stellt das Planvermögen gemäß IAS 19.128 dar.

Die Verpflichtungen werden saldiert mit dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens in Höhe von 7.948 Tausend Euro ausgewiesen.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR BODENSANIERUNG

Den Rückstellungen für die Sanierung der kontaminierten Grundstücke in Höhe von 17.808 Tausend Euro (i. Vj: 17.624 Tausend Euro) liegen überwiegend gesetzliche umweltschutzgesetzliche Verpflichtungen zugrunde. Die Höhe des Verpflichtungsumfangs ist vom Umfang der Kontaminationen abhängig. Die zu erwartenden Kosten werden auf Basis externer Fachgutachten bzw. interner Schätzungen ermittelt. Der Aufwand kann aber aufgrund unzureichender oder ungenauer Informationen unter- bzw. überschätzt werden, was zu Anpassungen der Rückstellungen für Bodensanierung in signifikanter Höhe führen kann. Bislang sind keine signifikanten Abweichungen zwischen den Schätzungen des Verpflichtungsumfangs und tatsächlichem Aufwand aufgetreten.

Die Laufzeiten der Verpflichtungen betragen nach dem aktuellen Stand der Erkenntnisse bis zu 6 Jahren (i. Vj: 7 Jahre).

Die Zinssatz- und Laufzeitänderungen der Verpflichtungen führten zu einer erfolgsneutralen barwertigen Anpassung der Rückstellungen um -370 Tausend Euro (i. Vj: -817 Tausend Euro) gemäß IFRIC 1. Darüber hinaus wurden die Rückstellungen für Bodensanierung in Höhe von 96 Tausend Euro erfolgsneutral (IFRIC 1) aufgelöst.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR

GROSSREPARATUREN UND RÜCKBAU Die Rückstellungen für Großreparaturen bzw. Rückbau von Anlagen von 7.589 Tausend Euro (i. Vj: 7.339 Tausend Euro) sind im Wesentlichen aufgrund öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen gebildet worden. Die denkmalschutzrechtlichen Verpflichtungen weisen entsprechend den aktuellen Erkenntnissen eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren (i. Vj: 5 Jahre) auf.

Des Weiteren besteht eine Verpflichtung zum Rückbau des Erdgasuntertage-speichers in Berlin. In 2006 wurden die Rückbaukosten im Rahmen eines externen Gutachtens bewertet. Der Höhe der Verpflichtung liegen die zu erwartenden Vollkosten unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten zu Grunde. Die Laufzeit der Verpflichtung wird an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des Erdgasspeichers bemessen.

Die Zinssatz- und Laufzeitänderungen der Verpflichtungen führten zu einer barwertigen Anpassung der Rückstellungen für Großreparaturen und Rückbau um -235 Tausend Euro (i. Vj: -1.424 Tausend Euro); davon -124 Tausend Euro (i. Vj: -421 Tausend Euro) erfolgsneutral gemäß IFRIC 1.

Hinsichtlich des Verpflichtungsumfangs und der Laufzeit der Rückstellungen für Großreparaturen bzw. Rückbau von Anlagen bestehen Unsicherheiten, die eine signifikante Rückstellungsanpassung notwendig werden lassen können.

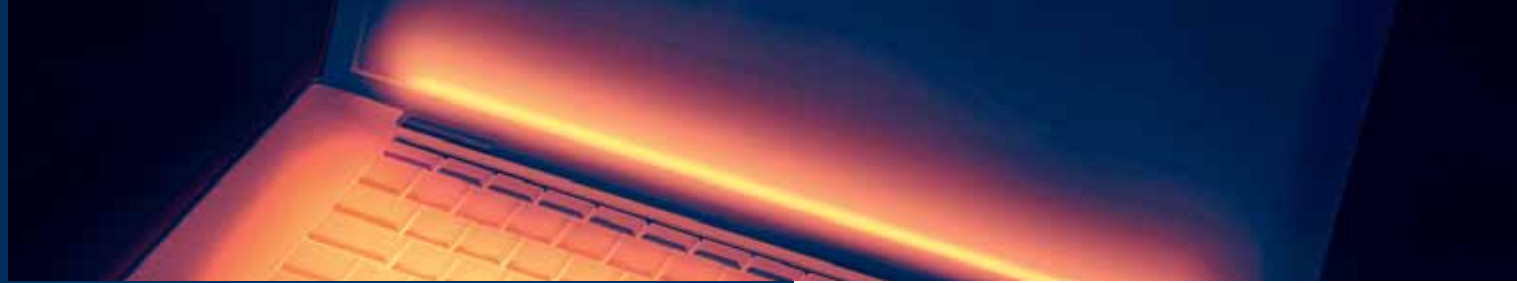
RÜCKSTELLUNGEN FÜR ENTSCHÄDIGUNG VON GRUNDDIENSTBARKEITEN NACH § 9 GBBERG

Die Verpflichtungen zu Entschädigungszahlungen an die Eigentümer für die Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten an Grundstücken von 73.191 Tausend Euro (i. Vj: 73.876 Tausend Euro) bestehen seitens der GASAG AG und der EMB auf Grundlage des § 9 GBBerG. Die Entschädigungen sind nach dem aktuellen Erkenntnisstand überwie-

gend innerhalb der nächsten 5 Jahre (i. Vj: 5 Jahre) zu zahlen. Aufgrund der geänderten Prognose der Laufzeit und der Zinssatzänderung wurde die Rückstellung in 2007 um 3.097 Tausend Euro (i. Vj: 6.384 Tausend Euro) gemäß IFRIC 1 reduziert. Innerhalb der nächsten Geschäftsjahre sind weitere wesentliche barwertige Anpassungen möglich, die sich im Laufe des Projektes für die Durchführung des Verfahrens zur Eintragung und Entschädigung der dinglichen Grundstücksrechte ergeben können.

ÜBRIGE RÜCKSTELLUNGEN

Die übrigen Rückstellungen berücksichtigen sonstige am Bilanzstichtag bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen sowie Verpflichtungen aus belastenden Verträgen.



(25) FINANZIELLE SCHULDEN

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen	741.769	706.848
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	87.950	94.754
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	549.920	209.303
davon mit einer Restlaufzeit von 1 bis 2 Jahre	52.401	62.762
davon mit einer Restlaufzeit von 2 bis 3 Jahre	44.583	54.356
davon mit einer Restlaufzeit von 3 bis 4 Jahre	47.602	44.583
davon mit einer Restlaufzeit von 4 bis 5 Jahre	405.334	47.602
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	103.899	402.791
davon mit einer Restlaufzeit von 5 bis 6 Jahre	2.538	397.834
davon mit einer Restlaufzeit von 6 bis 7 Jahre	1.538	2.538
davon mit einer Restlaufzeit größer 7 Jahre	99.823	2.419
sonstige finanzielle Schulden	404.961	420.733
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	189.824	22.238
davon mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	211.363	393.825
davon mit einer Restlaufzeit von 1 bis 2 Jahre	29.979	184.399
davon mit einer Restlaufzeit von 2 bis 3 Jahre	176.890	29.506
davon mit einer Restlaufzeit von 3 bis 4 Jahre	3.323	176.677
davon mit einer Restlaufzeit von 4 bis 5 Jahre	1.171	3.243
davon mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	3.774	4.670
davon mit einer Restlaufzeit von 5 bis 6 Jahre	1.495	1.133
davon mit einer Restlaufzeit von 6 bis 7 Jahre	352	1.471
davon mit einer Restlaufzeit größer 7 Jahre	1.927	2.066
Derivate	72	1.454
	1.146.802	1.129.035
davon kurzfristig	277.847	118.446
davon langfristig	868.955	1.010.589

Die finanziellen Schulden umfassen überwiegend Schulden aus Kapitalmarkttransaktionen (unverbrieft Kreditkontrakte) und Schulden aus strukturierten Transaktionen, die im Zusammenhang mit Sachanlagen stehen, welche für das Kerngeschäft des GASAG Konzerns erforderlich sind. Die Schulden gegenüber Kreditinstituten beziehen sich im

Wesentlichen auf Darlehen aus strukturierten Transaktionen, die zum aktuellen Zeitpunkt rechtlich nicht der GASAG AG zuzuordnen sind. Ein Übergang auf die GASAG AG ist in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Die sonstigen finanziellen Schulden enthalten auch Verpflichtungen aus Finanzierungsleasingverträgen.

28,2 % der Schulden gegenüber Kreditinstituten sind variabel verzinslich (i. Vj: 16,9 %). Die sonstigen finanziellen Schulden sind zu 0,3 % variabel verzinslich (i. Vj angepasst: 0,3 %). Die variabel verzinslichen Darlehen sind teilweise mit Derivaten gesichert.

In der folgenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Mittelflüsse der originären finanziellen

Verbindlichkeiten und derivativen Finanzinstrumente dargestellt:

in T €	BUCHWERT 31.12.2007	SUMME	2008	CASHFLOWS 2009–2012	2012 FF.
finanzielle Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen	-741.769	-934.901	-124.624	-670.668	-139.609
sonstige finanzielle Schulden	-404.961	-450.190	-210.108	-235.948	-4.134
derivative finanzielle Schulden	-72	-12	-12	0	0
derivative finanzielle Vermögenswerte	14.572	18.239	2.642	8.268	7.329

Es wurden sämtliche Instrumente, die zum 31.12.2007 im Bestand waren und deren Zahlungen vertraglich vereinbart waren, berücksichtigt. Die variablen

Zinszahlungen aus Finanzinstrumenten wurden auf Basis der zuletzt vor dem 31.12.2007 fixierten Zinssätze ermittelt. Zum Vergleich die Zahlen vom Vorjahr:

in T €	BUCHWERT 31.12.2006	SUMME	2007	CASHFLOWS 2008–2011	2011 FF.
finanzielle Schulden gegenüber Kreditinstituten	-706.848	-861.361	-131.453	-309.007	-420.901
sonstige finanzielle Schulden	-420.733	-488.557	-40.725	-442.643	-5.189
derivative finanzielle Schulden	-1.454	-1.227	-1.150	-77	0
derivative finanzielle Vermögenswerte	6.622	8.205	2.650	3.032	2.523

VERPFLICHTUNGEN AUS STRUKTURIERTEN TRANSAKTIONEN IN DER RECHTLICHEN FORM EINES LEASINGVERHÄLTNISSSES Die GASAG hat im Jahr 1996 den Erdgasspeicher mit allen technischen Anlagen, dem Kissengasbestand und den sonstigen Vermögensgegenständen, die zu seinem Betrieb gehören, in die Berliner

Erdgasspeicher Besitz- und Verwaltungsgesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), Berlin, eingebracht und mit der GbR als Verpächterin einen Pachtvertrag zur betrieblichen Nutzung des Erdgasspeichers mit allen technischen Anlagen, dem Kissengasbestand und den sonstigen Vermögensgegenständen, die zu seinem Betrieb gehören, abgeschlossen.

Nach Ablauf der Grundpachtzeit von 14 Jahren besteht ein Andienungsrecht der Verpächterin. Übt die GbR das Andienungsrecht nicht aus, so verlängert sich der Pachtvertrag um weitere sieben Jahre. Nach Ablauf dieser weiteren Pachtzeit hat die GASAG ein Ankaufsrecht.



Im Jahr 2000 hat die GASAG das Berliner Gasrohrnetz im Wege einer strukturierten Transaktion durch den Abschluss eines Leasingvertrags verkauft und für die weitere Nutzung zurück gemietet. Seitdem wurde bis zum 31.12.2007 der überwiegende Teil der Investitionen in das Berliner Gasnetz in Form von Nach-

trägen zu dem ursprünglichen Sale-and-Lease-back-Vertrag abgewickelt. Die Gesamtlauzeit des Vertrages beträgt 12 Jahre. Nach 8 Jahren hat die GASAG ein Ankaufsrecht. Darüber hinaus wurde dem rechtlichen Eigentümer des Netzes ein Andienungsrecht zum Ende der Vertragslaufzeit eingeräumt.

	MINDESTLEASING-RATE 2007 T €	MINDESTLEASING-RATE 2006 T €	BARWERTE 31.12.2007 T €	BARWERTE 31.12.2006 T €
mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	3.086	3.180	3.015	3.083
mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	10.268	10.781	9.043	9.515
mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	4.135	5.189	3.014	3.904
	17.489	19.150	15.072	16.502

Die Konzerngesellschaft GWS hat im Jahr 2001 in einen Sale-and-Lease-back-Vertrag den überwiegenden Teil ihrer Wärmeanlagen verkauft und für die weitere Nutzung zurück gemietet. Seitdem wurde bis zum 31.12.2007 der überwiegende Teil der entsprechenden Investitionen in Form von Nachträgen zu dem ursprünglichen Sale-and-Lease-back-Vertrag abgewickelt. Die Mindestlaufzeiten der einzelnen Transaktionen betragen in der Regel 10 Jahre. Der Zinssatz wird bei Vertragsabschluss fest vereinbart. Nach Ablauf der Grundmietzeit hat die GWS ein Ankaufsrecht. Es wurden keine Vereinbarungen über Eventualmietzahlungen getroffen. Die Verpflichtungen der GWS sind durch das rechtliche Eigentum des Leasinggebers auf die geleaste Vermögenswerte besichert. Verlängerungsoptionen bestehen nicht.

Die Konzerngesellschaft EMB erwarb 1995 ein Grundstück und veräußerte dieses vor Eigentumsumschreibung. In diesem Zusammenhang schloss die EMB einen Vertrag über die Errichtung von Anlagen und Gebäuden ab. Dazu gewährte sie ein Darlehen und erhielt ein Vorkauf- sowie ein Ankaufsrecht. Die EMB vereinbarte als Mieterin die langfristige entgeltliche Nutzung der Immobilie. Die Gesamtlauzeit des Vertragswerkes umfasst 24 Jahre. Die Verpflichtungen der EMB sind durch einen Eigentumsvorbehalt des Leasinggebers auf die geleaste Vermögenswerte besichert. Verlängerungsoptionen bestehen nicht.

Die GASAG hat im Jahr 2003 einen Vertrag auf unbestimmte Zeit über die Finanzierung der Beschaffung und die laufende Wartung und Unterhaltung

VERPFLICHTUNGEN AUS FINANZIERUNGSLEASINGVERHÄLTNISSSEN
Die sonstigen finanziellen Schulden beinhalten auch Schulden aus Finanzierungsleasingverträgen. Die Mindestleasingzahlungen und Barwerte aus derartigen Verträgen stellen sich wie folgt dar:

Informationen zu den Derivaten sind gesondert unter dem Punkt (29) Finanzrisikomanagement dargestellt.

(26) VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

	31.12.2007 GESAMT T €	DAVON RESTLAUFZEIT > 1 JAHR		31.12.2006 GESAMT T €	DAVON RESTLAUFZEIT > 1 JAHR	
		≤ 1 JAHR T €	> 1 JAHR T €		≤ 1 JAHR T €	> 1 JAHR T €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	98.376	98.376	0	99.730	99.730	0
Verbindlichkeiten aus dem Bezug von Erdgas	64.622	64.622	0	56.996	56.996	0
Übrige Verbindlichkeiten	33.754	33.754	0	42.734	42.734	0
Sonstige Verbindlichkeiten	38.304	38.055	249	43.911	43.581	330
	136.680	136.431	249	143.641	143.311	330

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen die Verpflichtungen aus den Konzessionsverträgen in Höhe von 1.349 Tausend Euro (i. Vj: 1.511 Tausend Euro), Abgrenzungen aus den in 2007 fälligen Leistungen gegenüber dem Personal in Höhe von 6.741 Tausend Euro (i. Vj: 7.720 Tausend Euro), erhaltene Anzahlungen in Höhe von 1.757 Tausend Euro (i. Vj: 9.583 Tausend Euro), Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 2.633 Tausend Euro (i. Vj: 7.685 Tausend Euro) und Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von 333 Tausend Euro (i. Vj: 307 Tausend Euro).

(27) ERTRAGSTEUER-VERBINDLICHKEITEN

Die Ertragsteuerverbindlichkeiten enthalten Verpflichtungen aus Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer.

8 SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN

(28) BERICHTERSTATTUNG ZU FINANZINSTRUMENTEN BUCHWERTE UND BEIZULEGENDE ZEITWERTE NACH BEWERTUNGS- KATEGORIEN

Zu den Finanzinstrumenten zählen origi-
näre und derivative Finanzinstrumente.

Die originären Finanzinstrumente umfas-
sen auf der Aktivseite im Wesentlichen
die Forderungen, Wertpapiere und liqui-
den Mittel. Auf der Passivseite umfassen
die originären Finanzinstrumente im
Wesentlichen die Darlehen gegenüber
Kreditinstituten und Schuldscheindar-
lehen, die Schulden aus strukturierten
Transaktionen und Finanzierungsleasing-
verhältnissen sowie Verbindlichkeiten aus
Lieferungen und Leistungen. Die lang-
fristigen Wertpapiere der Klasse zur Ver-
äußerung verfügbare Wertpapiere sowie
die Wertpapiere und sonstigen kurzfris-
tigen finanziellen Vermögenswerte sind
zum beizulegenden Zeitwert bewertet,
die Wertpapiere der Klasse bis zur End-
fälligkeit gehaltene Finanzinstrumente,
die sonstigen Ausleihungen und die
finanziellen Schulden werden dagegen zu
Anschaffungskosten bzw. fortgeführten
Anschaffungskosten angesetzt.

Derivative Finanzinstrumente mit posi-
tiven Marktwerten werden auf der
Aktivseite unter der Position finanzielle
Vermögenswerte als Derivate, während
Derivate mit negativen Marktwerten
auf der Passivseite der Bilanz unter der
Position finanzielle Schulden als Schulden
aus Derivaten ausgewiesen werden. Die
Bilanzierung aller Derivate erfolgt zum
Handelstag.

Die nachfolgende Tabelle zeigt Buch-
werte, beizulegende Zeitwerte und
die Bewertungskategorie sämtlicher
im Konzernabschluss erfasster Finanz-
instrumente, einschließlich der zur
Veräußerung gehaltenen langfristigen
Finanzinstrumente.

	BEWERTUNGSKATEGORIE GEM. IAS 39	BEWERTET ZU*	BUCHWERT 31.12.2007 T €	FAIR VALUE 31.12.2007 T €	BUCHWERT 31.12.2006 T €	FAIR VALUE 31.12.2006 T €
Aktiva						
Finanzielle Vermögenswerte			311.701	313.454	292.603	297.745
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen	htm	AK	156.856	158.764	148.594	153.799
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	afs	FVn	98.485	98.485	87.676	87.676
Sonstige Ausleihungen	lar	AK	2.214	2.059	2.328	2.265
Finanzinvestitionen in nicht notierte EK-Instrumente	afs	FVn	10.629	10.629	10.630	10.630
Wertpapiere und sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	hft	FVw	28.945	28.945	36.753	36.753
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	hft	FVw	0	0	900	900
Derivate mit Sicherungsbeziehung	-	FVn	14.572	14.572	5.722	5.722
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte	lar	AK	155.348	155.348	113.224	113.224
Liquide Mittel	lar	AK	27.725	27.725	30.277	30.277
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	afs	FVn	40.769	40.769	40.769	40.769
Passiva						
Finanzielle Schulden			1.146.802	1.193.787	1.129.035	1.175.002
Finanzielle Schulden gegen Kreditinstitute und Schuldscheindarlehen	ofl	AK	741.769	777.880	706.848	733.523
Sonstige finanzielle Schulden	ofl	AK	404.961	415.835	420.733	440.025
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	flhft	FVw	60	60	832	832
Derivate mit Sicherungsbeziehung	-	FVn	12	12	622	622
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	ofl	AK	123.252	123.252	117.136	117.136
	-	-	13.179	13.179	25.294	25.294
Davon aggregiert nach den Bewertungskategorien des IAS 39						
bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen [htm]			156.856	158.764	148.594	153.799
zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere [afs]			149.883	149.883	139.075	139.075
Kredite und Forderungen [lar]			185.287	185.132	145.829	145.766
zu Handelszwecken gehalten [hft]			28.945	28.945	37.653	37.653
zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten [flhft]			60	60	832	832
finanzielle Verbindlichkeiten [ofl]			1.269.982	1.316.967	1.244.717	1.290.684

* bewertet zu:
AK fortgeführten Anschaffungskosten
FVn Fair Value erfolgsneutral
FVw Fair Value erfolgswirksam

Forderungen aus Lieferungen und
Leistungen und sonstige Vermögens-
werte, liquide Mittel sowie Verbindlich-

keiten aus Lieferungen und Leistungen
und sonstige Verbindlichkeiten haben
vorwiegend kurze Restlaufzeiten. Damit

entsprechen die Buchwerte dieser Instru-
mente zum Bilanzstichtag näherungs-
weise dem beizulegenden Zeitwert.



Die beizulegenden Zeitwerte der bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen, der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere sowie der Wertpapiere und sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte basieren auf den jeweiligen aktuellen Markt- bzw. Börsenpreisen.

Sollte das Finanzinstrument an keinem aktiven Markt notiert sein und somit kein Markt- oder Börsenpreis zur Verfügung stehen, wird der Fair Value anhand eines anerkannten Bewertungsverfahrens ermittelt.

NETTOERGEBNISSE NACH BEWERTUNGSKATEGORIEN

	2007 T €	2006 T €
bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen [htm]	8.262	7.827
zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere [afs]	4.149	2.476
Kredite und Forderungen [lar]	3.045	3.750
zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente [hft und flhft]	7.075	3.429
finanzielle Verbindlichkeiten [ofl]	-62.361	-67.427

Die Nettogewinne bzw. Nettoverluste beinhalten Zinserträge, Zinsaufwendungen, Dividendenerträge sowie realisierte und unrealisierte Kursgewinne und Kursverluste.

Im Eigenkapital wurden im Berichtsjahr erfolgsneutrale Fair Value Änderungen aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten als Abgang in Höhe von 1.499 Tausend Euro (i. Vj: Abgang von 30 Tausend Euro) erfasst.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der finanziellen Schulden gegen Kreditinstitute und Schuldscheindarlehen sowie der sonstigen finanziellen Schulden erfolgt durch Diskontierung über die Restlaufzeit der Instrumente unter Anwendung marktüblicher Zinssätze.

Die derivativen Finanzinstrumente sind zu Marktwerten bewertet. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der Mark-to-Market-Methode. Sie beschreibt die börsentägliche Bewertung von zukünftigen Zahlungs-

strömen der Finanzinstrumente durch Diskontierung. Die Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Instrumente. Mit dieser Methode wird der beizulegende Wert eines abgeschlossenen Finanzinstrumentes ermittelt. Wesentliche Parameter der Mark-to-Market Bewertung bilden die Geschäftsdaten des Finanzinstrumentes und die Zinsstruktur in der Geschäftswährung.

(29) FINANZRISIKOMANAGEMENT ZIELSETZUNGEN UND METHODEN DES FINANZRISIKO- UND KAPITALSTRUKTURMANAGEMENTS

Die GASAG ist im Rahmen ihrer unternehmerischen Geschäftstätigkeit einer Reihe von Risiken aus Finanzaktivitäten ausgesetzt. Die GASAG begrenzt diese Risiken durch einen systematischen Risikomanagementprozess, welcher integraler Bestandteil des Geschäftsprozesses Treasury ist und in der Rahmenrichtlinie Treasury geregelt wird. Wesentliche Bestandteile sind ein konzernweit einheitlicher Handels-, Abwicklungs- und Überwachungsprozess

sowie eine konzernweit einheitliche Risiko-berichterstattung für Finanzinstrumente. Der Risikomanagementprozess für Finanzinstrumente zielt darauf ab, den Vorstand in die Lage zu versetzen, frühzeitig Risiken zu erkennen, in der Gesamtheit zu analysieren und daraus resultierende risikopolitische Maßnahmen für die Gestaltung der Geschäftspolitik zu definieren.

Derivative Finanzinstrumente werden zur Minimierung von finanziellen Risiken aus Grundgeschäften bzw. geplanten Grundgeschäften eingesetzt.

In der GASAG AG und ihren verbundenen Unternehmen kommt eine einheitliche Methodik der Risikomessung für Finanzgeschäfte zum Zwecke der Vergleichbarkeit verschiedener Risikopositionen zum Einsatz.

Ziel des Kapitalstrukturmanagements für den GASAG-Konzern und die Unternehmen des GASAG-Konzernverbundes ist die Aufrechterhaltung der Kapitalmarktfähigkeit des Konzerns und damit die Sicherstellung jederzeitiger finanzieller Handlungsfähigkeit des Konzerns und der einzelnen Unternehmen des GASAG-Konzernverbundes.

Das strategische Kapitalstrukturmanagement hat die Optimierung der Finanzkennzahlen zum Ziel. Das taktische Kapitalstrukturmanagement dient der Einhaltung dieser Finanzkennzahlen. Im GASAG-Konzern werden Finanzkennzahlen zu Kapitalstruktur, Finanzkraft und Rentabilität basierend auf dem Jahresabschluss, langfristigen Unternehmensplanungen und Prognosen ermittelt. Die Analyse und der Vergleich mit Zielgrößen werden regelmäßig durchgeführt.

AUSFALLRISIKEN

Die Steuerung von Ausfallrisiken originärer Finanzinstrumente erfolgt über ein konzernweit einheitliches spezifisches Limitsystem. Die Bonität unserer Kontrahenten wird laufend überwacht, u. a. anhand der Bewertung international anerkannter Ratingagenturen, z. B. Standard & Poors und Moodys. Da wir mit unseren Finanz-

geschäftspartnern neben den nach deutschem Rahmenvertrag standardisierten Usancen keine Aufrechnungsvereinbarungen treffen, stellt die Gesamtheit der bei den Aktiva ausgewiesenen Beträge gleichzeitig das maximale theoretische Ausfallrisiko dar.

Das Ausfallrisiko derivativer Finanzinstrumente ergibt sich aus der Summe der positiven Marktwerte derjenigen Instrumente, aus denen Ansprüche gegen Kontrahenten bestehen, soweit diese nicht von Aufrechnungsmöglichkeiten auf Basis des deutschen Rahmenvertrages betroffen sind. Es betrifft mögliche Vermögensverluste, die aus der Nichterfüllung von Vertragsverpflichtungen seitens der Kontrahenten eintreten könnten. Zur Risikominimierung werden gemäß internen Richtlinien die Geschäfte auf mehrere Kontrahenten mit einwandfreier Bonität verteilt.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Steuerung der jederzeitigen Liquiditätssicherung des Konzerns und der jeweiligen Einzelunternehmen des GASAG-Konzernverbunds. Die Durchführung der Identifizierung, Messung und Steuerung der Liquiditätspositionen obliegt der GASAG AG in Zusammenarbeit mit den Tochterunternehmen mit dem Ziel, die jeweilige finanzielle Flexibilität zu gewährleisten. Dazu werden rollierende Zwölf-Monats-Liquiditätsplanungen eingesetzt.

WÄHRUNGSRISIKEN

Unsere Finanztransaktionen erfolgen nahezu ausschließlich im eigenen Währungsraum der Konzerngesellschaften, so dass praktisch kein Währungsrisiko besteht. Zum Bilanzstichtag ist ausschließlich ein Devisentermingeschäft zur Absicherung einer zukünftigen Transaktion in USD im Bestand. Auf Basis historischer Wertschwankungen wird mit einem Konfidenzintervall von 95 % und einer Haltedauer von 10 Tagen der Value at Risk für dieses Geschäft berechnet. Das maximale Verlustrisiko beträgt 9 Tausend Euro (i. Vj: 0 Tausend Euro).

ZINSÄNDERUNGSRISIKEN

Ein Zinsänderungsrisiko besteht bei Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen, sonstigen finanziellen Schulden, zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren, Zinsswaps und kurzfristigen Geldanlagen.

Haben diese kurze Restlaufzeiten, ist das Zinsänderungsrisiko eher gering, es wächst jedoch mit steigender Restlaufzeit. Änderungen relevanter Marktzinssätze können bei verzinslichen Finanzinstrumenten eine Veränderung des Fair Values oder Schwankungen der mit dem Finanzinstrument verbundenen zukünftigen Cashflows bewirken. Diese Auswirkungen sind abhängig von der Art der Verzinsung. Bei festverzinslichen Finanzinstrumenten wird bei einer Änderung des relevanten Zinssatzes der Fair Value des Finanzinstrumentes unmittelbar tangiert, nicht jedoch der zukünftige Cashflow.



Bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten werden die zukünftigen Cashflows tangiert.

Der Konzern reduziert sein Cashflow-Zinsänderungsrisiko durch den Einsatz von Zinsderivaten.

Marktzinssatzänderungen originärer Finanzinstrumente mit fester Verzinsung wirken sich nur dann auf das Ergebnis aus, wenn diese zum Fair Value bewertet werden. Somit unterliegen alle zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente mit fester Verzinsung keinem Zinsänderungsrisiko im Sinne des IFRS 7.

Das Zinsänderungsrisiko nach IFRS 7 wird nach der Value-at-Risk-Methode gemessen. Auf der Basis historischer Wertschwankungen (Beobachtungsperiode der letzten 250 Handelstage) wird mit einem Konfidenzintervall von 95 % und einer Haltedauer von 10 Tagen das maximale Verlustrisiko, das sich aus der Änderung von Marktpreisen ergeben könnte, berechnet. Für die variabel verzinslichen finanziellen Schulden ergibt sich ein Value at Risk in Höhe von 12 Tausend Euro (i. Vj: 9 Tausend Euro). Dabei finden variabel verzinsliche Schulden in einer Sicherungsbeziehung keine Berücksichtigung, da deren zinsbedingtes Cashflow-Risiko durch den Einsatz von Zinsswaps eliminiert wird. Die als Sicherungsinstrument eingesetzten Zinsderivate sind Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte. Deren Value at Risk

beträgt 2.203 Tausend Euro (i. Vj: 3.059 Tausend Euro).

MARKTPREISÄNDERUNGSRisIKEN IM BEREICH ROHSTOFFE
Der GASAG-Konzern ist bei seiner operativen Geschäftstätigkeit Marktpreisänderungsrisiken im Rohstoff-Bereich ausgesetzt. Zur Minimierung der Preisrisiken aus Gasabsatz- und Beschaffungsgeschäften sowie der Absicherung innovativer Preisangebote werden Commodity-Derivate in Form von Swaps eingesetzt. Die Risiken dieser Commodity Swaps werden nach der Value-at-Risk-Methode mit einem Konfidenzintervall von 95 % und einer Haltedauer von 30 Tagen gemessen. Auf Basis historischer Wertschwankungen beträgt der Value at Risk somit 676 Tausend Euro (i. Vj: 4.060 Tausend Euro).

SPEZIALFONDS
Der Spezialfonds verfolgt eine konservative Anlagepolitik mit einem dynamischen Wertsicherungskonzept. Die taktischen Anlageentscheidungen bewegen sich im Rahmen der, vom durch die GASAG AG dominierten Anlageausschuss, vorgegebenen Bedingungen und entsprechen der konservativen Anlagepolitik der GASAG AG.

Der Spezialfonds beinhaltet im Wesentlichen variabel verzinsliche, an aktiven Märkten notierte Papiere mit unterjährigen Zinsanpassungsterminen sowie börsennotierte Aktien. Die den Finanzinstrumenten des Spezialfonds unterliegenden Marktrisiken werden nach der

Value-at-Risk-Methode gemessen. Die Berechnung basiert auf der Standardabweichung der historischen Fondsreturns, einem Normierungsfaktor, im Konfidenzintervall von 95 % und einer Haltedauer von zehn Tagen. Unter Berücksichtigung der genannten Parameter beträgt das maximale rechnerische Verlustrisiko aus dem Spezialfonds 937 Tausend Euro (i. Vj: 812 Tausend Euro).

FINANZINSTRUMENTE AUS DEM TREUHANDVERMÖGEN
Die Finanzinstrumente aus dem Treuhandvermögen zur Insolvenzsicherung beinhalten im Wesentlichen fest verzinsliche Rentenpapiere, Aktien und liquide Mittel. Die den Finanzinstrumenten des Treuhandvermögens unterliegenden Marktrisiken werden nach der Value-at-Risk-Methode mit einem Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von 10 Tagen gemessen. Die Risikokennzahlen werden auf Basis der letzten 300 täglichen Fondspreisänderungen berechnet. In der Berechnung werden die Fondspreise bis zur Auflegung durch eine Benchmark ergänzt. Unter Berücksichtigung der genannten Parameter beträgt das maximale rechnerische Verlustrisiko 187 Tausend Euro (i. Vj: 0 Tausend Euro).

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Folgende Derivatgeschäfte lagen zum Bilanzstichtag vor:

	POSITIVER	NEGATIVER	NOMINAL-	NOMINALVOLUMEN NACH FÄLLIGKEIT		
	MARKTWERT	MARKTWERT	VOLUMEN	BIS 1 JAHR	1 BIS 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE
	T €	T €	T €	T €	T €	T €
Zinsswaps in Hedge-Beziehung	14.239	0	335.857	25.044	206.813	104.000
Commodity Swaps	333	0	3.911	3.830	81	0
Devisentermingeschäft in Hedge-Beziehung	0	-12	439	439	0	0
Futures	0	-60	3.992	3.992	0	0
	14.572	-72	344.199	33.305	206.894	104.000

Zum Vergleich die Zahlen vom Vorjahr:

	POSITIVER	NEGATIVER	NOMINAL-	NOMINALVOLUMEN NACH FÄLLIGKEIT		
	MARKTWERT	MARKTWERT	VOLUMEN	BIS 1 JAHR	1 BIS 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE
	T €	T €	T €	T €	T €	T €
Zinsswaps in Hedge-Beziehung	5.722	0	321.427	32.093	66.999	222.335
Commodity Swaps in Hedge-Beziehung	0	-622	31.927	31.927	0	0
Commodity Swaps	0	-730	3.971	3.146	825	0
Swaption	900	0	50.000	50.000	0	0
Futures	0	-102	11.224	11.224	0	0
	6.622	-1.454	418.549	128.390	67.824	222.335

Die in der Tabelle zum 31.12.2007 dargestellten Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Absicherung der Cashflows bereits bestehender variabel verzinslicher Grundgeschäfte sowie zur Absicherung von in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Transaktionen eingesetzt.

Für die Absicherung von Preisrisiken aus Gasabsatzgeschäften werden Commodity Swaps eingesetzt.

Das Devisentermingeschäft dient der Absicherung einer zukünftigen Transaktion in USD.

Der Einsatz der Futures erfolgt gemäß den Zielsetzungen und Methoden des Finanzrisikomanagements zur Absicherung finanzieller Risiken (weitere Erläuterungen siehe Erläuterungen zum Spezialfonds).

Die Sicherungsbeziehungen erfüllen die Anforderungen für Hedge Accounting gemäß IAS 39 und werden dementsprechend bilanziert. Die der Absicherung

zugrunde liegenden erwarteten künftigen Transaktionen haben eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit. Zusätzlich wurden die Sicherungsgeschäfte als hoch wirksam eingestuft.

Das Nominalvolumen der derivativen Finanzinstrumente wird durch die Summe aller zugrunde liegenden Kauf- und Verkaufswerte unsaldiert dargestellt.

Die beizulegenden Zeitwerte mit einer Laufzeit größer 5 Jahre beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2012 und 2022.



Wertänderungen aus Derivaten, die zur Absicherung von Cashflows abgeschlossen wurden, werden direkt im Eigenkapital ausgewiesen. Im Berichtsjahr wurde deshalb das Eigenkapital um 9.131 Tausend Euro (i. Vj: Erhöhung um 4.831 Tausend Euro) erhöht. Ein Betrag in Höhe von 508 Tausend Euro wurde im Geschäftsjahr 2007 (i. Vj: 0 Tausend Euro) aus der Rücklage für unrealisierte Gewinne oder Verluste entfernt und ertragswirksam erfasst.

Im Rahmen eines mehrstufigen Beteiligungserwerbs wurden mehrere Rechte

und Pflichten vertraglich vereinbart, die aufgrund der Bestimmungen des IAS 39.10 als eingebettete Derivate zu behandeln sind. Hierbei handelt es sich um einen Swap (Tauschoption) und zwei Call-Optionen, welche als ein einziges zusammengesetztes Derivat bewertet werden. Der Ausweis erfolgt unter der Position „finanzielle Vermögenswerte“ mit einem Wert von Null. Für keines der beschriebenen Derivate wurde eine Prämie entrichtet oder empfangen. Der beizulegende Zeitwert ist nicht verlässlich ermittelbar gemäß IAS 39.46 in Verbindung mit IAS 39 AG80 und AG81 und in Verbindung mit IAS 39.13.

Die Vereinbarungen berechtigen die GASAG AG zum Erwerb weiterer Anteile an der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistungen mbH, Cottbus, und verpflichten die GASAG AG die von ihr gehaltenen Anteile an der EnergieSüdwest AG, Landau, zu veräußern. Für die Laufzeit der Optionen wurden die Transaktionsvolumina bereits vereinbart. Die Vereinbarungen sind in ihrer Laufzeit teilweise unbegrenzt. Die Derivate substituieren sich gegenseitig bei Ausübung.

(von 41) unwirksam sind. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit der mangelnden Transparenz der Preisanpassungsmechanismen der GASAG AG, es hat jedoch nicht über Angemessenheit der Gaspreiserhöhung entschieden. Dieses Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, die GASAG AG hat dagegen Berufung eingelegt. Die GASAG AG geht davon aus, dass es mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zu einer Abweisung der Klage kommen wird.

Des Weiteren resultiert aus der im Juli 2007 verabschiedeten Unternehmenssteuerreform 2008 insbesondere hinsichtlich Gewerbe- und Abgeltungssteuer eine mögliche Zahlungsverpflichtung in Höhe

von bis zu 7.380 Tausend Euro gegenüber der Speicher GbR.

Die Mieteintrittsverpflichtungen resultieren aus der Verpflichtungserklärung in die gewährten vereinbarten Leasingraten im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Vattenfall Europe Information Systems GmbH einzutreten.

Es bestehen Bezugsverpflichtungen aus Erdgaslieferungsverträgen mit Take-or-pay Klauseln zwischen dem Konzern und diversen Gasvorlieferanten. Die Preise für langfristig gebundenes Erdgas werden grundsätzlich an Preise von Wettbewerbsenergien angelehnt, die die Wettbewerbssituation im Markt widerspie-

geln. Die Regelungen der langfristigen Verträge werden in gewissen Abständen (in der Regel sind dies mindestens alle 3 Jahre) im Rahmen von Verhandlungen der Vertragspartner überprüft und können sich insofern ändern. Für die Berechnung der finanziellen Verpflichtungen, die aus diesen Verträgen resultieren, werden die gleichen Prämissen wie zu internen Planungszwecken angewendet.

Die zukünftigen Leasingzahlungen aufgrund von unkündbaren Operating Leasing Verhältnissen betreffen im Wesentlichen die Verwaltungsgebäude sowie IT-Ausstattung, Telekommunikationsanlagen und Fahrzeuge und teilen sich wie folgt auf:

(30) EVENTUALSCHULDEN, SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN UND EVENTUALFORDERUNGEN

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Rechtsstreitigkeiten und sonstige Risiken	26.519	6.304
Erstattungsanspruch Speicher GbR	7.380	0
Begebung aus Bürgschaften	5.124	2.942
Mieteintrittsverpflichtungen	1.000	1.500
Eventualschulden	40.023	10.746
Bezugsverpflichtungen Erdgas	3.338.359	2.697.293
Miet- und Leasingverpflichtungen	29.012	28.452
Bestellobligo	24.685	20.432
Netzpacht	10.089	12.611
Verpflichtungen aus Betriebsführungsverträgen	2.445	2.725
Verpflichtungen aus Anteilswerb	432	782
Sonstiges	2.553	1.217
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	3.407.575	2.763.512

Die Rechtsstreitigkeiten und sonstigen Risiken beinhalten auch Risiken im

Rahmen des Sammelklageverfahrens, in welchem das Landgericht Berlin am

19.06.2006 entschieden hat, dass die Gaspreiserhöhungen für 38 Kläger

	NOMINALWERT 31.12.2007 T €	NOMINALWERT 31.12.2006 T €
< 1 Jahr	11.997	15.864
1–5 Jahren	16.352	11.710
> 5 Jahre	663	878
	29.012	28.452

Der geringe Anteil der Verpflichtungen mit den Fälligkeiten von über 5 Jahren ist auf die Laufzeit der bestehenden Mietverträge zurückzuführen. Es bestehen keine wesentlichen Untermietverhältnisse.

Die zukünftigen Pachtzahlungen für das Netz im Tarifgebiet der HSW Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder, teilen sich wie folgt auf:

	NOMINALWERT 31.12.2007 T €	NOMINALWERT 31.12.2006 T €
< 1 Jahr	2.522	1.987
1–5 Jahren	7.567	7.656
> 5 Jahre	0	2.968
	10.089	12.611

Die Bestellobligos betreffen zu 60 % (i. Vj: 52 %) die Sachanlagen sowie zu 40 % (i. Vj: 48 %) langfristige Dienstleistungsverträge und weisen eine Laufzeit bis zu 10 Jahren aus.

NBB bedient sich für die Wartung und Reparatur in nicht zentral gelegenen Teilen des Landes Brandenburg der Unterstützung anderer Dienstleistungsunternehmen. Die Verpflichtungen aus

den hierfür geschlossenen Betriebsführungs-/Dienstleistungsverträgen sowie die daraus resultierenden Laufzeiten sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

	NOMINALWERT 31.12.2007 T €	NOMINALWERT 31.12.2006 T €
< 1 Jahr	279	279
1–5 Jahren	1.118	1.118
> 5 Jahre	1.048	1.328
	2.445	2.725

Bezüglich möglicher finanzieller Verpflichtungen aus Deckungslücken bei der VBL verweisen wir auf unsere Ausführungen zu den Rückstellungen.

(31) ANGABEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

1 ERWERB VON TOCHTERUNTERNEHMEN UND ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN
Der Konzern hat während des Geschäftsjahres 2007 das Tochterunternehmen NGT erworben. Im Zusammenhang mit dem Unternehmenserwerb wurden Zahlungsmittel in Höhe von 8 Tausend Euro erworben.

2 IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE
Während der Berichtsperiode hat der Konzern bei immateriellen Vermögenswerten Zugänge in Höhe von 15.969 Tausend Euro (i. Vj: 2.868 Tausend Euro) zu verzeichnen, davon 94 Tausend Euro (i. Vj: 752 Tausend Euro) durch Finanzierungsleasing. Auszahlungen für immaterielle Vermögenswerte belaufen sich auf 15.875 Tausend Euro (i. Vj: 2.116 Tausend Euro).

3 SACHANLAGEN
Der Konzern hat während der Berichtsperiode Sachanlagen für 39.210 Tausend Euro (i. Vj: 36.540 Tausend Euro) erworben, davon 1.132 Tausend Euro (i. Vj:

2.837 Tausend Euro) durch Finanzierungsleasing. Auszahlungen zum Kauf von Sachanlagen wurden in Höhe von 38.078 Tausend Euro (i. Vj: 33.704 Tausend Euro) getätigt.

4 FINANZANLAGEN
Die in der Kapitalflussrechnung genannten Finanzanlagen betreffen Anteile an assoziierten Unternehmen sowie die langfristigen finanziellen Vermögenswerte.

5 FINANZMITTELFONDS
Zum Zwecke der Kapitalflussrechnung setzt sich der Finanzmittelfonds wie folgt zusammen:

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Liquide Mittel	27.725	30.277
Kurzfristige Investitionen in Geld- und Kapitalmarktinstrumente	0	10.024
Finanzmittelfonds am Ende der Berichtsperiode	27.725	40.301

6 GEZAHLTE/ERHALTENE ZINSEN UND DIVIDENDEN
Im Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit sind erhaltene Zinsen in Höhe von 16.475 Tausend Euro (i. Vj: 15.325 Tausend Euro), gezahlte Zinsen in Höhe von 68.913 Tausend Euro (i. Vj: 72.711 Tausend Euro) sowie erhaltene Dividenden in Höhe von 2.544 Tausend Euro (i. Vj: 1.416 Tausend Euro) enthalten. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beinhaltet gezahlte Dividenden in Höhe von 53.167 Tausend Euro (i. Vj: 57.315 Tausend Euro).

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit sind erhaltene Dividenden in Höhe von 1.896 Tausend Euro (i. Vj: 1.046 Tausend Euro) enthalten.

(32) BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Vom Grundkapital der GASAG AG hielten zum 31.12.2007 die Vattenfall Europe AG, Berlin (VE genannt), und die Gaz de

France International S.A.S., Paris, Frankreich, jeweils einen Anteil von 31,575 % sowie die Thüga Aktiengesellschaft, München (Thüga genannt), einen Anteil von 36,85 %. Die Muttergesellschaft der VE ist die Vattenfall AB, Stockholm, Schweden, der Thüga – die E.ON AG, Düsseldorf, der Gaz de France International S.A.S., Paris, Frankreich (GdF genannt) – die Gaz de France S.A., Paris.

Die Vattenfall-Gruppe sowie die GdF-Gruppe üben einen signifikanten Einfluss auf die GASAG-Gruppe aus, da beide Gesellschaften über den bestehenden Konsortialvertrag die GASAG beherrschen. Nach den der GASAG vorliegenden Informationen endet das Konsortialverhältnis mit Ablauf des 31.12.2007. Über den Anteilsbesitz der E.ON Gruppe an der GASAG-Gruppe von 36,85 % besteht ein maßgeblicher Einfluss.

Des Weiteren ist die E.ON Energie AG mit 49,9 % an der Berliner Erdgasspeicher Besitz- und Verwaltungsgesellschaft

bürgerlichen Rechts (kurz Speicher-GbR) beteiligt. Die GASAG AG ist die geschäftsführende Gesellschafterin und hält an der Speicher-GbR 0,22 % der Anteile. Zwischen der GASAG AG und der Speicher-GbR besteht ein Pachtvertrag, der die Verpachtung des Erdgasuntertage-speichers an die GASAG AG regelt. Die bilanzielle Abbildung der Vermögenswerte aus dem Pachtvertrag erfolgt unter den Sachanlagen.

Zu den nahe stehenden Unternehmen des GASAG-Konzerns, mit denen der Konzern im Geschäftsjahr 2007 Geschäfte getätigt hat, gehören neben den Anteilseignern der GASAG die verbundenen Unternehmen sowie die assoziierten Unternehmen der Vattenfall AB, Stockholm, Schweden, der Gaz de France S.A., Paris, Frankreich, sowie der E.ON AG, Düsseldorf.

Mit nahe stehenden Unternehmen wurden Geschäfte getätigt, die zu folgenden Abschlussposten führten:

	ERLÖSE 2007 T €	ERLÖSE 2006 T €	AUFWENDUNGEN 2007 T €	AUFWENDUNGEN 2006 T €	FORDERUNGEN 31.12.2007 T €	FORDERUNGEN 31.12.2006 T €	VERBINDLICHKEITEN 31.12.2007 T €	VERBINDLICHKEITEN 31.12.2006 T €
Unternehmen mit gemeinsamer Führung bzw. maßgeblichem Einfluss	74.113	90.037	301.764	306.103	22.829	6.363	123.485	144.240
E.ON-Gruppe	11.335	22.582	248.403	256.209	8.439	3.781	121.979	137.772
Vattenfall-Gruppe	62.654	67.397	12.824	13.371	14.390	2.514	804	1.002
Gaz de France-Gruppe	124	58	40.537	36.523	0	68	702	5.466
Assoziierte Unternehmen								
GASAG-Gruppe	37.654	8.335	4.769	205	1.408	2.041	-628	190

Die Geschäftsvorfälle mit den Unternehmen der E.ON-Gruppe betreffen im Wesentlichen die empfangenen Erdgaslieferungen sowie die Finanzierung des Erdgasspeichers. Die Aufwendungen stellen überwiegend Materialaufwendungen aus den Gaslieferungs- und Gasbezugsverträgen sowie die Zinsaufwendungen aus der Finanzierung des Erdgasspeichers dar.

Die Geschäftsvorfälle mit den Unternehmen der Gaz de France-Gruppe betreffen im Wesentlichen die empfangenen Erdgaslieferungen. Die Aufwendungen stellen überwiegend Materialaufwendungen aus den Gaslieferungs- und Gasbezugsverträgen dar. Des Weiteren bezieht die GASAG-Gruppe Leistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des Erdgasspeichers.

Die Beziehungen zwischen den Unternehmen der GASAG-Gruppe und der Vattenfall-Gruppe bestehen im Wesentlichen im Bereich der Gaslieferungen, der gaswirtschaftlichen Leistungen sowie der Bereitstellung von Informationsverarbeitungs- und Telekommunikationsdienstleistungen. Die Erlöse stellen überwiegend die auf der Grundlage von Erdgaslieferungsverträgen und Erdgas-Liefergemeinschaften erzielten Erträge dar. Die Aufwendungen betreffen im Wesentlichen die Dienstleistungen auf dem Gebiet der Hard- und Software.

Forderungen und Verbindlichkeiten stellen die offenen Salden in Bezug auf die genannten Geschäftsbeziehungen

zwischen der GASAG Gruppe und nahe stehenden Unternehmen dar. Von den Forderungen entfallen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 15.149 Tausend Euro (i. Vj: 2.159 Tausend Euro) gegen Unternehmen mit gemeinsamer Führung bzw. maßgeblichem Einfluss und 1.240 Tausend Euro (i. Vj: 2.347 Tausend Euro) gegenüber assoziierten Unternehmen. Von den Verbindlichkeiten entfallen auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 7.870 Tausend Euro (i. Vj: 19.332 Tausend Euro) gegenüber den Unternehmen mit gemeinsamer Führung bzw. maßgeblichem Einfluss und 203 Tausend Euro (i. Vj: 93 Tausend Euro) gegenüber assoziierten Unternehmen.

Mit Wirkung vom 01.01.2006 hat die GASAG 51 % der Anteile der ESW von der Vattenfall Europe Berlin AG & Co. KG, Berlin, erworben und tauscht diese Anteile schrittweise, bis zum 31.12.2008, gegen Anteile an der SpreeGas. Die noch abzutauschenden ESW-Anteile werden als zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte ausgewiesen.

Aus der im Juli 2007 verabschiedeten Unternehmenssteuerreform 2008 resultiert eine mögliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von bis zu 7.380 Tausend Euro gegenüber der Speicher GbR.

Für den Fall der Zahlungsunfähigkeit der Vattenfall Europe Information Systems GmbH bestehen die Mieteintrittsverpflichtungen in Höhe von 1.000 Tausend Euro (i. Vj: 1.500 Tausend Euro).

Die assoziierten Unternehmen sind in dereteiligungsübersicht (Punkt (3) Konsolidierungskreis) dargestellt. Die Erlöse mit assoziierten Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus den Gaslieferungen. Die Aufwendungen betreffen überwiegend Dienstleistungen im Rahmen von Markt- und Absatzentwicklungen im Zusammenhang mit dem Produkt Erdgas. Die Forderungen und die Verbindlichkeiten resultieren aus Lieferungen und Leistungen.

Allen Geschäftsbeziehungen mit den Anteilseignern und den assoziierten Unternehmen lagen marktübliche Konditionen zu Grunde.

DEM AUFSICHTSRAT GEHÖREN FOLGENDE PERSONEN AN:

Dr. Karl Kauermann
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Vorstandsvorsitzender der K.M.T. Immobilien AG, Berlin

Andreas Otte
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Angestellter (Betriebsratsvorsitzender) der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Bernard Alran
Geschäftsführer der Gaz de France Deutschland GmbH, Berlin

Eckhard Beye
(bis 31.12.2007)
Abteilungsleiter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Michael Bölter
Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Uwe Borck
(seit 04.01.2007)
Landesbezirksfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung, ver.di, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Thorsten Ciebilski
Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Pierre Clavel
Leiter des Konzernbereiches Internationales der Gaz de France S.A., Paris, Frankreich

Hans-Jürgen Cramer
Mitglied des Vorstands der Vattenfall Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Olaf Ditt
Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Mats Fagerlund
(seit 18.09.2007)
Mitglied des Vorstands der Vattenfall Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Philippe Jeunet
Berater des Vorstandsvorsitzenden der Gaz de France S.A., Paris, Frankreich

Thomas Kokegei
(seit 10.01.2008)
Abteilungsleiter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Axel Krafsccheck
(bis 31.12.2007)
Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Lutz Marowsky
Angestellter der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Dr. Hans-Jürgen Meyer
Mitglied des Vorstands der Vattenfall Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Monika Nagel
Angestellte der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG, Berlin

Prof. Dr. Klaus Rauscher
(bis 27.08.2007)
ehem. Vorsitzender des Vorstands der Vattenfall Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Dr. Bernhard Reutersberg
(seit 18.01.2007)
Mitglied des Vorstands der E.ON Ruhrgas Aktiengesellschaft, Essen

Dr. Herbert Rübén
Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München

DEM VORSTAND GEHÖRTEN IM GESCHÄFTSJAHR 2007 FOLGENDE PERSONEN AN:

Georges Hoffmann
(bis 31.12.2007)
(Vorstandssprecher)
Bereich Personal, Recht, Einkauf, Stab Konzernkommunikation, Stab Konzernrevision/Datenschutz

Olaf Czernomoriez
Bereich Kaufmännisches und Stab IT-Strategie

Andreas Prohl
Bereich Vertrieb und Technik

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der GASAG wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Das gegenwärtige Vergütungssystem sieht eine in gleichen Monatsraten zahlbare fixe Jahresgrundvergütung sowie eine jährliche, variable Tantieme vor, die

der Aufsichtsrat jeweils nach Ablauf des Geschäftsjahres festsetzt. Mit der Tantieme umfasst die Vorstandsvergütung damit auch eine variable, jährlich wiederkehrende Komponente, die an den geschäftlichen und persönlichen Erfolg gebunden

ist. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter wie etwa Aktienoptionsprogramme bestehen nicht.

Die gegenwärtigen Mitglieder des Vorstandes erhalten folgende Leistungen:

	FIXE VERGÜTUNG T €	VARIABLE VERGÜTUNG T €	GESAMT T €
2007	605	360	965
2006	605	360	965

Sowohl fixe als auch variable Vergütung stellen kurzfristig fällige Leistungen dar.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt noch solche zurückgezahlt. Haftungsverhältnisse zugunsten der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder bestehen nicht.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den gegenwärtigen Mitgliedern des Vorstandes waren am Bilanzstichtag 2.393 Tausend Euro (i. Vj: 2.038 Tausend Euro) zurückgestellt. Der Rückstellung wurden im Berichtsjahr 363 Tausend Euro (i. Vj: 415 Tausend Euro) zugeführt. Die Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 4.670 Tausend Euro (i. Vj: 3.072 Tausend Euro) wurden mit der Verpflichtung saldiert ausgewiesen.

Frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen erhielten im Berichts-

zeitraum 2007 404 Tausend Euro (i. Vj: 375 Tausend Euro). Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen waren am Bilanzstichtag 5.104 Tausend Euro (i. Vj: 5.242 Tausend Euro) zurückgestellt. Die Rückstellung wurde im Berichtsjahr um 266 Tausend Euro (i. Vj: 255 Tausend Euro) erhöht (Aufzinsung).

Die Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat betrug im Geschäftsjahr 2007 95 Tausend Euro (i. Vj: 97 Tausend Euro).

Der Konzern hat mit nahe stehenden Personen keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

(33) ANGABEN ZU KONZESSIONEN

Die Konzessionsverträge im Gasbereich bestehen zwischen der GASAG AG und dem Land Berlin und zwischen der EMB sowie HSW und den Gemeinden und

Kommunen im Land Brandenburg. Die SpreeGas hat Konzessionsverträge mit Gemeinden und Kommunen in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Konzessionsverträgen wird nach dem geltenden Energiewirtschaftsgesetz das Recht der Energieversorgungsunternehmen zur Nutzung der öffentlichen Verkehrswege zur Verlegung und zum Betrieb von Leitungen zur allgemeinen Versorgung geregelt. Es besteht die Pflicht, die Konzessionsabgaben an das Land Berlin bzw. an die Gemeinden im Versorgungsgebiet der EMB, HSW und SpreeGas zu zahlen. Die Höhe der Konzessionsabgabe richtet sich nach den jährlichen abgerechneten Gaslieferungen (Verbrauchsmengen). Der Konzessionsvertrag zwischen der GASAG und dem Land Berlin hat eine Laufzeit bis 2013. Die Konzessionsverträge der EMB sowie der HSW mit diversen Gemeinden im Land Brandenburg laufen in den Jahren 2011 bis 2025 aus. Die Laufzeiten der Konzessions-

verträge der SpreeGas gelten von 2011 bis 2023. Sollte nach dem Auslaufen einer Vereinbarung kein neuer Konzessionsvertrag geschlossen werden, besteht für das Gasversorgungsunternehmen nach dem geltenden Energiewirtschaftsgesetz eine gesetzliche Pflicht zur Überlassung der für die allgemeine Versorgung erforderlichen Verteilungsanlagen an den neuen Konzessionsinhaber gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung.

(34) SONSTIGE ANGABEN

EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses ergaben sich keine Ereignisse, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, über die hier zu berichten wäre und die Aussagen im Konzernabschluss verändern würden.

ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN

Dieser Bericht enthält einzelne in die Zukunft gerichtete Aussagen, die den weiteren Geschäftsverlauf betreffen, u. a. Prognosen zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sowie zur Geschäftsentwicklung des Konzerns der GASAG. Diese Aussagen beruhen auf vom Vorstand der GASAG AG sorgfältig getroffenen Annahmen. Jedoch können wir wegen verbleibender Risiken und Unsicherheiten keine Gewähr dafür übernehmen, dass sie sich insgesamt bzw. im Einzelnen als richtig erweisen werden.

Berlin, den 31.01.2008

GASAG
Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Czernomoriez Prohl

	2007 T €	2006 T €
Periodenergebnis vor Ertragsteuern	128.826	135.324
- Gezahlte Ertragsteuern	-31.541	-31.556
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte	63.940	65.098
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-2.354	21.600
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-5.947	-37.520
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	345	-1.639
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte	-7.966	-10.117
-/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen	-47.397	28.185
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten	-3.849	54.452
= Cash Flow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	94.057	223.827
+ Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten	6	0
- Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte	-674	-2.116
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	3.672	12.218
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-32.550	-33.704
+ Einzahlungen aus Abgängen/Veränderungen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	42.041	29.638
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-59.183	-83.716
- Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-16.415	0
- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-1.464	-6.348
+/- Zunahme/Abnahme der Investitionsrückstellungen	-4.005	-5.407
+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen Fremder	8.067	7.273
= Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-60.505	-82.162
- Auszahlungen an Unternehmenseigner	-49.167	-53.217
- Auszahlungen an Minderheitsgesellschafter	-4.000	-4.098
+ Einzahlungen von Krediten	100.839	6.894
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-91.079	-111.626
- Tilgung von Schulden aus Finanzierungsleasing	-2.698	-3.290
= Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-46.105	-165.337
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-12.553	-23.672
+/- Wertschwankungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-23	358
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	40.301	63.613
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	27.725	40.301

Zu dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, haben wir den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den von der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – und den Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwen-

denden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a

Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, 1. Februar 2008

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Schlöber Diederichs
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

BILANZ DER GASAG BERLINER GASWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ZUM 31.12.2007

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER GASAG BERLINER GASWERKE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01.2007– 31.12.2007

	ANHANG NR.	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
AKTIVSEITE			
A. Anlagevermögen	(1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(2)	115.024	118.462
II. Sachanlagen	(3)	37.884	38.633
III. Finanzanlagen	(4)	539.002	479.788
		691.910	636.883
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(5)	64.851	64.812
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(6)	308.662	241.166
III. Wertpapiere		0	9.910
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	(7)	8.526	29.574
		382.039	345.462
C. Rechnungsabgrenzungsposten		664	1.023
		1.074.613	983.368
PASSIVSEITE			
A. Eigenkapital	(8)		
I. Gezeichnetes Kapital		413.100	413.100
II. Kapitalrücklage		42.461	42.461
III. Bilanzgewinn		48.780	49.256
		504.341	504.817
B. Sonderposten	(9)	80.460	85.851
C. Rückstellungen	(10)	285.519	265.931
D. Verbindlichkeiten	(11)	203.634	125.918
E. Rechnungsabgrenzungsposten		659	851
		1.074.613	983.368

	ANHANG NR.	2007 T €	2006 T €
1. Umsatzerlöse	(12)	786.650	965.267
2. Erhöhung bzw. Verringerung des Bestands an unfertigen Leistungen	(13)	-1.956	-7.245
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		0	101
4. Sonstige betriebliche Erträge	(14)	72.346	124.665
5. Materialaufwand	(15)	569.753	762.159
6. Personalaufwand	(16)	41.451	81.146
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(17)	7.437	8.451
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	201.425	196.576
9. Finanz- und Beteiligungsergebnis	(19)	28.545	22.544
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		65.519	56.999
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)	16.298	7.380
12. Sonstige Steuern		531	375
13. Jahresüberschuss		48.690	49.244
14. Gewinnvortrag		90	12
15. Bilanzgewinn		48.780	49.256

ANLAGENSPIEGEL DER GASAG BERLINER GASWERKE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR DIE ZEIT VOM 01.01.2007–31.12.2007

POSTEN DES ANLAGEVERMÖGENS	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN					ABSCHREIBUNGEN					RESTBUCH- WERTE AM 31.12.2007	RESTBUCHWERTE AM ENDE DES VOR- ANGEGANGENEN GESCHÄFTSJAHR
	ANFANGSSTAND	ZUGÄNGE	ABGÄNGE	UMBUCHUNGEN	ENDSTAND	ANFANGSSTAND	ABSCHREIBUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR	ANGESAMMELTE ABSCHREIBUNGEN AUF ABGÄNGE DER SPALTE 4	UMBUCHUNGEN	ENDSTAND		
1	T € 2	T € 3	T € 4	T € 5	T € 6	T € 7	T € 8	T € 9	T € 10	T € 11	T € 12	T € 13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	201.406	49	0	0	201.455	82.944	3.487	0	0	86.431	115.024	118.462
2. Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	201.406	49	0	+	0	82.944	3.487	0	+	0	115.024	118.462
				<i>./.</i>	0				<i>./.</i>	0		
II. Sachanlagen:												
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	55.475	195	307	0	55.363	27.001	1.050	307	0	27.744	27.619	28.474
2. Grundstücke mit Bauten der Betreuung	825	0	0	0	825	345	16	0	0	361	464	480
3. Grundstücke mit Wohnbauten	620	0	0	0	620	559	5	0	0	564	56	61
4. Grundstücke ohne Bauten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5. Bauten auf fremden Grundstücken	1.715	332	6	0	2.041	1.112	36	6	0	1.142	899	603
6. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	3.648	99	50	+	80	2.980	177	50	0	3.107	670	668
7. Verteilungsanlagen	64.924	2.263	2.249	+	211	58.328	2.223	2.246	0	58.305	6.844	6.596
8. Andere Technische Anlagen und Maschinen	99	0	0	0	99	99	0	0	0	99	0	0
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.148	298	424	+	18	6.789	443	411	0	6.821	1.219	1.359
10. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	392	30	0	<i>./.</i>	309	0	0	0	0	0	113	392
	135.846	3.217	3.036	+	309	97.213	3.950	3.020	+	0	37.884	38.633
				<i>./.</i>	309				<i>./.</i>	0		
III. Finanzanlagen:												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	198.438	16.523	15	0	214.946	0	0	0	0	0	214.946	198.438
2. Ausleihungen an verb. Unternehmen	5.400	8.500	0	0	13.900	0	0	0	0	0	13.900	5.400
3. Beteiligungen	23.749	0	0	0	23.749	10	0	0	0	10	23.739	23.739
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	252.211	9.056	0	0	261.267	0	0	0	0	0	261.267	252.211
5. Treuhandvermögen GASAG Treuhandverein e.V.	0	25.150	0	0	25.150	0	0	0	0	0	25.150	0
	479.798	59.229	15	+	0	10	0	0	+	0	539.002	479.788
	817.050	62.495	3.051	+	309	180.167	7.437	3.020	+	0	691.910	636.883
				<i>./.</i>	309				<i>./.</i>	0		

ANHANG DER GASAG BERLINER GASWERKE AKTIENGESELLSCHAFT 2007



INHALTSVERZEICHNIS

144	DARSTELLUNG DES ABSCHLUSSES	152	ERLÄUTERUNGEN DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
144	BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE	152 (12)	Umsatzerlöse
144	ANLAGEVERMÖGEN	152 (13)	Erhöhung bzw. Verringerung des Bestands an unfertigen Leistungen
144	UMLAUFVERMÖGEN	152 (14)	Sonstige betriebliche Erträge
144	FREMDKAPITAL	153 (15)	Materialaufwand
146	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ	153 (16)	Personalaufwand
146	<i>Aktiva</i>	154 (17)	Abschreibungen
146 (1)	Anlagevermögen	154 (18)	Sonstige betriebliche Aufwendungen
146 (2)	Immaterielle Vermögensgegenstände	155 (19)	Finanz- und Beteiligungsergebnis
146 (3)	Sachanlagen	155 (20)	Steuern vom Einkommen und Ertrag
146 (4)	Finanzanlagen	156	ORGANE DER GESELLSCHAFT
146	Anteilsbesitz	157	BEZÜGE DES AUFSICHTSRATS, DES VORSTANDS UND RUHESTANDSBEZÜGE DES VORSTANDS
147 (5)	Vorräte	157	MITARBEITER IM JAHRES DURCHSCHNITT
148 (6)	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	157	HAFTUNGSVERHÄLTNISSE
149 (7)	Flüssige Mittel	158	SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN
149	<i>Passiva</i>	159	ANGABEN ZU FINANZDERIVATEN
149 (8)	Eigenkapital	160	SONSTIGE ANGABEN
149 (9)	Sonderposten	160	Angaben zu den Geschäften größeren Umfangs gemäß § 10 Abs. 2 EnWG
150 (10)	Rückstellungen	161	Angaben nach § 160 Abs. 1 Nr. 8 Akt G
151 (11)	Verbindlichkeiten	161	Gewinnverwendungsvorschlag
		162	BESTÄTIGUNGSVERMERK



39,5 °C

37,0 °C

34,5 °C

32,0 °C

29,5 °C

27,0 °C

DARSTELLUNG DES ABSCHLUSSES

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, Aktiengesetzes sowie des Energiewirtschaftsgesetzes aufgestellt und wird im Folgenden erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die für einzelne Posten geforderten Zusatzangaben haben wir in den Anhang aufgenommen.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, werden alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie die Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie werden im Anhang gesondert aufgelistet und erläutert.

Die Vergleichbarkeit der Abschlüsse für Geschäftsjahre 2007 und 2006 ist aufgrund des Inkrafttretens des neuen EnergieStG in 2006 nicht vollständig gegeben. Ab dem 01.08.2006 entfällt die Erdgassteuer als Bestandteil der Umsatzerlöse und des Materialaufwandes.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Für die Aufstellung des Abschlusses maßgebende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden blieben im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

ANLAGEVERMÖGEN

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer auf der Grundlage steuerlich anerkannter Höchstsätze linear abgeschrieben. Bei selbst erstellten Gütern des Sachanlagevermögens sind in den Herstellungskosten anteilige Gemein- und Verwaltungskosten, soweit zulässig, aktiviert.

Bei den Finanzanlagen werden Anteilsrechte und Wertpapiere zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen zum Nennwert angesetzt. Liegt voraussichtlich eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vor, so wird die Beteiligung gemäß § 253 Abs. 2 HGB bewertet und ggf. außerplanmäßig abgeschrieben.

UMLAUFVERMÖGEN

Das gesamte Umlaufvermögen wurde nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Gemeinkostenzuschläge angesetzt. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert. Erkennbare Risiken werden gemäß § 253 Abs. 3 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Der im Erdgasspeicher befindliche Bestand an Arbeitsgas wird gem. § 256 HGB nach der periodischen LIFO-Methode

bewertet. Die Anwendung der LIFO-Methode führte im Vergleich zu einer Bewertung auf der Grundlage des letzten vor dem Abschlussstichtag bekannten Marktpreises zu einem Unterschiedsbetrag (LIFO-Reserve) in Höhe von 47.169 Tausend Euro (Vorjahr: 52.831 Tausend Euro).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert. Für erkennbare Einzelrisiken werden Wertberichtigungen vorgenommen. Weiteren Risiken wird durch entsprechende Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. Die bilanzielle Abgrenzung auf zum Stichtag noch nicht berechnete Gasverbräuche ist auf der Basis eines DV-gestützten Individualverfahrens durchgeführt worden.

Die sonstigen Wertpapiere des Umlaufvermögens sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

FREMDKAPITAL

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung werden grundsätzlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage vorliegender Gutachten gebildet. Hierin enthalten ist eine Rückstellung für die mittelbaren Verpflichtungen gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (nachfolgend VBL), bei der es sich um die Zahlung des Sanierungsgeldes zur

Sicherung der Deckungslücke bei der VBL und damit der Gewährleistung der zuzurechnenden Alters- und Hinterbliebenenversorgung handelt. Bei der Ermittlung des Sanierungsgeldes ist das Verhältnis der Aufwendungen eines Beteiligten für die Zusatzversorgung zu den ihm zuzurechnenden Rentenlasten von maßgeblicher Bedeutung. Nach einer vorsichtigen Einschätzung des Verlaufs des Anmeldeverfahrens der GASAG wird voraussichtlich eine günstige Entscheidung über eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5 a VBL-Satzung erwartet. Dies wurde bei der Rückstellungsbewertung berücksichtigt. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert bilanziert.

Für die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist ein Zinsfuß von 5,1 % (Vorjahr: 5,0 %), für Altersteilzeitrückstellungen ein Zins von 4,9 % (Vorjahr: 4,75 %) zu Grunde gelegt worden. Aus der Anpassung der Zinssätze ergaben sich unwesentliche Veränderungen in den Rückstellungspositionen.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken, ungewisse Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen nach § 249 Abs. 2 HGB. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Derivative Finanzinstrumente werden zur Absicherung der Kalkulationsgrundlage des Grundgeschäftes eingesetzt. Bewertungseinheiten zwischen derivativen Finanzinstrumenten und Grundgeschäften werden unverändert saldiert bewertet. Derivate, für die keine Grundgeschäfte bestehen, werden imparitätlich behandelt.

AKTIVA

(1) ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

(2) IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Als immaterielle Vermögensgegenstände sind im Wesentlichen Grunddienstbarkeiten gemäß § 9 GBBerG mit 80.515 Tausend Euro (Vorjahr: 81.221 Tausend Euro) und das Gasbezugsrecht gegenüber der E.ON Ruhrgas AG mit 29.557 Tausend Euro (Vorjahr: 31.875 Tausend Euro) ausgewiesen.

(3) SACHANLAGEN

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	29.038	29.618
Bezugs- und Verteilungsanlagen	7.514	7.264
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.219	1.359
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	113	392
	37.884	38.633

(4) FINANZANLAGEN

Die Angaben zu den Beteiligungen sind nachfolgend im Abschnitt Anteilsbesitz des Anhangs dargestellt.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet ein Wertpapier mit einem Nennwert von 165 Millionen Euro, das im Zusammenhang mit einer Sale-and-Lease-back-Transaktion für das Gasnetz verpfändet wurde.

Zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes wurde der GASAG Treuhand e.V. gegründet. Die auf den Treuhänder in Höhe von 25.150 Tausend Euro übertragenen finanziellen Mittel sind von ihm unter angemessener

Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und dürfen darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwendet werden. Der Buchwert der Wertpapiere von 25.150 Tausend Euro liegt aufgrund von Kapitalmarkt-schwankungen vorübergehend über dem beizulegenden Wert von 24.898 Tausend Euro.

ANTEILSBESITZ

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 07.12.2006 hatte die GASAG AG einen Anteil in Höhe von 1,5 % an der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG an die Havelländische Stadt-

werke GmbH, Werder (nachfolgend HSW genannt) mit Wirkung zum 01.01.2007 veräußert.

Die GASAG AG hat mit Geschäftsanteilskauf- und -übertragungsvertrag vom 12.09.2007 von der Elster Service GmbH, Osnabrück, sämtliche Geschäftsanteile an der NGT Neue Gebäudetechnik GmbH, Essen (nachfolgend NGT genannt) mit Wirkung zum 01.10.2007 erworben.

Mit Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 12.11.2007 die Umfirmierung der GASAG direkt GmbH, Berlin, in die DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin.

	EIGENKAPITAL IN T € AM 31.12.2007	ANTEIL AM KAPITAL	JAHRESERGEBNIS IN T € 2007
BAS Abrechnungsservice Beteiligungs-GmbH, Berlin	30	100 %	3
BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG, Berlin	3.113	100 %	2.273
BEGA.tec GmbH, Berlin	199	100 %	79
DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin	277	100 %	46
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam ¹	3.906	100 %	550
GASAG Versicherungsvermittlung der Versorgungsunternehmen GmbH, Berlin	60	100 %	1
GASAG WärmeService GmbH, Berlin	4.061	100 %	1.555
NGT Neue Gebäudetechnik GmbH, Essen ⁷	3.258	100 %	1.471
VR Solidus Siebte GmbH & Co. KG, Eschborn ²	3	100 %	0
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin	29	100 %	2
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin ³	-7.323	98,5 %	-8.262
EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam	108.278	75,08625 %	14.513
Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick ^{1,4}	1.082	49 %	12
GreenGas Rathenow Verwaltungs GmbH, Rathenow ^{1,6}	25	49 %	-
GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG, Rathenow ^{1,2}	11	49 %	-4
Energie Südwest AG, Landau ⁴	24.703	41 %	3.689
Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder ^{1,5}	12.634	40,2375 %	917
Berliner Energieagentur GmbH, Berlin ²	2.568	25 %	166
Erdgasversorgung Oranienburg GmbH, Oranienburg ^{1,5}	5.289	24,5 %	668
SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus	20.144	18,0213 %	6.600
Berliner Erdgasspeicher Besitz- und Verwaltungsgesellschaft bR, Berlin	31.833	0,22 %	31.258

¹ Mittelbare Beteiligung der GASAG AG über die EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam

² Daten betreffen den Jahresabschluss zum 31.12.2006

³ Davon 15 % mittelbare Beteiligung der GASAG AG über die EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH, Potsdam

⁴ prognostiziertes Jahresergebnis 2007

⁵ vorläufiges Jahresergebnis 2007

⁶ zum Stichtag lag keine Prognose vor

⁷ betrifft das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.10. bis 31.12.2007 (vorläufig)

(5) VORRÄTE

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Unfertige Leistungen	6.547	8.503
Waren	58.304	56.309
	64.851	64.812

Die unfertigen Leistungen betreffen die noch nicht an KORDAX abgerechneten Bauleistungen am Gasnetz der GASAG AG im Rahmen des Sale-and-Lease-back-

Geschäftes mit der KORDAX Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG (nachfolgend Kordax).

Der unter dem Posten Waren ausgewiesene Bestand an Arbeitsgas betrifft im Wesentlichen den Untertagespeicher in Berlin.

(6) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	31.12.2007			31.12.2006		
	INSGESAMT T €	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR T €	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT ÜBER 1 JAHR T €	INSGESAMT T €	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR T €	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT ÜBER 1 JAHR T €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	108.801	108.801	0	86.282	86.282	0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen)	45.281	45.281	0	33.999	33.999	0
Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22.532	22.532	0	22.540	4.918	17.621
Sonstige Vermögensgegenstände	132.048	68.551	63.497	98.345	53.816	44.530
	308.662	245.165	63.497	241.166	179.015	62.151

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus Gaslieferungen an die Kunden der GASAG AG. Hierin enthalten sind noch nicht abgerechnete Forderungen in Höhe von 338.536 Tausend Euro (Vorjahr: 298.927 Tausend Euro), die mit den noch nicht abgerechneten Abschlagszahlungen in Höhe von 257.783 Tausend Euro (Vorjahr: 251.749 Tausend Euro) saldiert worden sind.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten Forderungen aus dem Kontoclearing in Höhe von 26.866 Tausend Euro (Vorjahr: 21.560 Tausend Euro), aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 17.049 Tausend Euro (Vorjahr: 10.480 Tausend Euro), geleistete Anzahlungen auf Netznutzungsentgelte in Höhe von 1.103 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro) sowie sonstige Forderungen in Höhe von 264 Tausend Euro (Vorjahr: 1.959 Tausend Euro). Die Forderungen entfallen im Wesentlichen

auf die Erdgas Mark Brandenburg GmbH (nachfolgend EMB) in Höhe von 23.937 Tausend Euro (Vorjahr: 21.181 Tausend Euro), auf die GASAG WärmeService GmbH (nachfolgend GWS) in Höhe von 10.406 Tausend Euro (Vorjahr: 4.835 Tausend Euro) sowie auf die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB) in Höhe von 6.547 Tausend Euro (Vorjahr: 6.117 Tausend Euro).

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beinhalten im Wesentlichen einen gegenüber dem Vorjahr unveränderten Erstattungsanspruch gegenüber der Speicher GbR in Höhe von 22.532 Tausend Euro.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen eine Darlehensforderung gegen die KORDAX Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG in Höhe 66.763 Tausend Euro

(Vorjahr: 46.576 Tausend Euro), eine zur Veräußerung gehaltene Beteiligung in Höhe 40.769 Tausend Euro (Vorjahr: 40.769 Tausend Euro) sowie Steuerforderungen in Höhe von 10.152 Tausend Euro (Vorjahr: 1.844 Tausend Euro). Die Steuerforderungen beinhalten Forderungen aus Einkommen- und Ertragsteuern in Höhe von 2.952 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro), aus Umsatzsteuer in Höhe von 5.590 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro) und aus sonstigen Steuern in Höhe von 1.610 Tausend Euro (Vorjahr: 1.844 Tausend Euro).

(7) FLÜSSIGE MITTEL

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Scheckbestand	516	580
Kassenbestand	9	19
Guthaben bei Kreditinstituten (davon kurzfristige Geldanlagen)	8.001 (2.300)	28.975 (24.800)
	8.526	29.574

PASSIVA

(8) EIGENKAPITAL

Das GRUNDKAPITAL besteht zum Stichtag aus 8.100.000 nennwertlosen Inhaberstückaktien, mit einem rechnerischen Wert von 51,00 Euro und beträgt 413.100 Tausend Euro.

Die KAPITALRÜCKLAGE enthält ausschließlich Beträge nach § 272 Abs. 2 Nr.1 HGB.

Die Entwicklung des BILANZGEWINNS stellt sich wie folgt dar:

	2007 T €	2006 T €
Bilanzgewinn 01.01.2007	49.256	53.229
Ausschüttung	49.167	53.217
Jahresüberschuss	48.690	49.244
Bilanzgewinn 31.12.2007	48.780	49.256

(9) SONDERPOSTEN

Der Sonderposten von 80.460 Tausend Euro (Vorjahr: 85.851 Tausend Euro) enthält Investitionszuschüsse von Fremden und die bis zum 31.12.2002 erhaltenen Baukostenzuschüsse, welche anteilig über die Nutzungsdauer der betroffenen Anlagegüter ertragswirksam bzw. mit jährlich 5 % aufgelöst werden.

über die Nutzungsdauer der betroffenen Anlagegüter aufgelöst. Die aus der NDAV (*Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck*) resultierenden Investitions- und Baukostenzuschüsse von Fremden, welche ab dem Geschäftsjahr 2006 entstehen, werden bei der NBB vereinnahmt.

Ab dem 01.01.2006 werden nur noch die Investitionszuschüsse aus Umverlegungen des Rohrnetzes bzw. von Hausanschlüssen bei der GASAG AG zugeführt und

(10) RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2007 T €	31.12.2006 T €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	67.869	62.399
Steuerrückstellungen	4.262	11.297
Sonstige Rückstellungen	213.388	192.235
	285.519	265.931

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen gliedern sich in Versorgungszusagen für Vorstandsmitglieder, in Betriebsrentenansprüche für Mitarbeiter der ehemaligen Berliner Erdgas AG, in mittelbare und unmittelbare Versorgungszusagen für VVA-anspruchsberechtigte Mitarbeiter sowie in Verpflichtungen zur Zahlung von Sanierungsgeldern an die VBL.

Der Rückgang der Steuerrückstellungen beruht im Wesentlichen auf der Beendigung der Betriebsprüfung in 2006 und der daraus resultierenden Steuerzahlungen.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten zum überwiegenden Teil Verpflichtungen für Risiken aus der Entschädigung von dinglichen Grundstücksrechten in Höhe von 80.515 Tausend Euro (Vorjahr: 81.221 Tausend Euro), für den Gasbezug in Höhe von 28.801 Tausend Euro (Vorjahr: 25.457 Tausend Euro), für die Bodensanierungen in Höhe von 19.421 Tausend Euro (Vorjahr: 19.523 Tausend Euro), für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 14.311 Tausend Euro (Vorjahr: 18.768 Tausend Euro) sowie für den Erstattungsanspruch der Speicher GbR gegenüber der GASAG in Höhe von 7.380 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro).

Die Rückstellungen beinhalten Risiken für Rechtsstreitigkeiten und sonstige Risiken. Diese beinhalten auch Risiken im Rahmen des Sammelklageverfahrens, in welchem das Landgericht Berlin am 19.06.2006 entschieden hat, dass die Gaspreiserhöhungen für 38 Kläger (von 41) unwirksam sind. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit der mangelnden Transparenz der Preisanpassungsmechanismen der GASAG AG, es hat jedoch nicht über die Angemessenheit der Gaspreiserhöhungen entschieden. Dieses Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, die GASAG AG hat dagegen Berufung eingelegt.

(11) VERBINDLICHKEITEN

	31.12.2007	31.12.2006
	INSGESAMT	INSGESAMT
	T €	T €
	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT ÜBER 1 JAHR
	T €	T €
	ÜBER 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE
	T €	T €
Kreditinstitute	101.288	23.657
Erhaltene Anzahlungen	0	20
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.159	27.346
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	53.560	47.041
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	473	71
sonstige Verbindlichkeiten	21.154	27.783
(davon aus Steuern)	(589)	(4.155)
	203.634	125.918

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten Bankdarlehen sowie Verbindlichkeiten aus einem Schuldscheindarlehen, dessen Inhaber ausschließlich Kreditinstitute sind.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten Verbindlichkeiten aus dem Kontenclearing in Höhe von 44.745 Tausend Euro (Vorjahr: 24.315 Tausend Euro), aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 5.655 Tau-

send Euro (Vorjahr: 12.380 Tausend Euro) sowie sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 3.160 Tausend Euro (Vorjahr: 10.306 Tausend Euro). Die Verbindlichkeiten entfallen im Wesentlichen auf die NBB in Höhe von 39.857 Tausend Euro (Vorjahr: 35.191 Tausend Euro), auf die GWS in Höhe von 6.378 Tausend Euro (Vorjahr: 3.809 Tausend Euro) sowie auf die BAS Abrechnungsservicegesellschaft mbH & Co. KG (nachfolgend BAS) in Höhe von 5.311 Tausend Euro (Vorjahr: 6.342 Tausend Euro).

ERLÄUTERUNGEN DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(12) UMSATZERLÖSE

	2007 T €	2006 T €
Erdgaslieferung	661.470	813.932
Übrige	125.180	151.335
	786.650	965.267

Das Absatzgebiet für die Erdgaslieferungen umfasst im Wesentlichen das Land Berlin. Der Rückgang der Umsatzerlöse ist im Wesentlichen auf die Änderung des EnergieStG im Geschäftsjahr 2006 sowie auf die warme Witterung im Geschäftsjahr 2007 zurückzuführen. Seit Inkrafttreten des neuen EnergieStG zum 01.08.2006 ist die Erdgassteuer nicht mehr Bestandteil der Umsatzerlöse.

In den Umsatzerlösen aus Erdgaslieferung im Geschäftsjahr 2006 ist für die Monate Januar bis Juli die Erdgassteuer in Höhe von 65.215 Tausend Euro enthalten.

Die übrigen Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen die Erlöse aus der Verpachtung des Gasnetzes an die NBB sowie die Erlöse aus gaswirtschaftlichen Leistungen.

(13) ERHÖHUNG BZW. VERRINGERUNG DES BESTANDS AN UNFERTIGEN LEISTUNGEN

Die Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen in Höhe von 1.956 Tausend Euro (Verminderung im Vorjahr: 7.245 Tausend Euro) ergibt sich aus dem Rückgang der noch nicht abgerechneten Bauleistungen am Gasnetz der GASAG im Rahmen des Sale-and-Lease-back-Geschäftes mit der KORDAX Mobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, die unter den Vorräten ausgewiesen sind.

(14) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

	2007 T €	2006 T €
Erträge aus dem Verkauf von Sale-and-Lease-back-Anlagen	22.571	23.660
Vermietungen und Verpachtungen (davon Geschäfte mit verbunden Unternehmen)	6.706 (4.744)	6.872 (4.995)
Auflösung erhaltener Baukosten- und Investitionszuschüsse	6.134	6.216
Erstattungen und Zuschüsse (davon Geschäfte mit verbunden Unternehmen)	4.655 (-212)	5.545 (45)
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (davon Geschäfte mit verbunden Unternehmen)	2.205 (23)	13.975 (69)
Veränderung von Wertberichtigungen	935	1.382
Periodenfremde Erträge	705	698
Ungeklärte Zahlungseingänge und Rückflüsse	600	855
Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2	2.253
Pachterstattung für Vorjahre aus der Nutzung des Erdgasspeichers	0	27.087
Übrige (davon Geschäfte mit verbunden Unternehmen)	27.833 (22.559)	36.123 (31.307)
Summe	72.346	124.665
(davon Geschäfte mit verbunden Unternehmen)	(27.114)	(36.424)

Den Erträgen aus der Veräußerung von Sale-and-Lease-back-Anlagen stehen in gleicher Höhe Fremdleistungen gegenüber.

Die Erträge aus Geschäften mit verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus Geschäftsbesorgungen, Personalüberlassung und sonstigen Dienstleistungen.

Die Verminderung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen ist im Wesentlichen auf die Auflösung der Rückstellung für die Reparatur der havarierten Sonde B05 des Erdgasspeichers in Berlin in Höhe von 7.665 Tausend Euro in 2006 zurückzuführen.

Die Verminderung der übrigen sonstigen betrieblichen Erträge ist im Wesentlichen auf den im Geschäftsjahr 2006 im Rahmen der Verpachtung des Gasverteilungsnetzes an die NBB erfolgten Verkauf der zum 01.01.2006 unfertigen Leistungen an die NBB (4.849 Tausend Euro) sowie den Verkauf von Lagermaterialien (1,497 Tausend Euro) zurückzuführen.

(15) MATERIALAUFWAND

	2007 T €	2006 T €
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	374.884	521.277
Aufwendungen für bezogene Leistungen	194.869	240.882
	569.753	762.159

Im Materialaufwand sind im Wesentlichen Aufwendungen für das direkt verteilte Erdgas, Aufwendungen aus Netznutzungsentgelten sowie Leistungen für den Rohr- und Tiefbau ausgewiesen.

Der Rückgang der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ist im Wesentlichen auf Änderung des EnergieStG im Geschäftsjahr 2006, temperaturbedingte

Mengenreduzierungen und gesunkene Gasbezugspreise zurückzuführen.

Seit Inkrafttreten des neuen Energiesteuergesetzes zum 01.08.2006 entfällt die Erdgassteuer für Erdgasbezugs mengen als Bestandteil des Materialaufwandes. Im Zeitraum Januar bis Juli 2006 war die Erdgassteuer in Höhe von 64.925 Tausend Euro korrespondierend zu den Umsatzerlösen im Materialaufwand enthalten.

Die Verringerung der Aufwendungen für bezogene Leistungen ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Netznutzungsentgelte zurückzuführen.

Des Weiteren sind abrechnungsbedingte Erstattungen in Höhe von 6.572 Tausend Euro (Vorjahr: 3.885) enthalten, die das Geschäftsjahr 2006 betreffen.

(16) PERSONALAUFWAND

	2007 T €	2006 T €
Löhne und Gehälter	25.413	29.673
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (davon für Altersversorgung)	16.038 (12.200)	51.473 (47.451)
	41.451	81.146



Der Personalaufwand beinhaltet Aufwendungen aus der Zuführung zur Rückstellung für Sanierungsgeld der VBL in Höhe von 9.177 Tausend Euro (Vorjahr: 25.537 Tausend Euro), für Altersteilzeitregelung in Höhe von 2.569 Tausend Euro (Vorjahr: 6.229 Tausend Euro) sowie für mittelbare Verpflichtungen für laufende Pensionen der VVA in Höhe von 57 Tausend Euro (Vorjahr: 16.608 Tausend Euro).

(18) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

	2007 T €	2006 T €
Pacht Erdgasspeicher und Leasing Gasrohrnetz	122.054	119.954
IT-Dienstleistungen	9.876	9.070
(davon Geschäfte mit verbundenen Unternehmen)	(1.422)	(-36)
Ablesungs-, Abrechnungsdienstleistungen	9.393	9.429
(davon Geschäfte mit verbundenen Unternehmen)	(9.393)	(9.429)
Werbung, Repräsentation und Verkaufsförderung	9.342	9.254
(davon Geschäfte mit verbundenen Unternehmen)	(1.344)	(601)
Rechts- und Beratungskosten	8.174	7.156
(davon Geschäfte mit verbundenen Unternehmen)	(978)	(-9)
Konzessionsabgabe	6.433	7.242
Mieten	4.926	4.739
Ausbuchungen und Wertberichtigungen auf Forderungen	4.829	7.011
IT-Leasing	2.337	1.579
Versicherungen	2.283	2.382
Leistungen für Gebäude und Grundstücke	1.153	1.267
(davon Geschäfte mit verbundenen Unternehmen)	(3)	(0)
Aufwendungen für Entsorgung	595	4.828
Verluste aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	5	480
(davon Geschäfte mit verbundenen Unternehmen)	(0)	(280)
Übrige	20.024	12.187
(davon Geschäfte mit verbundenen Unternehmen)	(3.028)	(2.671)
Summe	201.425	196.577
(davon Geschäfte mit verbundenen Unternehmen)	(22.599)	(20.179)

(17) ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN

Es sind im Geschäftsjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen worden.

Die Erhöhung der übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Wesentlichen auf die Bildung der Rückstellung für den Erstattungsanspruch der Speicher

GbR gegenüber der GASAG aufgrund der im Juli 2007 verabschiedeten Unternehmenssteuerreform 2008 in Höhe von 7.380 Tausend Euro zurückzuführen.

(19) FINANZ- UND BETEILIGUNGSERGEBNIS

	2007 T €	2006 T €
Erträge aus Beteiligungen	16.169	12.998
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(13.784)	(12.845)
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	9.635	8.668
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(579)	(222)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge einschl. Zuschreibungserträge	6.499	5.412
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(308)	(333)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.758	4.524
(davon an verbundene Unternehmen)	(1.745)	(1.405)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	10
	28.545	22.544

Die Erhöhung der Erträge aus Beteiligungen ist hauptsächlich auf die Gewinnausschüttung der Energie Südwest AG, der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH und der BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG zurückzuführen.

Der Anstieg der sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge resultiert im Wesentlichen aus der allgemeinen Anhebung des Zinsniveaus und der Erhöhung des ausgereichten Kreditportfolios gegenüber der Kordax.

(20) STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten im Wesentlichen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von 5.963 Tausend Euro (Vorjahr: 8.724 Tausend Euro) sowie die Gewerbesteuer in Höhe von 6.333 Tausend Euro (Vorjahr: -11.463 Tausend Euro) davon -16.076 Tausend Euro Auflösung Gewerbesteuerrückstellung, 4.583 Tausend Euro Gewerbesteueraufwendungen. Darüber hinaus besteht ein Erstattungsanspruch der NBB in Höhe von 4.001 Tausend Euro

(Vorjahr: 10.118 Tausend Euro). Entsprechend des Gesellschaftsvertrages der NBB sind die Kommanditisten der Gesellschaft verpflichtet, die auf steuerrechtlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbelastungen bzw. -entlastungen zu tragen.

ORGANE DER GESELLSCHAFT



BEZÜGE DES AUFSICHTSRATS, DES VORSTANDS UND RUHESTANDSBEZÜGE DES VORSTANDS



AUFSICHTSRAT

Dem Aufsichtsrat gehören folgende Personen an:

Dr. Karl Kauermann
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Vorstandsvorsitzender der K.M.T.
Immobilien AG, Berlin

Andreas Otte
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Angestellter (Betriebsratsvorsitzender)
der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Bernard Alran
Geschäftsführer der Gaz de France
Deutschland GmbH, Berlin

Eckhard Beye
(bis 31.12.2007)
Abteilungsleiter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Michael Bölter
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Uwe Borck
(seit 04.01.2007)
Landesbezirksfachbereichsleiter
Ver- und Entsorgung, ver.di, Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft Landes-
bezirk Berlin-Brandenburg

Thorsten Ciebilski
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Pierre Clavel
Leiter des Konzernbereiches Inter-
nationales der Gaz de France S.A., Paris,
Frankreich

Hans-Jürgen Cramer
Mitglied des Vorstands der Vattenfall
Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Olaf Ditt
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Mats Fagerlund
(seit 18.09.2007)
Mitglied des Vorstands der Vattenfall
Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Philippe Jeunet
Berater des Vorstandsvorsitzenden der
Gaz de France S.A., Paris, Frankreich

Thomas Kokegei
(seit 10.01.2008)
Abteilungsleiter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Axel Krafcscheck
(bis 31.12.2007)
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Lutz Marowsky
Angestellter der GASAG Berliner
Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

Dr. Hans-Jürgen Meyer
Mitglied des Vorstands der Vattenfall
Europe Aktiengesellschaft, Berlin

Monika Nagel
Angestellte der NBB Netzgesellschaft
Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG,
Berlin

Prof. Dr. Klaus Rauscher
(bis 27.08.2007)
ehem. Vorsitzender des Vorstands der
Vattenfall Europe Aktiengesellschaft,
Berlin

Dr. Bernhard Reutersberg
(seit 18.01.2007)
Mitglied des Vorstands der E.ON Ruhrgas
Aktiengesellschaft, Essen

Dr. Herbert Rügen
Mitglied des Vorstands der Thüga
Aktiengesellschaft, München

VORSTAND

Dem Vorstand gehörten im Geschäftsjahr
2007 folgende Personen an:

Georges Hoffmann
(bis 31.12.2007)
(Vorstandssprecher)
Bereich Personal, Recht, Einkauf,
Stab Konzernkommunikation,
Stab Konzernrevision/Datenschutz

Olaf Czernomoriez
Bereich Kaufmännisches und
Stab IT-Strategie

Andreas Prohl
Bereich Vertrieb und Technik

	2007 T €
Bezüge des Aufsichtsrats	95
Rückstellung für Vorstandsversorgung	7.456
(davon für ehemalige Mitglieder des Vorstandes)	(4.993)
Ruhestandsbezüge der Vorstände und ihrer Hinterbliebenen	404
Vorstandsbezüge	965

MITARBEITER IM JAHRESDURCHSCHNITT



(ohne Auszubildende und Vorstand)

	2007 ANZAHL	2006 ANZAHL
Gewerbliche	71	85
Angestellte	449	483
	520	568

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE



Die GASAG AG haftet für die Mieteintrittsverpflichtung gegenüber der Deutschen Leasing AG aus den von der GWS geleasten Wärmeerzeugungsanlagen in Höhe von 11.254 Tausend Euro, für die Mieteintrittsverpflichtung gegenüber der Siemens Finance & Leasing GmbH & Co. KG aus der von der Vattenfall Europe Informationssystem GmbH geleasten Hard- und Softwareausstattung in Höhe von 1.000 Tausend Euro sowie für Bürgschaften in Höhe von 2.123 Tausend Euro.

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

	2007 T €
Bezugsverpflichtungen Erdgas	3.338.359
Leasing Gasanlagen	812.159
Pacht Erdgasspeicher	275.860
Bestellobligo aus Investitionsvorhaben (incl. Kordax) und Dienstleistungsverträgen	20.117
Sonstige Miet- und Leasingverpflichtungen	18.155
Speicherrückbau	11.311
Verpflichtungen aus Ablese und Abrechnungsdienstleistungen (BAS)	9.402
Leasing Erdgasbusse	1.237
Kooperationsvertrag Klimaschutz 2006–2010	450
	4.487.050
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(9.402)

Es bestehen Bezugsverpflichtungen aus Erdgaslieferungsverträgen mit Take-or-pay-Klauseln zwischen der GASAG AG und diversen Gasvorlieferanten. Die Preise für das Erdgas werden grundsätzlich an Preise von Wettbewerbsenergien angelehnt, die die Wettbewerbssituation im Markt widerspiegeln. Die Regelungen der langfristigen Verträge werden in gewissen Abständen (in der Regel mindestens alle 3 Jahre) im Rahmen von Verhandlungen der Vertragspartner überprüft und können sich insofern ändern. Für die Berechnung der finanziellen Verpflichtungen, die aus diesen Verträgen resultieren, werden die gleichen Prämissen wie zu internen Planungszwecken zugrunde gelegt.

Der Posten „Leasing Gasanlagen“ resultiert aus den Pachtverträgen zur Nutzung der Gasverteilungsanlagen, -transportanlagen, -speicheranlagen und sonstigen Gasanlagen. Es werden Leasingraten und Schlusszahlungen im folgenden Jahr in Höhe von 86.763 Tausend Euro und in den darauf folgenden 1 bis 5 Jahren in Höhe von 768.871 Tausend Euro fällig.

Für alle Tarifmitarbeiter sowie einige Führungskräfte der GASAG AG besteht eine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird finanziert durch Umlagen. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2007 für den Tarifbereich West 7,86 %, davon leistet der Arbeitgeber 6,45 % und der Arbeit-

nehmer 1,4 %. Im Tarifbereich Ost betrug der Umlagesatz 1,0 %, den der Arbeitgeber trägt. Ferner wird im Tarifgebiet Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 1,0 % erhoben, der jeweils zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen wird. Das umlagepflichtige Entgelt im Geschäftsjahr 2007 betrug 16.537 Tausend Euro.

Mit der NBB besteht seit 2006 ein Vertrag über die Nutzung der örtlichen an die NBB verpachteten Verteilnetze zur Gasversorgung von Ausspeisepunkten. Der Vertrag läuft auf unbestimmte Zeit und kann mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Die Entgelte für die Ausspeisung hängen von der ausgespeisten Menge ab und sind daher nicht quantifizierbar.

ANGABEN ZU FINANZDERIVATEN

(in Nominalbeträgen)

Die Ermittlung des Marktwertes der Finanzderivate erfolgt auf Basis der Mark-to-Market-Methode. Mark-to-Market beschreibt die börsentägliche Bewertung von zukünftigen Zahlungsströmen der Finanzinstrumente durch Diskontierung. Die Diskontierung erfolgt anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlauf-

zeit der Instrumente. Mit dieser Methode wird der Marktwert eines abgeschlossenen Finanzinstrumentes ermittelt. Wesentliche Parameter der Mark-to-Market Bewertung bilden die Geschäftsdaten des Finanzinstrumentes und die Zinsstruktur in der Geschäftswährung.

	INSGESAMT (NOMINAL) T €	< BIS 1 JAHR T €	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT ÜBER 1 BIS 5 JAHRE T €	> ÜBER 5 JAHRE T €	NETTO- MARKTWERT 31.12.2007 T €
Commodity-Swaps mit Bewertungseinheit	3.911	3.830	81	0	333
Zinssatzswaps mit Bewertungseinheit	316.607	17.794	198.813	100.000	13.544
	320.518	21.624	198.894	100.000	13.877



**ANGABEN ZU DEN GESCHÄFTEN
GRÖßEREN UMFANGS GEMÄSS
§ 10 ABS. 2 ENWG MIT VERBUNDENEN
ODER ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN**

Im Geschäftsjahr 2007 wurden nach-
folgende Geschäfte größeren Umfangs
getätigt:

	T €
BEGA.tec GmbH als Auftraggeber	
Dienstleistungen	743
Gesellschafterdarlehen	500
BEGA.tec GmbH als Auftragnehmer	
Übernahme ATZ Zahlungen	528
GASAG WärmeService GmbH als Auftraggeber	
Erdgaslieferungen	28.850
Gesellschafterdarlehen	1.500
Dienstleistungen	486
GASAG WärmeService GmbH als Auftragnehmer	
Zuschüsse für Gasanschlüsse	715
BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG als Auftraggeber	
Dienstleistungen	2.083
BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG als Auftragnehmer	
Ablese- und Abrechnungsdienstleistungen	8.285
IV-Leistungen	1.358
Übernahme von Gerichtskosten	840
DSE Direkt-Service Energie GmbH als Auftragnehmer	
Akquisitionsdienstleistungen	558
EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH als Auftraggeber	
Gesellschafterdarlehen (kurzfristige Finanzierung)	20.000
Dienstleistungen	1.366
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG als Auftraggeber	
Dienstleistungen	13.456
Gesellschafterdarlehen	11.900
Grundstücks- und Gebäudemieten	4.591
Übernahme VVA-Zahlungen	1.137
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG als Auftragnehmer	
Dienstleistungen	1.108

Darüber hinaus sind Umsatzerlöse aus
der Verpachtung des Gasnetzes an die
NBB sowie Aufwendungen aus Netzent-

gelten angefallen. Die Dienstleistungen
beinhalten Geschäftsbesorgungen,
Personalüberlassungen und IT-Leistungen.

Des Weiteren bestehen Cash-Pooling-
Verträge, deren Volumina variieren.

**ANGABEN NACH § 160 ABS. 1
NR. 8 AKTG**

Die Gaz de France International S.A.S.,
Paris, Frankreich, hat gemäß §20 Abs.
1 AktG mitgeteilt, dass ihr unmittelbar
mehr als der vierte Teil der Aktien der
GASAG AG gehört.

Die Vattenfall Europe AG, Berlin, hat
gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt,
dass ihr unmittelbar mehr als der vierte
Teil der Aktien der GASAG AG gehört.

Das Königreich Schweden hat gemäß
§20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihm
mittelbar mehr als der vierte Teil der
Aktien der GASAG AG gehört. Eine
gleiche Mitteilung hat die GASAG AG
von der Vattenfall AB und der Vattenfall
Deutschland GmbH erhalten.

Die Thüga AG, Düsseldorf, hat gemäß
§20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr
unmittelbar mehr als der vierte Teil der
Aktien der GASAG AG gehört.

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Der Vorstand der GASAG AG schlägt
vor, einen Anteil am Bilanzgewinn der
GASAG AG in Höhe von 48.762.000,00
Euro (Vorjahr 49.167.000,00 Euro) für
eine Dividende in Höhe von 6,02 Euro
(Vorjahr 6,07 Euro) je Aktie zu verwenden
und den verbleibenden Bilanzgewinn
in Höhe von 17.557,30 Euro (Vorjahr
89.137,57 Euro) auf neue Rechnung
vorzutragen.

Berlin, den 31.01.2008

GASAG
Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Czernomoriez Prohl

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst wurde, haben wir den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst wurde, der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung

so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.“

Berlin, 1. Februar 2008

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Schlöber Diederichs
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

GESCHÄFTSBERICHT 2007

GASAG

Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft
Voßstraße 20
10117 Berlin
Konzernkommunikation
Telefon: 030/78 72-30 50
Telefax: 030/78 72-30 44
<http://www.GASAG.de>
E-Mail: service@gasag.de

ISSN 1439-6114

KONZEPTION UND KREATION:

Die Brandenburgs / Werbeagentur GmbH, Berlin
Dieter Oedding, André Kura, Heike Schultz

LAYOUT UND SATZ:

Artist Media Projekt GmbH, Braunsbedra
Ina Schönburg

FOTOGRAFIE:

Idris Kolodziej, Berlin

PRODUKTION:

Klingenberg Buchkunst Leipzig GmbH

41,5 °C

39,0 °C

36,5 °C

34,0 °C

31,5 °C

29,0 °C

